

Sicherheitspolitische Einschätzungen der SED-Führung und ihre Konsequenzen für die Abwehrtätigkeit des MfS

Wenn im folgenden ausschnitthaft sicherheitspolitische Aussagen auf SED-Parteitag, Parteikonferenzen und Plenartagungen des Zentralkomitees

bzw. in Beschlüssen zentraler Parteiorgane dargestellt werden, die – obwohl auch für andere staatliche und gesellschaftliche Bereiche gültig – sich zumeist direkt auf das MfS und vor allem seine Abwehrtätigkeit bezogen, dann vor allem, weil

- sie die Tätigkeit des MfS entscheidend mitbestimmten und wesentlichen Einfluß auf die politische Stabilität der DDR bis zu ihrem Zusammenbruch hatten;
- in ihnen Antworten zu finden sind auf Entwicklungsprozesse im MfS selbst und in seiner Stellung in Staat und Gesellschaft bis hin zu der öffentlichen Meinung über das Ministerium, seine Angehörigen und Inoffiziellen Mitarbeiter;
- sie dazu beitragen können, Zusammenhänge aufzuhellen und richtigzustellen, die heute mit Anlaß und Gegenstand der Verteufelung sind.

Der III. Parteitag der SED 1950

und sein Auftrag zum »Kampf gegen Spione und Agenten«

Im Gründungsjahr des MfS fand vom 20. bis 24. Juli 1950 der III. Parteitag der SED statt. Wilhelm Pieck erstattete den Bericht des Parteivorstandes. Der Parteitag billigte den Bericht, stimmte den vorgeschlagenen Aufgaben zu und verpflichtete darin alle Parteimitglieder, »mit ganzer Kraft für die Verwirklichung dieser Aufgaben zu arbeiten«. In der dazu angenommenen Entschließung⁹⁶ analysierte die Führung der SED das »politische Kräfteverhältnis in der DDR«. Daraus und speziell aus der Analyse der »Schädlingsarbeit« imperialistischer Geheimdienste und Agenturen gegen die DDR wurden in der Entschließung des III. Parteitages Anforderungen an die Partei, den Staat und die gesamte Gesellschaft und insbesondere auch an die Staatssicherheitsorgane abgeleitet. Zusammengefaßt betraf das drei Schwerpunktkomplexe, die folgende Einschätzungen zum Inhalt hatten:

1. In der DDR gebe es reaktionäre Elemente, die den demokratischen Neuaufbau zu stören versuchen. Sie streuten Gerüchte, säten Unzufriedenheit und würden durch Sabotage und andere verbrecherische Handlungen den Aufbau der Friedenswirtschaft aufzuhalten versuchen. Durch nationalistische und chauvinistische Hetze gegen die Sowjetunion, gegen Polen, die Tschechoslowakei und besonders gegen die Oder-Neiße-Friedensgrenze wür-

118

den sie den imperialistischen Kriegstreibern und Brandstiftern Hilfe leisten. Nachdem diese »Reaktionäre« durch die Zerschlagung der Monopole und die Enteignung der Junker in der DDR ihre wichtigste materielle Basis verloren hätten, fänden sie nunmehr vor allem in den westdeutschen Monopolkapitalisten und ihren politischen Handlangern eine Stütze. Von diesen erhielten sie Direktiven und Losungen für ihre wirtschaftliche und politische Sabotagetätigkeit auf dem Gebiet der DDR. Diese reaktionären Elemente hätten zum Teil in den bürgerlichen Parteien Unterschlupf gefunden. Zum Teil wirkten sie auch in demokratischen Massenorganisationen, wie der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), den landwirtschaftlichen Genossenschaften, im Kulturbund u. a. und versuchten dort Stützpunkte zu schaffen, mit deren Hilfe Zwietracht und Verwirrung gestiftet werden soll.

Aus dieser Einschätzung wurde die Schlußfolgerung abgeleitet: »Die unablässige Entlarvung dieser Elemente und der unerbittliche Kampf gegen sie sind unerläßliche Voraussetzung für die Festigung der Deutschen Demokratischen Republik. Besonders die Arbeiterschaft hat die Pflicht, ... die reaktionären Elemente ans Tageslicht zu ziehen und sie unschädlich zu machen. Gleichzeitig sind alle fortschrittlichen und aufbauwilligen Kräfte allseitig zu fördern und zur engsten Mitarbeit heranzuziehen.«

2. »Gewisse Kirchenführer« unternähmen einen reaktionären Vorstoß nach dem anderen. Sie würden sich gegen die Bewegung der Friedenskämpfer und gegen die demokratische Ordnung der DDR wenden. Sie griffen die Lehrpläne an den Hochschulen der DDR an, polemisierten besonders gegen den dialektischen Materialismus als wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse, leiteten Disziplinarverfahren gegen Pfarrer ein, die in der Nationalen Front mitwirkten, und betrieben aktive Hetze gegen die FDJ als der

einheitlichen demokratischen Jugendorganisation. Es handele sich dabei um Kirchenführer, die bereits den Terror im Nazireich guthießen und die Waffen für Hitlers Raubkrieg segneten. Jetzt stünden sie wieder in der Front der Kriegshetzer und Reaktionäre und erfüllten die Aufträge der anglo-amerikanischen Imperialisten und ihrer deutschen Handlanger, darunter des »Spaltungsministers Jakob Kaiser, der jetzt auf diese Weise versucht, ... die Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik zu stören, nachdem ihm hier das Handwerk gelegt wurde«.

Aufgabe der Parteimitglieder und aller demokratischen Kräfte müsse es deshalb sein, der Arbeit unter den Kirchenanhängern stärkere Aufmerksamkeit zu widmen, vor allem die fortschrittlichen Pfarrer tatkräftig zu unterstützen und eine breite Protestbewegung innerhalb der Kirche selbst zu entfalten,

119

damit die Kirchenanhänger und die Geistlichen frei ihre nationalen Pflichten erfüllen und ihre staatsbürgerlichen Rechte ausüben könnten.

Wie die reaktionären Kirchenführer hätten auch Leiter verschiedener religiöser Sekten den Versuch unternommen, die verfassungsmäßig garantierte Glaubensfreiheit für reaktionäre und kriegerische Propaganda auszunutzen.

»Ihnen muß mit der gleichen Schärfe entgegengetreten werden«, hieß es in der Entschließung. »Ihr schändlicher Mißbrauch des Glaubens zu politischen Zwecken ist vor den Anhängern der Sekten zu enthüllen, damit sie isoliert und die Sektenanhänger für unsere fortschrittliche demokratische Ordnung gewonnen werden.«

3. Unter der Überschrift »Der Kampf gegen Spione und Agenten« wurde in der Entschließung festgestellt, daß die »von den imperialistischen Geheimdiensten und Agenturen in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik entsandten oder hier angeworbenen Spione, Saboteure und Agenten ... eine Schädlingarbeit (leisten), die nicht unterschätzt werden darf«.

Als »warnendes Beispiel für alle« wurde dafür aber dann »die Entartung der ehemaligen Kommunistischen Partei Jugoslawiens und der Übergang der Clique Tito-Rankowic zum Faschismus« genannt. Dazu hieß es: »Die Prozesse gegen Rajk in Ungarn und Kostoff in Bulgarien haben den einwandfreien Beweis erbracht, daß die Tito-Clique im Auftrage und im Solde des anglo-amerikanischen Imperialismus in allen demokratischen und friedliebenden Ländern ein verzweigtes Netz von Agenten unterhält, die das schmutzige Handwerk der Kriegstreiber besorgen sollen.« Und weiter: »Wie die geschichtliche Erfahrung zeigt, wenden sich die imperialistischen Agenten an die Renegaten der Arbeiterbewegung, an ehemalige Anhänger früherer opportunistischer und oppositioneller Strömungen.«

Daraus wurde geschlossen:

»Aus dieser Lage ergibt sich für die SED die Aufgabe, die revolutionäre Wachsamkeit in ihren Reihen in jeder Weise zu erhöhen und die bürgerlichnationalistischen Elemente und alle sonstigen Feinde der Arbeiterklasse und Agenten des Imperialismus, unter welcher Flagge sie auch segeln mögen, zu entlarven und auszumerzen. Es kommt vor allem darauf an, die ständige Wachsamkeit der breiten Massen und aller Parteimitglieder zur Entlarvung aller Schädlinge zu entwickeln sowie die Tätigkeit der Staatssicherheitsorgane zu verbessern, die sich in ihrer Arbeit auf die breitesten Volksmassen stützen müssen.«

Einen Monat später wurden diese Wertungen und Schlußfolgerungen des III. Parteitages, nunmehr mit Bezug auf die Prozesse gegen Rajk und Kostoff, in der »Erklärung des Zentralkomitees und der Zentralen Parteikontroll-

120

kommission zu den Verbindungen ehemaliger deutscher politischer Emigranten zu dem Leiter des Unitarian Service Committee Noël H. Field« präzisiert.

In dieser vom ZK der SED zum Beschluß erhobenen »Erklärung« vom 24. August 1950⁹⁷ wurden schwerste Beschuldigungen bzw. Vorwürfe auch gegen deutsche Kommunisten und Antifaschisten erhoben.

Hatte sich die Volkskammer der DDR bei ihrem Beschluß über die Bildung des MfS am 8. Februar 1950 von der tatsächlichen sicherheitspolitischen Lage und ihren Erfordernissen leiten lassen, so zeigte sich besonders mit den Einschätzungen und Schlußfolgerungen zur Entwicklung in Jugoslawien und im Zusammenhang mit Noël Field dagegen der zunehmende Einfluß der KPdSU und insbesondere Stalins auf die Sicherheitspolitik der Führung der SED.

Für das MfS ergab sich daraus die verhängnisvolle Konsequenz, davon ausgehend in innerparteiliche Auseinandersetzungen einbezogen und dafür mißbraucht zu werden. Im Auftrag der damaligen SED-Führung wurden in mehreren Fällen Ermittlungsverfahren vorwiegend gegen ehemalige kommunistische Funktionäre eingeleitet, die während der Zeit des Faschismus in westliche kapitalistische Staaten emigriert waren. Ihnen wurde vorgeworfen, sie hätten mit und über Noël Field vor und nach 1945 Spionagebeziehungen zum amerikanischen und britischen Geheimdienst unterhalten.

Die SED-Führung behauptete in der besagten Erklärung unumstößlich, daß die »Prozesse gegen Rajk und Kostoff und ihre Banden in Ungarn und Bulgarien eine Fülle von Beweisen« erbracht hätten, »daß die britischen und amerikanischen Geheimdienste bereits während des zweiten Weltkrieges eine Reihe von Agenten in die illegale Arbeiterbewegung« entsandt hätten. Gleichzeitig habe »die amerikanische Spionage« Versuche unternommen, »um Agenten aus den Reihen der deutschen politischen Emigranten anzuwerben«. Als zentrale Achse dieser Machenschaften habe sich die Verbindung zwischen Allan W. Dulles und Noël Field, »einem der Leiter der OSS, dem Direktor der angeblichen Wohlfahrtsorganisation Unitarian Service Committee (USC)« herausgestellt. Von Noël Field sei bekannt geworden, daß er bereits während der Zeit des Kampfes gegen den deutschen Faschismus diese Verbindungen zu Allan Dulles hatte, der als Chef des USA-Geheimdienstes Office of Strategic Service (OSS) damals u. a. in der Schweiz (Bern) residierte. Nach der 1947 erfolgten Umwandlung des OSS in die CIA war Allan Dulles von 1953 bis 1963 auch deren Chef. Tatsache war: Allan Dulles galt als besonders feindseliger Antikommunist und war der Kopf des von der CIA betriebenen geheimdienstlichen Kamp-

121

fes gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten sowie die Kommunistischen und Arbeiterparteien in anderen Ländern. In diesem Kontext erfolgten zu den von Noël Field vermittelten Verbindungen der politischen Emigration und des antifaschistischen Widerstandes in den westeuropäischen Ländern speziell zum OSS offenkundig völlig neue Wertungen. Das betraf damit auch die nach dem Zweiten Weltkrieg wiederaufgenommenen bzw. aufrechterhaltenen Kontakte zu Noël Field. Noël Field sei Agent des USGeheimdienstes, hieß es. Er arbeite mit Allan Dulles zusammen subversiv gegen die UdSSR, die anderen volksdemokratischen Staaten, die Befreiung der Völker vom Kolonialjoch und gegen den Fortschritt in der Welt. Der Wandel der USA vom Alliierten der Sowjetunion zum Feindstaat und die Tatsache, daß Allan Dulles nach dem Krieg eine entscheidende Rolle bei der Umwandlung des OSS in die CIA spielte, öffnete offensichtlich Mißtrauen und Spekulationen ein weites Feld.

Unter Bezugnahme auf die in den Prozessen gegen Rajk und Kostoff »erbrachten Beweise« über die Zusammenarbeit Noël Fields mit Allan Dulles und dem OSS und über ihre – unter der Tarnung »humanitärer Hilfe« – betriebene Etablierung von Agenten in den Reihen der Arbeiterbewegung und unter politischen Emigranten zog die SED-Führung den Schluß: »In unserer Partei war es nicht unbekannt, daß eine ganze Reihe deutscher Genossen, die in der Schweiz oder in Frankreich in der Emigration lebten, mit demselben Noël H. Field Beziehungen unterhalten haben. Es war daher notwendig, den Charakter dieser Beziehungen zu untersuchen.«

»Die Untersuchungen der Zentralen Parteikontrollkommission über diese Angelegenheit« hätten »folgende Ergebnisse« erbracht: Noël Field sei es in Verbindung mit seinem Bruder Hermann Field und anderen gelungen, in die »verschiedenen politischen Emigrationsgruppen« einzudringen, darunter auch in die deutsche Emigration in der Schweiz und in Frankreich. »Sein Eindringen« habe sich »stets in der gleichen Art und Weise« vollzogen. »Überall wo er auftauchte, verstand er es, sich den Mantel eines Freundes der verfolgten Antifaschisten umzuhängen.« Bei der von ihm erfolgten finanziellen Hilfe für Emigranten habe es sich in Wirklichkeit um »Gelder des amerikanischen Spionagedienstes« gehandelt. Durch diese seine getarnte Tätigkeit und die Betätigung seines Bruders habe »sich der amerikanische OSS und der britische Intelligence Service umfangreiche personelle Unterlagen über die antifaschistische Emigration und dadurch die für ihre Tätigkeit notwendigen Voraussetzungen« verschafft. Speziell in der Schweiz und in Südfrankreich

habe Noël Field »die Zersetzung der deutschen kommunistischen Emigrationsgruppe« angestrebt. Das wäre so weit gegangen, daß er von dem

122

»als langjährigen amerikanischen Agenten entlarvten Leo Bauer« und von anderen als Kurier »parteiinterner Angelegenheiten« zwischen der deutschen Emigrationsleitung in der Schweiz und in Südfrankreich eingesetzt worden sei. Noël Field habe »direkte Verbindungen zum Mitglied des ZK der KPD, Paul Merker, und durch diesen später zur Leitung der kommunistischen Emigration in Marseille« gehabt. »Von nun an wurden in der Schweiz alle internen Fragen durch den Agenten Leo Bauer an Field gegeben, während Willy Kreikemeyer dieselbe Aufgabe in Marseille erfüllte« – hieß es in der Erklärung des ZK und der ZPKK. »Die Zusammenarbeit mit Noël H. Field und der deutschen Emigration (in) der Schweiz (habe) gegen Ende 1944 bereits antisowjetischen Charakter« getragen.

Daraus und anknüpfend an die anderen Untersuchungsergebnisse wurde der Vorwurf erhoben: »Aber weder Merker noch die Mitglieder der Emigrationsleitung, Lex Ende, Willy Kreikemeyer und Genosse Walter Beling, haben jemals versucht, genaue Informationen über Field einzuziehen.« Und weiter hieß es dazu: »Paul Merker kann der Vorwurf nicht erspart werden, völlig leichtgläubig auf Fields abenteuerliche Legende über seine angebliche Zugehörigkeit zur KP der USA und über seine »besonderen Aufträge« hereingefallen zu sein.« Allen von der Untersuchung Betroffenen hielt man völlige Leichtgläubigkeit, große Sorglosigkeit, schwerwiegende politische Fehler, Verkennung des Charakters des amerikanischen Imperialismus und mangelndes Vertrauen zur Sowjetunion und zur Kraft der Arbeiterklasse sowie die Übernahme trotzkistischer Positionen vor. Wegen dieser und anderer »schwerwiegende(r) politische(r) Abweichungen« seien sie »zu Werkzeugen des Klassenfeindes« geworden.

Über Noël Field hätten die anglo-amerikanischen Imperialisten auch die Entfaltung der Widerstandsbewegung im Westen hintertrieben. Aufgrund der Zusammenarbeit dieser Emigranten mit Field hätte der Chef des OSS, Allan Dulles, von den Plänen des antifaschistischen Kampfes erfahren. Unter anderem sei auf diese Weise ein »größerer Einsatz deutscher Emigranten in der französischen Widerstandsbewegung hintertrieben« worden. Ohne sich um die Umsetzung des entsprechenden Beschlusses zu kümmern, sei Paul Merker nach Mexiko geflohen, während Lex Ende »offenen Verrat« verübt habe. »Lex Ende, Willy Kreikemeyer, Paul Bertz, Leo Bauer und Paul Merker befolgten also in der Tat die Befehle der amerikanischen Imperialisten und sabotierten die Entfaltung einer antifaschistischen Widerstandsbewegung. « Das sei durch die Untersuchungen der ZPKK erwiesen, hieß es in diesem SED-Papier.

123

Und weiter wurde dort erklärt: Nach 1945 habe Paul Merker in Mexiko erneut Verbindung zu Noël Field aufgenommen. Field sei in jener Zeit in der Uniform eines »Cralog-Offiziers« in Begleitung weiterer uniformierter Angestellter des OSS-Geheimdienstes in Deutschland aufgetaucht, u. a. auch im Büro des OSS in Wiesbaden. In Berlin hätten er und seine Mitarbeiter alte Verbindungen reaktiviert, um »Vertrauen beim Parteivorstand der SED zu gewinnen«. Die persönlichen und schriftlichen Verbindungen Fields in Berlin und in anderen Orten Deutschlands hätten bis zum Frühjahr 1949 angehalten.

Die Untersuchungen durch die Zentrale Parteikontrollkommission hätten aber auch gezeigt, daß »eine Reihe von ehemaligen Emigranten« sich »verweigert« habe. Sie waren nicht behilflich, »die Zusammenhänge einwandfrei zu klären«. Sie mußten »erst dazu aufgefordert werden« und hätten »nur Dinge zugegeben ..., die ihnen bereits nachgewiesen werden konnten«. Sie hätten sich »auf ihr getrübbtes Gedächtnis« berufen und »nur unvollständige Angaben gemacht«.

Diese und weitere vom ZK und der ZPKK in der Erklärung zusammengefaßte »Untersuchungsergebnisse« wurden dem MfS zugeleitet. Es erging der Auftrag, die vorliegenden parteiinternen Untersuchungsergebnisse durch offizielle strafprozessuale Maßnahmen, insbesondere durch die Einleitung von Ermittlungsverfahren gegen die in der Erklärung namentlich genannten Funktionäre, zu »bestätigen«. Nach überlieferten Hinweisen war das MfS weder an den durch die Parteiorgane vorgenommenen »Untersuchungen

« beteiligt, noch haben zu jenem Zeitpunkt eigens vom MfS erarbeitete belastende Materialien über diese Personen vorgelegen. Die Einleitung der Ermittlungsverfahren erfolgte demnach ausschließlich auf der Grundlage der bis dahin von der ZPKK geführten Untersuchungen und der dazu übergebenen Unterlagen.

In Prag wurde im Herbst 1952 gegen den ehemaligen Generalsekretär des ZK der KPTsch, Rudolf Slansky, und andere Genossen prozessiert. In diesem Prozeß wurden die gegen Noël Field erhobenen Spionagevorwürfe wiederholt und erstmals auch deutsche Kontaktpartner Fields öffentlich direkt belastet. Im Ergebnis dieser Vorgänge erfolgten 1952 und 1953 auch in der DDR Verhaftungen. Im November 1952 wurde Paul Merker verhaftet.

Am 4. Januar 1953 veröffentlichte »Neues Deutschland« als Presseorgan des ZK der SED »Lehren aus dem Beschluß gegen das Verschwörerzentrum Slansky«, in denen die im Zusammenhang mit den Vorwürfen gegen Noël Field in der DDR eingeleiteten Repressionsmaßnahmen gegen Partei- und

124

Staatsfunktionäre faktisch begründet wurden. Noch bevor Ergebnisse der strafprozessualen Ermittlungen vorlagen, begann eine zentral gesteuerte massive SED-parteiinterne und zugleich öffentliche Vorverurteilung der Inhaftierten als »Agenten des Imperialismus«, deren »Entlarvung und Unschädlichmachung von größter Bedeutung« sei.

Für die Beschuldigten, zumeist langjährig im illegalen Kampf erprobte und bewährte Kommunisten und Antifaschisten, brach eine Welt zusammen, als sie aus den eigenen Reihen der Spionage und des Verrats bezichtigt wurden. Trotz unmittelbarer Einwirkung sowjetischer Instrukteure auf den Fortgang der Untersuchungen kam es jedoch nicht zu analogen Selbstbezeichnungen wie in Bulgarien, Ungarn und in der CSR.

Grundlage der Prozesse in der DDR und der Verurteilungen zu Freiheitsstrafen bildeten im wesentlichen die in der »Erklärung« erhobenen Beschuldigungen.

Diese erwiesen sich später als falsch und rechtlich unhaltbar. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 wurden die in der DDR strafrechtlich Verfolgten rehabilitiert. Die meisten von ihnen wirkten danach in der SED in verschiedenen Funktionen. Sie hielten an ihrer Überzeugung fest, daß die DDR das bessere Deutschland sei. Jene Verfahren, die heute zu Recht Bestandteil der Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR sind, waren angesichts der Biographien der Betroffenen besonders tragisch.

Wir bedauern, daß auch in der DDR Kommunisten – Aktivisten der ersten Stunde, die sich für ein neues demokratisches und sozialistisches Deutschland engagierten – von den Sicherheits- und Justizorganen der DDR zu Unrecht verfolgt wurden und aus politischen Motiven Repressalien erdulden mußten. Es ist eine bittere Erkenntnis, daß das MfS für dieses Unrecht Mitverantwortung trägt. Daran ändert auch der Verweis auf die dem MfS übergebenen »Untersuchungsergebnisse« des ZK und der ZPKK und die Vorverurteilung durch die SED-Führung sowie auf die Aktivitäten der Instrukteure des KfS der Sowjetunion nichts.

Es gehört zweifellos zu den Tatsachen, daß diese Verfahren in einer Zeit des erbitterten Kalten Krieges stattfanden und die Akten der Westseite dazu noch immer geschlossen gehalten werden. Und: Die junge DDR war mit besonders scharfen, ihre Existenz bedrohenden feindlichen Angriffen konfrontiert und befand sich insgesamt in einer äußerst schwierigen Lage. Die in dieser Zeit um ihr Überleben kämpfende DDR war zusätzlich noch durch Machtkämpfe, durch harte Auseinandersetzungen in der SED- und Staatsführung über die Ziele und Wege des Aufbaus einer neuen Gesellschaft unter den Bedingungen des geteilten Deutschlands geschwächt. Das damals noch sehr junge, gerade erst gebildete MfS verfügte über wenig Erfah-

125

rungen und hatte zu dieser Zeit kaum Möglichkeiten, außerhalb der Landesgrenzen zu ermitteln. Es konnte nicht überprüfen, inwieweit die vom ZK und der ZPKK sowie die insbesondere im Prozeß gegen Slansky erhobenen (und den Ermittlern vorgegebenen) Beschuldigungen gesichert waren – zumal daran keine Zweifel zulässig waren: Sie kamen schließlich »von ganz oben«, von der Parteiführung selbst. All das erklärt, rechtfertigt aber nicht. Jene Verfahren beschädigten nachhaltig das Ansehen der SED, der DDR und seiner Sicherheits- und Justizorgane.

Die genannte Erklärung des ZK und der ZPKK der SED vom 24. August

1950 über die Untersuchungsergebnisse »zu den Verbindungen ehemaliger deutscher politischer Emigranten zu ... Noël H. Field« bekräftigte darüber hinaus auch jene Einschätzungen und Forderungen, die bereits vier Wochen zuvor auf dem III. Parteitag im Zusammenhang mit der Analyse der »Schädlingstätigkeit in der DDR« vorgenommen und erhoben worden waren. Die dort getroffenen Wertungen – auf den vorangegangenen Seiten beschrieben – sogar noch verschärfend hieß es u. a. nunmehr in der »Erklärung«: Eine ganze Anzahl Fälle von Sabotageakten und Brandstiftungen wäre von den staatlichen Organen nicht mit der notwendigen Energie und Genauigkeit untersucht worden. VEB, Siedlungsgenossenschaften und andere Einrichtungen würden Verbindungen zu feindlichen Zentralen in den Westsektoren Berlins unterhalten. In der CDU und der LDP habe sich das von Jacob Kaiser geleitete BRD-Ministerium für gesamtdeutsche Fragen als Spionagezentrale feste Stützpunkte geschaffen. In manchen SED-Organisationen in wichtigen Industriegebieten und Großbetrieben seien frühere Mitglieder trotzkistischer Organisationen tätig. Als »Cliques« würden sie ihre feindliche Tätigkeit in neuer Form weiterführen. Mangelnde Wachsamkeit habe sich auch bei verantwortlichen Funktionären der Gewerkschaften und der VdGB gezeigt. Alle Grundorganisationen der SED wurden dazu aufgerufen, ihre eigene Parteiarbeit zu überprüfen und Maßnahmen in ihrem Tätigkeitsgebiet gegen das feindliche Wirken zu treffen. Mit den Beschlüssen des III. Parteitages der SED und den zitierten Erklärungen wurden mit die Weichen für eine Entwicklung gestellt, auf der sich das MfS bis zum bitteren Ende der DDR bewegte. Die Schutz-, Sicherheits- und Rechtspflegeorgane, vor allem das MfS, wurden eingesetzt und benutzt, politische Defizite der SED-Führung zu kompensieren. Und es gehört sicher mit zur bitteren Wahrheit, daß die kritikwürdige, in den Folgejahren zunehmende Breite der Verantwortung und Tätigkeit des MfS u. a. auch ihre Wurzeln im III. Parteitag der SED hat.

126

Der Beschluß der 2. Parteikonferenz der SED 1952 über den planmäßigen Aufbau des Sozialismus in der DDR

Die 2. Parteikonferenz der SED tagte vom 9. bis 12. Juli 1952 in Berlin und erklärte, »daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe geworden ist«. In der DDR sollen »die Grundlagen des Sozialismus geschaffen« und der »Sozialismus planmäßig aufgebaut« werden.⁹⁸ Während in den osteuropäischen volksdemokratischen Ländern bereits 1947/48 der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus unter Führung der kommunistischen und Arbeiterparteien beschlossen wurde, gab es in dieser Zeit diesen »Gleichschritt« in Ostdeutschland nicht. Hier stand dagegen als vordringlichste Aufgabe die Herstellung der Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage. Zwischen Moskau und der SED-Führung gab es zugleich Übereinstimmung: Entweder in absehbarer Zeit Herstellung eines einheitlichen, demokratischen, neutralen Deutschlands – oder aber Aufbau des Sozialismus in der SBZ/DDR. Die Sowjetunion unter Stalin betrieb damals eine Deutschlandpolitik, die beide Optionen offenhielt. »Die bekannte und vielumstrittene Stalin-Note vom 10. März 1952 an die drei Westmächte mit ihrem Angebot der Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und neutralen, von Besatzungstruppen freien Deutschland entsprach genau dieser Notwendigkeit. Einerseits stellte sie die denkbar stärkste Hilfeleistung von außen dar für alle politischen Kräfte in Deutschland, deren Ziel die Überwindung der Spaltung des Landes war. Zum anderen aber zwang sie alle inneren und äußeren Gegner der Einheit Deutschlands, Farbe zu bekennen und vor dem deutschen Volk und der Geschichte die Verantwortung für die Aufrechterhaltung und Vertiefung der Spaltung Deutschlands zu übernehmen.«⁹⁹ Die Bonner Regierung unter Konrad Adenauer lehnte den sowjetischen Vorschlag nicht nur schroff ab. Am 26. Mai 1952 erfolgte zudem der Abschluß des Deutschlandvertrages und am 27. Mai 1952 des Vertrages über die Bildung der »Europäischen Verteidigungsgemeinschaft«, womit die BRD in das westliche Militärbündnis einbezogen wurde. Mit dieser Westintegration der Bundesrepublik wurde die Spaltung Deutschlands vertieft. Dem Osten wurde damit demonstrativ bekundet, daß die Teilung endgültig und nicht mehr rückgängig zu machen ist. Die nachvollziehbare Konsequenz war der zwei Monate später – in voller Übereinstimmung mit der sowjetischen Führung – erfolgte Beschluß auf der 2. Parteikonferenz der SED über den Aufbau der

Grundlagen des Sozialismus in der DDR und damit auch ihrer Integration in das östliche System.

Walter Ulbricht, zu jener Zeit Erster Sekretär des ZK der SED und Stellvertreter des Ministerpräsidenten der DDR, äußerte sich auf der Parteikon-

127

ferenz auch zur staatlichen Sicherheit. In der Diskussion taten dies ebenfalls die damals noch fungierenden zwei Vorsitzenden der SED, Wilhelm Pieck (Präsident der DDR) und Otto Grotewohl (Ministerpräsident der DDR). Es wurde eine EntschlieÙung zu den qualitativ höheren Anforderungen an die Schutz-, Sicherheits- und Rechtspflegeorgane, an alle Staatsorgane und gesellschaftlichen Organisationen angenommen. Der Auftrag lautete, die demokratische Volksmacht, die demokratische Ordnung und Gesetzlichkeit zu stärken und zuverlässig vor dem Aggressionskurs der imperialistischen Westmächte und des Monopolkapitals in der BRD zu schützen. Es seien bewaffnete Streitkräfte, eine Volksarmee, aufzustellen, die mit der neuesten Technik ausgerüstet und imstande ist, »die Errungenschaften der Werktätigen vor einem imperialistischen Angriff zu schützen«.100

Im Lande selbst sollten der Widerstand der kapitalistischen Kräfte gebrochen und alle konterrevolutionären Versuche zur Restaurierung der Macht des Kapitals zerschlagen werden. Otto Grotewohl hatte in diesem Zusammenhang in seinem Diskussionsbeitrag erklärt: »Die Aufgabe besteht darin, unser Hinterland zu festigen und von den Feinden zu säubern, wobei wir auch nicht davor haltmachen können und dürfen, mit den Terroristen und Brandstiftern abzurechnen, die in unsere Fabriken und Betriebe eingeschmuggelt werden. Der Schutz des Landes ist ohne festes Hinterland unmöglich.«101

Weiter hieß es in der EntschlieÙung der 2. Parteikonferenz, daß der Schutz der »revolutionären Errungenschaften und des sozialistischen Aufbaus gegen äußere Feinde« gewährleistet werden müsse – das erfordere auch eine wirksamere Sicherung der Grenzen der DDR.

Welche Ursachen, Hintergründe und Konsequenzen das hatte, dazu führte Generaloberst a. D. Fritz Streletz, ehemaliger Chef des Hauptstabes der NVA und Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates (NVR) der DDR, in dem Prozeß gegen seine Person und weitere Mitglieder des NVR sowie in mehreren Prozessen gegen ehemalige Angehörige der Grenztruppen der DDR vor dem Berliner Landgericht102 aus:

Die sich verschlechternde Lage und der Konfrontationskurs zwischen den beiden Großmächten, Sowjetunion und USA, und die Verschärfung des Kalten Krieges zwischen den beiden Weltsystemen haben bereits seit Anfang der 50er Jahre dazu geführt, daß aus der Zonengrenze, aus der »innerdeutschen Grenze« der »Eiserne Vorhang« zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die Trennlinie zwischen den beiden mächtigsten Militärböcken auf dieser Welt, und damit die »wichtigste und brisanteste internationale Grenze in der Periode des Kalten Krieges« wurde.

128

Angeichts des Kalten Krieges und der dominierenden Stellung der militärischen Option in der antisowjetischen Strategie der USA sowie der zunehmenden Einbindung der BRD in diese militärische Komponente wurden von der sowjetischen Führung Anfang der 50er Jahre militär-strategische Schlußfolgerungen dahingehend abgeleitet, »die erste strategische Verteidigungslinie der Sowjetarmee von der Oder-NeiÙe-Linie auf die Elbe-Werra-Linie« vorzuverlegen.

In dieser zugespitzten Zeit Anfang der 50er Jahre – so Fritz Streletz weiter – fand vom 29. März bis zum 10. April 1952 in Moskau eine Beratung der Partei- und Staatsführungen der UdSSR und der DDR statt. »Teilnehmer an dieser Beratung waren von der Sowjetunion Stalin, Bulganin, Malenkow, Mikojan, von der DDR Pieck, Grotewohl und Ulbricht.

Bei dieser Beratung forderte Stalin, ein verschärftes Grenzsicherungssystem an der Staatsgrenze der DDR zur BRD einzuführen bzw. aufzubauen.

Festgelegt wurde: Die Grenzsicherungsmaßnahmen sind kurzfristig durch den Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, im engen Zusammenwirken mit dem Oberkommandierenden der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Marschall der Sowjetunion Tschuikow, zu erarbeiten und in die Praxis umzusetzen.«

Im Ergebnis dieser Moskauer Beratung von 1952 und der hierbei von

Stalin getroffenen Festlegungen, »nach sowjetischem Muster an der Staatsgrenze der DDR zur BRD ein tiefgestaffeltes Grenzsicherungssystem« zu schaffen, wurden kurzfristig folgende Maßnahmen realisiert:

– Auf der Grundlage einer Verordnung des Ministerrates wurde die bisher dem Ministerium des Innern unterstehende Grenzpolizei am 16. Mai 1952 aus dem Bestand der Volkspolizei herausgelöst und als Deutsche Grenzpolizei (DGP) dem MfS unterstellt. (Diese Eingliederung bestand bis zum 28. Februar 1957. Mit Wirkung vom 1. März 1957 wurde die DGP wieder dem Ministerium des Innern und mit Wirkung vom 15. September 1961 mit der Bezeichnung »Grenztruppen (GT) der DDR« dem Minister für Nationale Verteidigung unterstellt.)

– Am 26. Mai 1952 erließ die Regierung der DDR die Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der DDR und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands.¹⁰³ In der Begründung hieß es, daß die Bonner Regierung und die westlichen Besatzungsmächte einen strengen Grenz- und Zolldienst eingeführt hätten, um sich auch damit von der DDR abzugrenzen. Das Fehlen eines solchen Schutzes auf Seiten der DDR würde von den Westmächten ausgenutzt werden, um in immer größerem Umfang Spione, Diversanten, Terroristen und Schmuggler über die Demarkationsli-

129

nie zu schleusen. Diese Kräfte würden nach Ausführung ihrer verbrecherischen Aufgaben ungehindert nach Westdeutschland zurückkehren können.

Daher sei die Regierung der DDR gezwungen, entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen. In § 1 dieser Verordnung wurde das MfS – ausgehend von der Eingliederung der Deutschen Grenzpolizei in die Organe für Staatssicherheit

– beauftragt, »unverzüglich strenge Maßnahmen zu treffen für die Verstärkung der Bewachung der Demarkationslinie ..., um ein weiteres Eindringen von Diversanten, Spionen, Terroristen und Schädlingen in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik zu verhindern«. Nicht nur der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, daß die Forderung nach »unverzüglich strengen Maßnahmen« an der Demarkationslinie im § 2 der besagten Verordnung ausdrücklich durch die Festlegung ergänzt wurde, »alle Anordnungen, Bestimmungen und Anweisungen zur Durchführung dieser Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt zu erlassen, ... daß sie bei einer Verständigung über die Herbeiführung der Einheit Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage sofort aufgehoben werden können«.

– In Durchsetzung der Festlegungen des Ministerrates der DDR wurde durch den Minister für Staatssicherheit am 27. Mai 1952 eine Ordnung über die Einführung einer besonderen Ordnung an der Demarkationslinie in Kraft gesetzt. Fritz Streletz: »Sie kam einer ersten »Grenzordnung« nach sowjetischem Vorbild gleich. Das Grenzgebiet zur BRD bekam schrittweise den Charakter eines militärischen Sperrgebietes. Auf der Grundlage der Polizeiverordnung wurde eine Reihe von Grenzbewohnern, die nicht die Gewähr für die Sicherheit boten, aus dem Grenzgebiet ausgesiedelt.«

– Am 9. Juni 1952 wurde in der Verordnung des Ministerrates »über weitere Maßnahmen zum Schutz der Deutschen Demokratischen Republik«¹⁰⁴ »im Anschluß an die Verordnung vom 26. Mai 1952« im § 1 festgelegt, daß der dem MfS durch die Verordnung vom 26. Mai 1952 erteilte Auftrag »dahingehend erweitert (wird), daß die von diesem Ministerium zu ergreifenden Maßnahmen sich generell auf die Verhinderung des Eindringens von Diversanten, Spionen und Terroristen in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik zu erstrecken haben.« Der § 2 enthielt die gleichen Festlegungen im Falle einer Verständigung über die Herbeiführung der Einheit Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage, wie sie bereits in der vorangegangenen Verordnung enthalten waren. Darüber hinaus wurde durch die Regierung der DDR im § 3 der Verordnung vom 9. Juni 1952 eine spezielle Strafbestimmung normiert: »Wer den nach § 1 dieser Verordnung oder der Verordnung vom 26. Mai 1952 getroffenen Anordnungen, Bestimmungen oder Anweisungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 2 Jahren

130

und mit Geldstrafe bis zu 2.000 DM oder mit einer dieser Strafen bestraft, sofern nicht nach anderen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist.«

Im August 1952 wurden – ebenfalls nach sowjetischem Vorbild – unter den Bürgern des Grenzgebietes die ersten »Freiwilligen Helfer der Grenzpolizei« gewonnen.

Die »Hauptaufgabe« habe darin bestanden, »Provokationen, Anschläge und Angriffe auf die Staatsgrenze, die vom ›Westen‹ erfolgten, erfolgreich abzuwehren. « Das hätte sich – wie Fritz Streletz vor dem Berliner Landgericht an Hand konkreter Daten und Fakten nachwies – allein anschaulich auch an der Bewaffnung und Ausrüstung der Deutschen Grenzpolizei zu Ende der 50er Jahre gezeigt.¹⁰⁵

Weitere spezielle Ausführungen zur Verantwortlichkeit und zu den Aufgaben des MfS in bezug auf die Sicherung der Staatsgrenze zur BRD und nach Westberlin, einschließlich der Abwehraufgaben zur Sicherung der Grenzpolizei/-truppen der DDR, erfolgen im Beitrag zu den Aufgaben der »Militärabwehr« im Bd. 2.

Die von der 2. Parteikonferenz der SED festgelegten Aufgaben betrafen unmittelbar auch weitere Seiten und Inhalte der Abwehrtätigkeit des MfS. Als Antwort auf die Maßnahmen zur Spaltung Deutschlands, der Vorbereitung der Wiederaufrüstung in den westlichen Besatzungszonen/BRD und ihrer Einbindung in die westliche Militärstrategie sowie zur Wahrung der eigenen Sicherheitsinteressen und von öffentlicher Sicherheit und Ordnung war auch in der SBZ/DDR – mit Unterstützung der SMAD – 1949 mit dem Aufbau einer Kasernierten Volkspolizei (KVP) begonnen worden. Zunächst entstanden Volkspolizei-Bereitschaften (VPB) und Volkspolizei-Schulen (VPS). Im Sommer 1952 wurden die Volkspolizei-Bereitschaften in die Kasernierte Volkspolizei umgewandelt. (Aus Einheiten der KVP wurden 1956 die ersten Einheiten der Nationalen Volksarmee gebildet.) Im August 1952 wurde die Gesellschaft für Sport und Technik (GST) mit der Aufgabe gegründet, die Jugend auf den Dienst zum bewaffneten Schutz der DDR vorzubereiten. Wie in der Sowjetunion und in anderen volksdemokratischen Ländern wurden auch in der DDR erhebliche Aufstockungen des Wehretats vorgenommen. Die 10. Tagung des ZK der SED beschloß im November 1952, für die Landesverteidigung zusätzlich 1,5 Milliarden Mark einzusetzen.

Diese Schritte fanden in der DDR-Bevölkerung nicht nur Zuspruch. »Nie wieder eine Waffe in die Hand zu nehmen« war nach dem Zweiten Weltkrieg vorherrschende Meinung. Die SED-Führung verpflichtete deshalb auf der 2. Parteikonferenz alle Parteioorganisationen, verstärkt ideologische Fragen des

131

bewaffneten Schutzes der DDR zu klären. Und im MfS hatte das alles zur Folge, die Sicherung der bewaffneten Kräfte in der DDR entsprechend zu organisieren (*der spezielle Beitrag im Bd. 2 gibt darüber Auskunft*). Im Zuge der Umgestaltung der Justiz war der Staatsanwaltschaft per Gesetz vom 23. Mai 1952¹⁰⁶ die Aufsicht über die Einhaltung der Gesetzlichkeit übertragen worden. Der Staatsanwalt leitete das strafprozessuale Ermittlungsverfahren und damit auch die von den Untersuchungsorganen des MfS eingeleiteten und bearbeiteten Verfahren. Bereits im Gesetz über die Errichtung des Obersten Gerichtshofes und der Obersten Staatsanwaltschaft der DDR vom 8. Dezember 1949 wurde im § 11 Abs. 1 festgelegt: »Der Generalstaatsanwalt der Republik führt in Strafsachen von überragender Bedeutung die Untersuchung und erhebt bei dem Obersten Gericht Anklage. Er kann jedes bei den Staatsanwaltschaften der Länder schwebende Strafverfahren an sich ziehen, wenn er es wegen dessen überragenden Bedeutung für erforderlich hält.«¹⁰⁷ Der Staatsanwalt führte auch die Aufsicht über den Vollzug der Untersuchungshaft im MfS. (*Siehe dazu auch die Beiträge zur Verantwortung und Tätigkeit der Untersuchungsorgane und des Untersuchungshaftvollzugs im MfS im Bd. 2.*)

Mit dem Gesetz zum Schutze des Volkseigentums und anderen gesellschaftlichen Eigentums vom 2. Oktober 1952¹⁰⁸, dem neuen Gerichtsverfassungsgesetz¹⁰⁹ sowie der neuen Strafprozeßordnung¹¹⁰ traten 1952 weitere Gesetze in Kraft, die auch für das MfS grundsätzliche Bedeutung besaßen. Sie hatten Einfluß auf die Arbeit der Abwehr, auf die operative Arbeit und die strafprozessuale Untersuchungstätigkeit sowie auf die Zusammenarbeit mit den Justizorganen.

Um eine straffe zentrale Leitung und Planung aller gesellschaftlichen Prozesse zu ermöglichen, verabschiedete die Volkskammer der DDR am 23. Juli 1952, elf Tage nach der 2. Parteikonferenz, das Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe.¹¹¹ Die bis dahin in der DDR bestehenden fünf Länder (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Mark Brandenburg und Mecklenburg) wurden

aufgelöst und statt ihrer 14 Bezirke gebildet. Die Zahl der Kreise wurde von 132 auf 217 erhöht.

Der sowjetische Sektor Groß-Berlins blieb gemäß den Alliierten Kontrollratsbestimmungen eigenständig.

Diese territoriale Umstrukturierung führte im MfS ebenfalls zu einer grundlegenden organisatorischen Umgestaltung. Die neue Struktur des MfS folgte der staatlichen Territorialgliederung und wurde dreistufig angelegt:

– das Ministerium für Staatssicherheit in Berlin

132

– 14 Bezirksverwaltungen (BV) für Staatssicherheit und die »Verwaltung Groß Berlin des MfS«

– 211 Kreisdienststellen (KD) für Staatssicherheit (einige waren sowohl für die jeweiligen Stadt- als auch die entsprechenden Landkreise zuständig; der Aufbau der Kreisdienststellen erstreckte sich u. a. wegen Personalmangels bis 1954).

Darüber hinaus gab es Objektdienststellen (OD) in besonders wichtigen volkswirtschaftlichen Betrieben. Es arbeiteten damals (und später) Objektdienststellen in den Leuna-Werken »Walter Ulbricht«, in den Buna-Werken in Schkopau, im Kombinat »Schwarze Pumpe«, im Chemiekombinat Bitterfeld, im Kombinat »Carl Zeiss« Jena, an der Technischen Universität Dresden sowie im Kernkraftwerk Greifswald-Lubmin. Von 1951 bis 1982 gab es auch die Objektverwaltung »Wismut«. Sie war zuständig für die Sicherung der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut und besaß den Status einer Bezirksverwaltung. 1982 wurde sie als Abteilung »Wismut« in die Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt sowie als Arbeitsgruppe »W« in die Bezirksverwaltung Gera eingegliedert.

Ausgehend von der Veränderung der territorialen Struktur der DDR und ihrer Staatsorgane wurden auch die Strukturen der Parteien und gesellschaftlichen Organisationen umgestaltet. So entstanden gleichfalls die entsprechenden SED-Bezirks- und -Kreisleitungen. Bis zum August 1952 gab es im Ministerium für Staatssicherheit den »SED-Landesverband VII c«, dem auch die Parteikollektive in den Landes- und Kreisverwaltungen des MfS angehörten und unterstanden. Nach der Abschaffung der föderalen Struktur in der DDR wurden im MfS Berlin und in den BV, KD/OD jeweils Parteiorganisationen gebildet.

Die 2. Parteikonferenz leitete auch weitere Schritte zur »Kollektivierung der Landwirtschaft« in der DDR ein. Bereits zu Beginn der 50er Jahre hatten sich auf freiwilliger Basis Bauern zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) zusammengeschlossen. Dieser Weg der Umgestaltung der Landwirtschaft sollte fortgesetzt werden. Er stieß aber auch auf Vorbehalte, Unverständnis und Widerstand bis hin zu Sabotage, Brandstiftungen, Terror und anderen Straftaten. Dadurch wurde die Sicherung der Landwirtschaft vor Machenschaften innerer und äußerer Feinde der Umgestaltung zu einem weiteren Schwerpunkt in der Tätigkeit des MfS.

Mit dem Beschluß der 2. Parteikonferenz über den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus vollzogen sich somit insgesamt in Inhalt und Struktur der Abwehrtätigkeit des MfS wesentliche Veränderungen. Das junge MfS – es war erst 2 Jahre alt – hatte keine Zeit, sich »in Ruhe« zu formieren. Die

133

Organisation und Entwicklung seiner »geordneten« Tätigkeit sollte möglichst rasch der neuen territorialen Umstrukturierung mit allen damit verbundenen Erfordernissen und Konsequenzen gerecht werden. Und das gleichzeitig unter den inneren Bedingungen des verstärkten Widerstandes von Kräften gegen den sozialistischen Entwicklungsweg in der DDR sowie unter den wesentlich veränderten und verschärften äußeren Bedingungen der Vertiefung der deutschen Spaltung, der westlichen militärischen Integration der BRD, ihrer Remilitarisierung und Wiederaufrüstung und der massiven Unterstützung restaurativer Kräfte in der DDR durch Organe, Einrichtungen und Kräfte der BRD.

Die Ereignisse um den 17. Juni 1953.

Der gravierende Einfluß der sicherheitspolitischen Analyse und Beschlüsse der SED-Führung auf die Tätigkeit des MfS, insbesondere seiner Abwehr

Auf der 14., 15. und 16. Tagung des ZK der SED im Juni, Juli und September 1953 erfolgten Einschätzungen und Schlußfolgerungen aus den Vorgängen

um den 17. Juni. Sie gipfelten in der nicht den Tatsachen entsprechenden und damit falschen Feststellung, es habe sich bei diesen Ereignissen um eine faschistische Provokation, einen faschistischen Putsch äußerer und innerer Feinde, um das Werk imperialistischer Geheimdienste, besonders der USA und der BRD, gehandelt. Wie später bekannt wurde, ist diese Einschätzung und Interpretation der Ereignisse um den 17. Juni 1953 auch maßgeblich von der Führung der KPdSU beeinflusst worden. Die damit verbundene Lesart war: Innere Schwierigkeiten und ihre Auswirkungen gingen ausschließlich auf äußere Einflüsse zurück. Diese Einschätzungen entsprachen auch nicht den bereits damals im MfS dazu vorliegenden, sicher sehr unvollständigen Erkenntnissen zu diesen Vorgängen, ihren Ursachen, Begleitumständen und begünstigenden Bedingungen. Aber selbst im Abriß zur Geschichte der SED hieß es 1978 noch: Das ZK der SED zog auf den obengenannten Plenartagungen »weitreichende Schlußfolgerungen aus der Abwehr der imperialistischen Konterrevolution« und »deckte die Hintergründe ihres Angriffs auf und arbeitete die Politik des sozialistischen Aufbaus weiter aus«.¹¹² Im Beschluß des ZK der SED vom 26. Juni 1953 »Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei«¹¹³ wurde zwar ausdrücklich hervorgehoben, in nächster Zeit eine »ernsthafte Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und der politischen Verhältnisse in der DDR zu erreichen« und auf dieser Grundlage »eine Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung« zu erzielen, das gesamte öffentliche Leben weiter zu demokratisieren und gleichzeitig den

134

Verkehr der Deutschen von Ost nach West zu erleichtern. In Verbindung mit der Bestimmung dieser zwar richtigen Vorhaben fand aber eine weitergehende tiefgründige politische Analyse der komplexen Ursachen für diese gesellschaftliche Erschütterung in der DDR so gut wie nicht statt.

Dafür wurde aber auf der 15. Tagung, die vom 24. bis 26. Juli 1953 in Berlin stattfand, an die Adresse des MfS der schwerwiegende Vorwurf erhoben, die Gefahren nicht rechtzeitig erkannt zu haben. »Die Organe für Staatssicherheit haben versagt«, hieß es da. »Die Abwehr- und Aufklärungsarbeit der Organe des MfS steht auf einem äußerst niedrigen Niveau«, vermerkte das Protokoll. »Das Informationsnetz des MfS (sei) sowohl hinsichtlich der Auswahl der Menschen als auch hinsichtlich ihrer Verteilung und ihres Einsatzes schlecht organisiert. Das Ergebnis davon war, daß die Organe des MfS weder von dem geplanten Putsch Kenntnis hatten, noch die in der Deutschen Demokratischen Republik bestehenden Agentennester und illegalen Organisationen kannten.«¹¹⁴

Diese vernichtende Kritik von Otto Grotewohl und Walter Ulbricht war insofern haltlos, als sie auf falschen Wertungen über die Ursachen und den Charakter dieser Ereignisse und die dafür Verantwortlichen beruhte. Es ging offenkundig nicht um Mängel und Schwächen in der Arbeit des MfS, die es nach erst zweijähriger Existenz zweifellos gab. Es ging darum, wie die spätere Entwicklung bestätigte, vom Versagen der Politik und damit auch der eigenen Führungsschwäche, von den tatsächlichen Ursachen und Bedingungen abzulenken.

Gerade weil die Ereignisse um den 17. Juni 1953 und die daraus von der SED-Führung abgeleiteten Schlußfolgerungen und Maßnahmen für das MfS und seine Abwehrtätigkeit so große Bedeutung hatten und sich darum auch viele Legenden ranken, beziehen wir uns im folgenden vor allem auf Wertungen und Erfahrungsberichte von Historikern und Zeitzeugen (vor allem auf die Unabhängige Autorengruppe »So habe ich das erlebt«: Spurensicherung, Zeitzeugen zum 17. Juni 1953. GNN-Verlag, 1999), um nicht den Eindruck zu erwecken, die Autoren wollten im Nachhinein alte Klischees bedienen, dem Klassenfeind die alleinige Schuld für die Ereignisse zuschieben und die falsche Einschätzung vom faschistischen Putsch wieder aufleben lassen. Das ist nicht unsere Absicht. Wir nehmen für uns aber in Anspruch, auch berechtigt zu sein, einen Beitrag zur objektiven Wertung dieser Ereignisse zu leisten. Und der beinhaltet auch den notwendigen Blick auf die inneren, durch die SED- und Staatsführung selbst gesetzten Bedingungen, die von Freund und Feind zu verantwortenden und die nicht minder schwerwiegenden äußeren Einflüsse, die vom Gegner geschürten, orga-

135

nisierten und gesteuerten Aktionen zum Herbeiführen des »Tages X« sowie auch das Wirken unterschiedlich motivierter Personengruppen und Kräfte

in der DDR.

Die Umsetzung der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der SED über den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR stieß auf wesentlich veränderte innere und äußere Bedingungen. Sie waren vor allem gekennzeichnet durch die einschneidenden Folgen der notwendigen Gegenmaßnahmen der Sowjetunion, der anderen volksdemokratischen Länder und auch der DDR auf die von den Westmächten und der Bonner Regierung vorsätzlich herbeigeführte Vertiefung der Spaltung Deutschlands bei gleichzeitiger Ablehnung der Sowjetischen Note zur Einheit Deutschlands. In diesem Kontext war auch die Wiederbewaffnung und Eingliederung der BRD in das westliche Militärbündnis zu sehen. (Der Bundestag der BRD ratifizierte – wie bereits beschrieben – im Mai 1952 den Generalvertrag und im März 1953 das EVG-Abkommen. Der Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft wurde am 27. Mai 1952 von den Regierungschefs der BRD, Frankreichs, Italiens, Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs abgeschlossen. Die EVG war ein von 1952 bis 1954 bestehendes Projekt der Westmächte zur Bildung eines europäischen Militärblocks im Rahmen der NATO, in den die BRD mit starken Streitkräften einbezogen werden sollte. Als Kern der EVG sollte die sogenannte »Europaarmee« fungieren.)

Diese Entwicklung vollzog sich faktisch schnurgerade im Sinne des bereits von US-Präsident Truman angekündigten Politikwechsels, den »Kommunismus« nicht mehr nur »einzudämmen«, sondern die von ihm »besetzten« Territorien zu »befreien«. Der 1953 ins Amt gekommene 34. Präsident der USA, Dwight D. Eisenhower (bis 1961), und sein Außenminister John F. Dulles (ein Bruder von Allan W. Dulles, des inzwischen zum CIA-Chef aufgestiegenen ehemaligen Leiters des amerikanischen Geheimdienstes OSS) räumten dieser Konzeption des »roll back« Vorrang ein. Wie schon angeführt, hatte J. F. Dulles bereits 1952 dazu aufgerufen, auch durch die Aktivierung konterrevolutionärer Kräfte im Innern der »Ostblock-Staaten« die dortigen Ordnungen zu stürzen. Seine Buffalo-Rede enthielt präzise Hinweise, wie man Unzufriedenheit erzeugt und schürt, wie zur Störung der Produktionsziele eine »Arbeitelangsam-Bewegung« organisiert werden kann bis hin zur Durchführung von Sabotage in der Industrie. Dulles kündigte Maßnahmen an, mit denen der »Widerstand« hinter dem »Eisernen Vorhang« in diesem Sinne entfacht und organisiert werden sollte.

136

Eine solch aggressive Politik führte in der sowjetischen Führung zur Einschätzung, die Gefahr eines Krieges gegen die Sowjetunion und gegen die Staaten Osteuropas sei sehr real. Moskau sah sich also genötigt, Gegenmaßnahmen zu ergreifen und zusätzliche Ressourcen für die Verteidigung aufzubringen. Es forderte auch Beiträge seiner Verbündeten, auch von der DDR.

Das bedeutete sowohl eine Steigerung der Reparationsleistungen als auch den forcierten Aufbau eigener Verteidigungskräfte. Das führte dazu, daß in allen Positionen des Wirtschaftsplanes – bezogen auf die Aufgaben zur Entwicklung in der DDR selbst – erhebliche Kürzungen vorgenommen werden mußten. Vor welchen grundsätzlichen Problemen sich die SED- und Staatsführung sah, geht aus dem Entwurf eines Schreibens des ZK der SED an die Regierung der UdSSR vom Januar 1953 hervor. Darin wird auf die Disproportionen der Wirtschaft hingewiesen, die sich aus der Spaltung Deutschlands (dem ehemals einheitlichen Wirtschaftsgefüge) ergeben hatten.

Daraus leite sich zwingend die Notwendigkeit ab, solche Industriezweige wie die Hüttenindustrie, den Bergbau, den Schwermaschinenbau und die Energiewirtschaft vorrangig zu rekonstruieren und auszubauen, was den damaligen Auffassungen von der vorrangigen Entwicklung der Abteilung I (Produktionsmittel herstellende Industrie) entsprach.

Auf den Aufbau bewaffneter Streitkräfte und ihre Versorgung mit Material und Ausrüstung sei die DDR nicht vorbereitet. Das bedeute, Erzeugnisse in Höhe von etwa 500 Millionen Mark (ohne Nahrungsmittel) dem normalen Verbrauch zu entziehen. Dabei handele es sich vorwiegend um Baustoffe, Baustahl, Kabel, Rohre, Gewebe, Lederschuhe usw. Außerdem, so hieß es im Brief-Entwurf, gebe es Disproportionen zwischen der gewachsenen Kaufkraft und dem Angebot an Waren und Dienstleistungen. Kritisch angemerkt wurden die zusätzlichen Forderungen nach strategischen Maßnahmen auf dem Gebiet des Verkehrswesens und dem Aufbau einer Luftfahrtindustrie

sowie die erhebliche Erhöhung der Reparationszahlungen an die Sowjetunion. Abschließend hieß es: »Aus der vorangegangenen Darstellung wird klar, daß die ökonomische Lage in entscheidenden Knotenpunkten äußerst ernst und angespannt ist.« Deshalb wurde die Sowjetunion um verstärkte Lieferungen dringend benötigter Engpaßmaterialien und die Reduzierung der Reparations- und Exportverpflichtungen der DDR ersucht. Der Brief vom Januar 1953 blieb Entwurf.¹¹⁵

Die Sowjetische Kontrollkommission, die noch immer als eine Art »Ober-Regierung« in der DDR tätig war, übergab – in Kenntnis dieses Papiers – im Februar 1953 an die Regierung der DDR ein Memorandum. Darin wurden die nach ihrer Ansicht vorhandenen Möglichkeiten benannt, zusätzliche Mit-

137

tel für die verlangten Verteidigungsmaßnahmen zu erwirtschaften. Gleichzeitig schlug man ein strengeres Sparsamkeitsregime vor. Es sah erhebliche Einschränkungen im gesamten sozialen Bereich einschließlich der medizinischen Versorgung vor. Die Führung der SED und die Regierung der DDR kamen diesen »Empfehlungen« der SKK zwar zögerlich, aber doch nach. Im Frühjahr 1953 erfolgten Einschnitte in den ohnehin niedrigen Lebensstandard. Die Preise für verschiedene Lebensmittel, etwa Fleisch und Zuckerwaren, wurden angehoben. Die Kontingentierung von Lebensmitteln bei gleichzeitiger Erhöhung der Preise in den Läden der »freien« Staatlichen Handelsorganisationen (HO) wurde verschärft. Die Fahrpreismäßigungen in 8 Kategorien, darunter für Schwerbeschädigte und für Arbeiterrückfahrkarten, wurden gestrichen und Maßnahmen zur Veränderung der Steuer- und Abgabeordnungen verfügt. Handwerker und Gewerbetreibende wurden stärker als zuvor belastet. Hinzu kam die Anhebung der Arbeitsnormen um mindestens 10 Prozent in den volkseigenen Industriebetrieben und im Bauwesen. Sie sollten ab 1. Juni 1953 gelten. Und zu allem Überdruß wurden diese und andere Maßnahmen von der Propaganda als »Verbesserung der Lebensverhältnisse« ausgegeben.

Unzufriedenheit und Mißstimmung nahmen sprunghaft zu. Dem sollte mit Agitationseinsätzen entgegengewirkt werden. Mit großem Engagement warben viele Mitglieder der SED in Arbeitskollektiven und Wohngebieten um Verständnis. Ohne Erfolg. Im Gegenteil: Die Agitatoren machten sich unglaublich, weil die Menschen die Wirklichkeit täglich erlebten.

Für viele überraschend veröffentlichte das »Neue Deutschland« am 11. Juni 1953 ein Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 9. Juni 1953, in dem die Zurücknahme der meisten Maßnahmen bekanntgegeben wurde.¹¹⁶ Die Reaktion waren Fassungslosigkeit, ungläubiges Kopfschütteln, Verunsicherung und Lähmung. Die Mitglieder der SED fühlten sich von ihrer Führung blamiert. Nachdem sie ihren »Kampfauftrag« zu erfüllen versucht hatten, ließ man sie nun wissen, die Maßnahmen seien ein Fehler gewesen, nunmehr werde ein neuer Kurs eingeschlagen.

Die DDR befand sich in einer schweren Krise, für die das Politbüro des ZK der SED bereits mit dem Kommuniqué vom 9. Juni die politische Verantwortung übernahm. Im Beschluß des ZK der SED vom 26. Juli 1953 hieß

es dazu dann: »Die Partei hat die in der Vergangenheit begangenen Fehler erkannt, anerkannt und offen ausgesprochen.«¹¹⁷

Hintergrund der Kurskorrektur waren die am 3. und 4. Juni 1953 in Moskau geführten Gespräche. Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und Fred Oelsner bekamen von der sowjetischen Führung ein am 27. Mai 1953 durch das Prä-

138

sidium des Ministerrates der UdSSR beschlossenes Dokument vorgelegt. Es hieß »Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik« und war die verbindliche Vorgabe für den von der Führung der SED einzuschlagenden »Neuen Kurs«. Die sowjetische Führung hatte offenkundig erkannt, daß, aus der Entwicklung in der DDR resultierend, an der Westgrenze ihres Machtbereichs eine ernsthafte Gefahr entstanden war. Diese gefährdete zunehmend die eigene Strategie auch im Hinblick auf ihre Deutschlandpolitik. Nach dem Tode Stalins am 5. März 1953 war eine Art Machtvakuum in der Sowjetunion entstanden, woraus sich eine scharfe Auseinandersetzung innerhalb der sowjetischen Führungsriege über die künftige Deutschlandpolitik entwickelt hatte.

Für die in der DDR entstandene Lage machte die sowjetische Führung – offenkundig auch mit entsprechenden »Einschätzungen« der Sowjetischen

Kontrollkommission in der DDR ausgestattet – die SED-Führung unter Walter Ulbricht verantwortlich. Entgegen dem tatsächlichen Beschluß der 2. Parteikonferenz behauptete Moskau, die SED hätte den »beschleunigten« Aufbau des Sozialismus beschlossen und damit die innere Situation verschärft. Sie allein sei deshalb für die Krise verantwortlich. Die SED-Führung wurde veranlaßt, dieser falschen Wertung zuzustimmen und gab die Fehler als hausgemacht zu.

Der »Neue Kurs« wurde am 9. Juni vom Politbüro und am 11. Juni 1953 vom Ministerrat der DDR beschlossen. Sozialpolitisch einschneidende und andere zu Mißstimmung geführte Maßnahmen wurden zurückgenommen, nicht aber die Normenerhöhungen in der Industrie und im Bauwesen. Erst am 16. Juni hat das Politbüro in einer veröffentlichten »Erklärung« die administrative Erhöhung der Normen um 10 Prozent als falsch bezeichnet und zurückgenommen. Doch da war es schon zu spät.

Am 16. Juni kam es in Berlin und am 17. Juni in Berlin und einigen weiteren Städten zu Streiks, spontanen Arbeitsniederlegungen, Ansammlungen und Demonstrationen. Auch wenn der vom RIAS rund um die Uhr geforderte Generalstreik nicht stattfand, hatten die in Berlin und in einigen anderen Städten der DDR von Feinden und Provokateuren entfachten Gewalthandlungen ein erhebliches Ausmaß und einen skrupellosen, Menschenleben und Sachwerte brutal mißachtenden Charakter angenommen. In mehreren Fällen wurden Büros und Einrichtungen der SED, der Nationalen Front und anderer gesellschaftlicher Organisationen gewaltsam erstürmt. Es gab tätliche Angriffe auf Staats- und Parteifunktionäre, Brandstiftungen an und in öffentlichen Gebäuden, Produktions- und anderen Einrichtungen. Fahnen und Symbole wurden in Brand gesetzt bzw. anderweitig demonstrativ ver-

139

nichtet. In einzelnen Fällen wurden Gefängnisse gewaltsam geöffnet und Strafund Untersuchungsgefangene »befreit«, Dienststellen der Deutschen Volkspolizei und MfS-Kreisdienststellen besetzt, Telefonanlagen zerstört, Panzerschränke aufgebrochen, Akten und andere Dokumente vernichtet, auf die Straße geworfen bzw. mitgenommen. Desweiteren wurden Betriebe, Handels- und andere öffentliche Einrichtungen geplündert.

Angesichts dieser gefährlichen Entwicklung und bedrohlichen Lage wurde auf Befehl des Militärkommandanten des sowjetischen Sektors von Groß-Berlin mit Wirkung vom 17. Juni 1953, 13.00 Uhr, der Ausnahmezustand verhängt.

¹¹⁸ Das Eingreifen von Einheiten der Sowjetarmee zur Herbeiführung einer festen öffentlichen Ordnung führte in einigen Fällen auch zur Anwendung von Schußwaffen. Es gab mehrere Tote und Verletzte. Das sowjetische Eingreifen und auch der besonnene Einsatz von Einheiten der KVP, von Angehörigen der Deutschen Volkspolizei und des MfS zum Schutze wichtiger politischer und wirtschaftlicher Zentren und Einrichtungen führten zu einer raschen Beruhigung der Lage. Entscheidend aber war, daß die übergroße Mehrheit der Bevölkerung den Provokateuren, die diese Situation für konterrevolutionäre und kriminelle Ziele zu nutzen versuchten, die Unterstützung verweigerte. Arbeiter, Angestellte, Bauern und Studenten gingen dazu über, Betriebe und Einrichtungen vor Randalierern und Brandstiftern zu schützen. Diese Bereitschaft verstärkte sich, als immer deutlicher wurde, welche tatsächlichen Ziele jene verfolgten, die als Sprachrohr der »Arbeiterinteressen« agierten und meistens auch Anstifter von Übergriffen und Randalen waren. In etlichen Betrieben entstanden Arbeiterwehren, die sich später zu »Kampfgruppen der Arbeiterklasse« entwickeln sollten.

Während der Ereignisse um den 17. Juni und unmittelbar danach wurden durch das MfS gemeinsam mit der Deutschen Volkspolizei und den Justizorganen mehrere tausend Personen festgenommen bzw. verhaftet: Rädelsführer, westliche Drahtzieher, Brandstifter und Provokateure, aber auch Mitläufer und Mißbrauchte sowie Menschen, die anderweitig in den Verdacht der aktiven Beteiligung an den Unruhen gerieten. Bereits wenige Tage später, am 24. Juni 1953, übermittelte der 1. Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit, Erich Mielke, in einem Fernschreiben an alle Bezirksverwaltungen des MfS einschließlich der Verwaltung von Groß-Berlin »Richtlinien über die Abwicklung und Durchführung von Untersuchungsverfahren gegen Personen, die im Zusammenhang mit den Ereignissen am 16. und 17. Juni 1953 sowie in den darauffolgenden Tagen festgenommen wurden«. Darin hieß es: »Voraussetzung für die Einleitung von Strafverfahren und

Ziel der Untersuchungen muß in jedem Falle die genaue Feststellung der
140

Schuld der Beschuldigten sein, wobei die Ermittlung und Bestrafung der tatsächlichen Anstifter und Aufwiegler der Unruhen und vor allem jener Beschuldigten, die aus Westberlin sind, in den Vordergrund zu stellen ist. Massenrepressalien sind untersagt. Ergeben die Untersuchungen, daß die Schuld des Täters gering ist und die Folgen der Tat unbedeutend sind, zum Beispiel, wenn ein beschuldigter Arbeiter lediglich an einer Demonstration wegen wirtschaftlicher Forderungen teilnahm und sich darüber hinaus auch zur Verbreitung antidemokratischer Losungen provozieren ließ, so ist die Einstellung des Verfahrens beim Staatsanwalt zu beantragen und der Beschuldigte sofort in Freiheit zu setzen.«¹¹⁹

Der in der DDR angesammelte Zündstoff hatte auch eine Lunte, aus der BRD und aus Westberlin gelegt, mit der immer gefährvoller gezündelt wurde. Das entstandene politische Klima rief die inneren und äußeren Feinde des Sozialismus auf den Plan. Wenige Jahre nach dem Ende der Nazidiktatur war auch unter den Menschen in der DDR die faschistische Ideologie keineswegs vollständig überwunden, Antikommunismus und Antisowjetismus waren in einigen Kreisen unverändert ausgeprägt. In dieser Situation gaben etliche die bis dahin gepflegte Zurückhaltung auf und engagierten sich gegen das politische System in der DDR. Die Hetz- und Wühltätigkeit äußerer und innerer Kräfte nahm zu. Die evangelische Kirche nutzte ihre privilegierte Stellung, um mit Hilfe der »Jungen Gemeinde« den Einfluß vor allem auf Jugendliche in der DDR zu verstärken. Was wiederum die Schutz-, Sicherheits- und Rechtspflegeorgane der DDR zu Gegenmaßnahmen herausforderte. Das belastete zusätzlich die ohnehin schon spannungsgeladene Atmosphäre. Der Westen hielt die Zeit für gekommen, eine schärfere Gangart anzuschlagen. Die feindseligen Aktionen haßerfüllter Kräfte gegen die DDR wurden verstärkt. Man witterte Morgenluft, die »Befreiungsmission« zu verwirklichen. Bereits am 24. März 1952 hatte sich in Westberlin der schon erwähnte »Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands« konstituiert. Sein Auftrag bestand darin, wie bereits beschrieben, »ein detailliertes Sofortprogramm für alle Überleitungsmaßnahmen im Falle der Machtübernahme in der sowjetischen Zone auszuarbeiten.«¹²⁰ Der Minister für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser (CDU), mahnte zur Eile: »Es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß dieser Tag X rascher kommt, als die Skeptiker zu hoffen wagen ... Was nun die Bundesregierung angeht, so haben wir schon lange an die Vorbereitung für den Tag X gedacht.«¹²¹ Das damals noch regierungskritische Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« schrieb am 9. Juli 1952: »Der Generalstabsplan für die administrative Machtübernahme ist so gut wie fertig. Es fehlt nach der Unterzeichnung des Gene-

141

ralvertrages durch Adenauer nur die Gelegenheit, ihn in der Praxis anzuwenden.

«

Das »Gesamtdeutsche Ministerium« – das sich selbst gern als »Propagandaministerium gegen Pankow« bezeichnete – arbeitete mit einer Reihe von Organisationen zusammen, die sich dem Kampf gegen die DDR verschrieben hatten. Es erteilte Aufträge zur Herstellung von Hetzmaterialien und besorgte mit ihnen gemeinsam die Einschleusung und den illegalen Vertrieb in der DDR.

An der Verschärfung der Lage war auch das »Ostbüro der SPD« beteiligt. Es hatte in der DDR ein umfangreiches Agentennetz aufgebaut. Zur Aufgabe der »Ostbüros der SPD« erklärte der »Neue Vorwärts« am 23. September 1952: »Die Wahrheit über die Tätigkeit dieses Büros ist, daß es mit allen im illegalen Kampf geeignet erscheinenden Mitteln in der Sowjetzone eine entsprechende Aufklärung betreibt und eine aktive Unterstützung für die Widerstandsgruppen in den Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg und Brandenburg ist ... Die Tätigkeit des Ostbüros wird von den politischen Richtlinien des Parteivorstandes bestimmt ... Erst wenn das kommunistische Regime der Sowjetzone durch andere politisch wirksame Faktoren gestürzt werden kann, erst dann wird sich das Ausmaß und der Sinn der illegalen Widerstandsarbeit der Sozialdemokratischen Partei in der Sowjetzone erweisen und bestätigen. Auf diesen Tag wird systematisch hingearbeitet.

«

Zu dieser Rolle des »Ostbüros der SPD« und den unter der Ägide der SPD-Führung verfolgten Zielen lagen zu dieser Zeit dem MfS bereits umfangreiche Erkenntnisse vor.

Am 13. Juni 1953 erklärte der spätere CDU-Bundesminister des Innern im 2. Adenauer-Kabinett, Gerhard Schröder, in Bonn: »Die Bundesrepublik ist Deutschland. Alles andere Gebiet ist uns entzogen und vorenthaltenes Territorium, das zurückgegliedert werden muß.«¹²² Westberlin bildete als Zentrum der Spionage und der Sabotage, des Terrors und der Hetze den Brückenkopf für einen »Tag X«. Am 13. Juni 1953 kam Eleanor Dulles – Schwester des US-Außenministers John F. Dulles sowie des Spionagechefs Allan W. Dulles – als »Sonderberaterin« für Berliner Fragen nach Westberlin. Zwei Tage später traf auch US-General Ridgway zu einem »Blitzbesuch« in der Stadt ein. Er hatte bis vor kurzem Krieg in Korea geführt, bei dem nach Angaben von Militärhistorikern auch bakteriologische Kampfmittel eingesetzt wurden.¹²³ Ebenfalls am 15. Juni komplettierte in West-

142

berlin der »Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung« die Vollversammlung seiner Mitglieder. Zu weiteren »Gästen« Westberlins gehörten in diesen Tagen der in der BRD amnestiierte Kriegsverbrecher Krupp, der etliche Firmen auf dem Gebiet der DDR verloren hatte, Kanzleramtsstaatssekretär Dr. Lenz, um sich » im Auftrage des Bundeskanzlers in Besprechungen mit Fachleuten für die Politik der Sowjetzone über die Lage zu informieren«¹²⁴ und, am 17. Juni, der »Gesamtdeutsche«-Minister Jakob Kaiser und weitere Bundesprominenz. Die Düsseldorfer Börse vermeldete rege Nachfrage bei Aktien von Betrieben mit Ostzonenbesitz, z. B. von Siemens, AEG, Bekula und Dessauer Gas. Welche Häufung von »Zufälligkeiten«!

Im Zusammenhang mit den Ereignissen um den 17. Juni 1953 betätigten sich im besonderen Maße der RIAS und der Nordwestdeutscher Rundfunk (NWDR) als Scharfmacher und Organisatoren von »Arbeiterunruhen« in Berlin. In Konferenzschaltungen wurden gemeinsam einheitliche Propagandalinien »für den Fall von Unruhen im Ostsektor« festgelegt. In den frühen Morgenstunden des 16. Juni 1953 bauten Wochenschau-Teams der Amerikaner ihre Apparaturen jenseits des Brandenburger Tores auf. US-Flugzeuge warfen Flugblätter der KGU ab, in denen zum Streik und zum Sturz der Regierung der DDR aufgerufen wurde. In der Nacht zum 17. Juni 1953 gab der RIAS in dichter Folge Hinweise über Stellplätze und Treffpunkte für Demonstrationen, Kundgebungen, Versammlungen und andere Aktionen. Egon Bahr, damals Chefredakteur des RIAS, erinnerte sich daran 1996: Der Sender wurde damals zum »Medium, das, ohne den zeitraubenden Vorgang des Denkens und ohne von Grenzen aufgehalten zu werden, Menschen verbindet, die am Lautsprecher hängen, und sie innerhalb weniger Stunden zu gleichem Verhalten veranlaßt«. Er habe mit dem RIAS dafür gesorgt, »daß in allen Teilen der DDR die gleichen Losungen verwendet wurden, die er über den Sender bis in den hintersten Winkel der Zone geschickt hatte.«¹²⁵

Das hier nur in gedrängter Form Zusammengefaßte berechtigte schon damals zur Feststellung: Es fand eine massive, auf Konterrevolution ausgerichtete Einmischung von außen statt. Das betraf selbst die Teilnahme von gedungenen Provokateuren aus Westberlin als Rädelsführer für gewaltsame Ausschreitungen, für Brandstiftungen, tätliche Überfälle und Ausschreitungen, Plünderungen usw. Es wäre also absolut ahistorisch und unobjektiv, würde man die aktive Einmischung aus der BRD und Westberlins in bezug auf die Ereignisse um den 17. Juni 1953 herunterspielen oder gar unberücksichtigt lassen. Aber diese massiven konterrevolutionären Akti-

143

vitäten von außen rechtfertigten keinesfalls, von einem »faschistischen Putsch« zu sprechen, wie das danach von der SED-Führung erfolgte. Mindestens genau so falsch lag aber auch der Westen mit seiner Einschätzung, es habe sich um einen »Arbeiteraufstand« gar für die deutsche Einheit gehandelt. Um einen solchen »Aufstand« handelte es sich ganz gewiß nicht. Nach allem, was an Erkenntnissen dazu vorlag und bekannt geworden ist, hatten vielleicht 300 bis 400.000 Menschen am 17. Juni die Arbeit niedergelegt. In dieser Größenordnung bewegte sich in etwa auch die Anzahl der Demonstranten. Millionen Menschen gingen dagegen auch

an jenem Tag wie immer ihrer geregelten Arbeit nach, beteiligten sich nicht an Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen, schon gar nicht an den gewaltsamen Aktionen von sogenannten Freiheitskämpfern. »Nähert man sich dem Begriff ›Aufstand‹ von der inhaltlichen Seite, kann er in Verbindung mit den Juniereignissen 1953 ebenfalls nicht überzeugen. Denn Angriffe auf die Staatsmacht oder deren Vertreter erlangten keine Massenbasis, und viele der an Demonstrationen und Streiks Beteiligten distanzierten sich nachträglich von der Zerstörung materieller Werte sowie der Gewaltanwendung gegen Menschen. Vielmehr ging es den Streikenden, ... , vorrangig um soziale Forderungen, die sie nach erfolgter Rücknahme der unpopulären Regierungsmaßnahmen als erfüllt betrachteten. Unstrittig trug diese Haltung maßgeblich zum raschen Ende der Aktionen bei. Außerdem schützten viele Arbeiter, Angestellte, Studenten und Schüler ihre Betriebe und Einrichtungen vor Randalierern bzw. begrüßten die von der Sowjetarmee sowie der KVP eingeleiteten Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit. Seriöse Historiker gehen inzwischen davon aus, daß die meisten ›Aufständischen‹ keineswegs den Sturz der Regierung und die Beseitigung der DDR im Sinn hatten. Auch Willy Brandt betonte bereits 1955 in seiner Schrift ›Arbeiter und Nation‹, daß nirgends eine restaurative Tendenz während der Unruhen 1953 von Arbeitern vertreten worden sei, daß durchaus unzweideutige Vorbehalte gegenüber der westdeutschen Politik vorhanden waren und es den Demonstrierenden keinesfalls um eine einfache Angliederung der DDR an die Bundesrepublik ging.«¹²⁶ Das hinderte Bonn jedoch nicht, die Ereignisse und das Datum politisch zu instrumentalisieren. Der 17. Juni galt fortan als gesetzlicher Feiertag. Mit politischen Sonntagsreden, Sondermünzen und Sonderbriefmarken wurde an die »Niederschlagung der Demokratie in der Sowjetzone« erinnert. Die Westberliner Straße von der »Siegessäule« zum Brandenburger Tor wurde zur »Straße des 17. Juni«.

144

Und nach der »Wende«? Alle zeitgeistgemäßen Register werden gezogen, um die Mär vom »Arbeiteraufstand« am 17. Juni oder gar von einer »Revolution« für das aufzupolieren, was mit dem Einigungsvertrag den DDR-Bürgern übergestülpt wurde.

Jene Historiker, die nicht den vorgegebenen Leitlinien folgten und folgen, sind sich (auch aufgrund der heute vorliegenden Materialien) im wesentlichen einig: Beides – »Arbeiteraufstand« bzw. »faschistischer Putsch« – entsprach nicht den Tatsachen.

Die Einschätzung der SED-Führung, am 17. Juni habe ein faschistischer Putsch stattgefunden, der das Werk innerer und äußere Feinde gewesen sei, führte dazu, daß der Kampf gegen »faschistische Untergrundbewegungen« nunmehr für das Ministerium zu einer »Hauptaufgabe« erklärt wurde. Zweifelsohne gab es in der DDR ehemalige Faschisten. Das MfS war sich der damit verbundenen Verantwortung, ein Tätigwerden dieser Leute zu verhindern, durchaus bewußt. Aber sie waren nicht die Ursache für die gesellschaftliche Krise.

Das MfS sollte also etwas »nachweisen«, was so nicht den Tatsachen entsprach. Oder anders formuliert: Den Beweis liefern, etwas Entscheidendes übersehen, ergo versagt zu haben.

Von der SED-Führung war in diesem Zusammenhang auch behauptet worden, daß sich einige Großbetriebe – genannt wurden Leuna, Buna und Zeiss Jena – als »Hort faschistischer Untergrundorganisationen« erwiesen hätten. Mit der Kritik am MfS, das nicht erkannt zu haben, wurde die Forderung verbunden, künftig die Arbeit in den Industriezentren entsprechend zu organisieren und zu verstärken. So hieß es im Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 23. September 1953¹²⁷ u. a. ausdrücklich: »Das ZK verlangt von den Staatssicherheitsorganen die Aufdeckung und Entlarvung der Untergrundorganisationen der westdeutschen und Westberliner Zentralen in Magdeburg, Halle, Leipzig, Dresden, Jena und anderen Städten, wo während der Provokationen am 17. 6. 1953 die aktivste faschistische Tätigkeit zu verzeichnen war.« (Zum Inhalt des gesamten Beschlusses auf den folgenden Seiten mehr.)

Auf der 15. Tagung wurde des weiteren festgestellt, »daß die Arbeit (gemeint war die Arbeit der Staatssicherheit – d. Verf.) in den Kreisen nicht

funktioniert. Es fanden z. B. im Jahre 1952 Besprechungen über Buna statt. Daraufhin haben wir der Staatssicherheit gesagt: Man muß das Zentrum, das bei Buna existiert, herausbekommen. Das war vor eineinhalb Jahren. Vor 2 Monaten ist ein allgemeiner Bericht, mit dem wir nichts anfangen

145

konnten, gekommen.«¹²⁸ (Worum es in diesem Bericht gegangen sein soll, ist nicht mehr nachvollziehbar). Die Folge war aber: Die Sicherungs- und Abwehrarbeit des MfS wurde daraufhin inhaltlich und organisatorisch vor Ort verstärkt. Die Arbeit der Kreis- und Objektdienststellen genoß in den folgenden Jahrzehnten stets große Aufmerksamkeit. Zur Qualifizierung ihrer Tätigkeit gab es mehrere spezielle Konferenzen und Führungsseminare des Ministers mit allen verantwortlichen Leitern. Insgesamt erlangte die Sicherungs- und Abwehrarbeit in der Volkswirtschaft in der Folgezeit einen wesentlich höheren Stellenwert.

Das 15. Plenum des ZK der SED lenkte die Arbeit auch auf »gewisse sozialdemokratische Gruppierungen« in der DDR als Basis für die Tätigkeit des Ostbüros der SPD.¹²⁹ Die Notwendigkeit, der subversiven Tätigkeit des Ostbüros der SPD entschieden Einhalt zu gebieten, war unumstritten. Die zitierte Einschätzung durch den »Neuen Vorwärts« bestätigt das nur. Allerdings: Durch die SED-Führung erfolgte aber eine nur ungenügende Unterscheidung zwischen subversiver Tätigkeit des Ostbüros der SPD und demokratischer Auseinandersetzung mit politischen und ideologischen Vorstellungen der Sozialdemokratie. Daß die SED auch aus einer sozialdemokratischen Tradition kam und die DDR gleichfalls sozialdemokratische Wurzeln hatte, wurde völlig ignoriert. Man sah nur den Antikommunismus westdeutscher SPD-Führer.

Ministerpräsident Otto Grotewohl hielt dem MfS überdies Gesetzesverletzungen vor.¹³⁰ Worin sie konkret bestanden haben sollten, führte er jedoch nicht aus. Auch zu späteren Zeiten und in anderen Zusammenhängen wurden keine Hinweise dazu bekannt, was er damit konkret gemeint hatte. Sie hätten jedenfalls – so der Ministerpräsident – Unsicherheit in der Bevölkerung hervorgerufen und die Rechtssicherheit gefährdet. Die »schlechte Arbeit der Staatssicherheitsorgane« hätte außerdem dazu beigetragen, die DDR bei den westdeutschen Werktätigen zu diskreditieren.

Im Nachgang kann wohl zugestanden werden, daß man in der ersten Zeit des Kalten Krieges auf beiden Seiten nicht zimperlich war – und auch auf unserer Seite wurde nicht immer angemessen reagiert. Die rechtlichen Grundlagen für die Tätigkeit des MfS waren damals noch unvollkommen. Innerdienstliche Bestimmungen gab es nur wenige, Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen griffen erst allmählich. Es blieb deshalb nicht aus, daß es unter diesen Bedingungen in einzelnen Fällen auch nicht »rechtens« zugegangen ist – selbst wenn alle Mitarbeiter mit Beginn ihrer Tätigkeit im MfS nachdrücklichst zur Einhaltung und Durchsetzung der Gesetzlichkeit angehalten und erzogen wurden. Vorkommnisse von damals wirken bis heute nach.

146

Sie waren aber die Ausnahme. Und zur Wahrheit gehört auch: Die Verantwortung für manches in dieser Zeit, welches heute allein dem MfS angelastet wird, hatten ausschließlich und unmittelbar die Organe der sowjetischen Besatzungsmacht.

Bezogen auf das MfS hieß es schließlich sarkastisch: Das Ministerium sei »keine Studiengesellschaft«, es brauche »keine Studien (zu) machen, wenn Beweise einer feindlichen Tätigkeit bestehen«.¹³¹

Die Konsequenz aus all dieser Kritik am MfS war, daß Wilhelm Zaisser im Juli 1953 als Minister für Staatssicherheit abgesetzt wurde. Als Minister habe er die Staatssicherheitsorgane nicht angeleitet, sondern von der Parteileitung und ihrer Kontrolle isoliert und die führende Rolle der Partei mißachtet. Auf Beschluß der 15. Tagung des ZK wurde er (zusammen mit Rudolf Herrnstadt, dem Chefredakteur des »Neuen Deutschland«) wegen »fraktioneller Tätigkeit und gegen die Einheit der Partei gerichteter Tätigkeit« auch aus dem ZK der SED ausgeschlossen. Beide seien gegen den Kurs der 2. Parteikonferenz der SED gewesen, hätten Walter Ulbricht die Schuld für die Krise um den 17. Juni 1953 gegeben und dessen Sturz angestrebt, hieß es in der Begründung.

Auf Beschluß des Politbüros vom 18. Juli 1953 wurde das MfS vom 23. Juli 1953 bis 24. November 1955 zum Staatssekretariat für Staatssicherheit

(SfS) umgebildet und als solches in das Ministerium des Innern (Minister des Innern war damals Willi Stoph) eingegliedert. Ernst Wollweber erhielt als Staatssekretär die Führung des SfS übertragen. Erich Mielke wurde sein 1. Stellvertreter.

Von grundsätzlicher und weitreichender Bedeutung für die gesamte weitere Arbeit des MfS – nicht nur der Abwehr – war der Beschluß des Politbüros vom 23. September 1953.¹³²

Insbesondere auf der Grundlage der auf der 15. Tagung des ZK erfolgten Einschätzung der Ereignisse um den 17. Juni als »faschistischen Putsch« wurden in überaus scharfer Sprache massive Vorwürfe an den »schlechten Zustand« des MfS, und vor allem über seine »schlechte Leitung« erhoben, die dafür verantwortlich sei. Die Juni-Ereignisse hätten »große Mängel in der Arbeit der Organe für Staatssicherheit«, eine »Unterschätzung der Kräfte und Fähigkeiten des Feindes«, eine »schlechte Organisation der operativen Agenturarbeit« aufgedeckt und bewiesen, daß der »Informationsapparat außerordentlich schwach« sei. Alle diese und weitere schwerwiegende Mängel, Schwächen und Versäumnisse in der Tätigkeit hätten sich vor allem darin gezeigt, daß »die Organe des MfS nicht fähig (waren), die Vorbereitung des faschistischen Putsches ... aufzudecken« und daß sie auch nach

147

den vergangenen drei Monaten seit den Ereignissen »bis jetzt nicht die Organisatoren der Provokation« entlarvt, »nur wenige faschistische Untergrundzentren « aufgedeckt hätten, »obwohl sie auf die Konzentration von sozialdemokratischen und faschistischen Elementen in Leipzig, Halle, Magdeburg und in anderen Bezirken hingewiesen wurden«. Die Staatssicherheitsorgane hätten insgesamt die »Verschärfung der Situation in der DDR nicht beachtet und übersehen«. Zudem hieß es im Beschluß: Die Parteiorganisation im MfS »befindet sich in einem organisatorisch und ideologisch sehr vernachlässigten Zustand...«

Zur Durchführung der bereits beschlossenen Eingliederung in das Ministerium des Innern und »zur grundlegenden Verbesserung der Arbeit der Staatssicherheitsorgane« wurden Aufgaben und Maßnahmen beschlossen, die im besagten Beschluß in insgesamt 14 Punkten zusammengefaßt waren. An erster Stelle stand: »Die Leitung der Staatssicherheit ist verantwortlich für die Durchführung der Beschlüsse des ZK und des Politbüros. Sie ist verpflichtet, das Politbüro über die Ergebnisse der Arbeit und über den Zustand in den Organen für Staatssicherheit zu informieren, die Pläne und Absichten des Feindes zu signalisieren.«

Mit dem Beschluß wurde der Entwurf des Statuts des Staatssekretariats für Staatssicherheit bestätigt.

Verbunden damit wurden dem Staatssekretariat für Staatssicherheit in der Ziffer 4 des Beschlusses vom 23. September 1953 – aus klar erkennbaren aktuellen Anlässen heraus – »folgende Aufgaben zur Durchführung übertragen:

a) Die Durchführung einer aktiven Aufklärungsarbeit in Westdeutschland und Westberlin mit dem Ziel des Eindringens in die wichtigsten Institutionen der westlichen Besatzungsmächte, der Bonner Regierung, in die Zentralvorstände der SPD und der bürgerlichen Parteien und besonders in ihre Ostbüros, in den Kreis westdeutscher Industrieller und anderer monopolistischer Vereinigungen, in militärische und wissenschaftliche Forschungsämter und Institutionen.

b) Die Durchführung einer aktiven Spionageabwehr in Westdeutschland und Westberlin sowie auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik. Das Eindringen der Informatoren in die Spionageorgane, Schulen und Zentren von Spionage- und Diversionsorganisationen zwecks Aufdeckung der Pläne und Absichten des Feindes sowie der in die DDR, UdSSR und in die Länder der Volksdemokratien eingeschleusten Agenten der feindlichen Spionagedienste, der westdeutschen und Westberliner Spionage-, Diversions- und terroristischen Organisationen.

148

c) Die Durchführung der Agenturarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik innerhalb der bürgerlichen politischen Parteien, der gesellschaftspolitischen Massenorganisationen und der kirchlichen Organisationen, in den Kreisen der Intelligenz und der Jugend zwecks Aufdeckung von illegalen antidemokratischen Organisationen und Gruppen und der Beseitigung

ihrer Zersetzungstätigkeit.

d) Die Durchführung des Kampfes gegen Schädlingstätigkeit, Sabotage und Diversion in der Volkswirtschaft, die rechtzeitige Aufdeckung und Abstellung der Zersetzungstätigkeit ausländischer Spionagedienste und ihrer Untergrundorganisationen in der Industrie, in der Landwirtschaft und im Transportwesen, um die Durchführung des neuen Kurses zu gewährleisten, der auf eine entschiedene Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung der DDR gerichtet ist.

e) Die Durchführung der Abwehrtätigkeit unter dem Personal der Kasernierten See-, Luft-, Transport- und übrigen Volkspolizei einschließlich Kriminalpolizei, mit dem Ziel, diese Organe vor dem Eindringen der Agenten der imperialistischen Spionagedienste und der westdeutschen Untergrundzentralen zu schützen.

f) Die Gewährleistung eines zuverlässigen Schutzes der verantwortlichen Funktionäre der Partei und Regierung.

g) Die Gewährleistung einer exakten Zusammenarbeit der Staatssicherheitsorgane mit den Polizeiorganen im Zentrum und in den nachgeordneten Dienststellen.«

Ministerpräsident Otto Grotewohl erließ auf der Grundlage des bestätigten Entwurfs des Statuts sowie der vorgenannten Aufgabenstellungen des Politbüros am 15. Oktober 1953 das Statut des Staatssekretariats für Staatssicherheit. Es legte – wie bereits beschrieben – nunmehr auch regierungsamtlich und rechtsverbindlich die Aufgaben, Pflichten und Befugnisse fest, die auch mit Erlass des Statuts des MfS vom 30. Juli 1969 durch den Nationalen Verteidigungsrat der DDR nicht aufgehoben wurden.

Die Leitung des SfS wurde verpflichtet, die »Organisation und Arbeitsmethoden grundlegend umzugestalten« und die »Kräfte der operativen Mitarbeiter nicht gleichmäßig auf alle Objekte und Richtungen zu verteilen«, eine »Verzettelung der Kräfte zu verhindern«, sie dagegen auf die »wichtigsten Aufgaben ... und entscheidenden Stellen zu konzentrieren« und nur »jene Aufgaben« durchzuführen, »die zum Arbeitsbereich der Staatssicherheit gehören.«

149

1.500 politisch zuverlässige und geschulte Mitglieder der SED und der FDJ sollten eingestellt werden. Entschiedene Maßnahmen wurden zur »grundlegenden Verbesserung der Schulung und Qualifizierung der operativen Kader der Staatssicherheit« gefordert, was insbesondere das »ernsthafte Studium der marxistisch-leninistischen Theorie« betreffen müsse.

Eiserne Disziplin und strengste Konspiration seien in der operativen Arbeit erforderlich.

Unter Verweis auf erhebliche Mängel in der Leitungstätigkeit wurde gefordert, die Anleitung und Kontrolle der nachgeordneten Leiter und Dienststellen, insbesondere auch bei der Bearbeitung »konkreter Vorgänge« zu verstärken.

Der Beschluß forderte abschließend von der neuen Leitung eine »entschiedene Umgestaltung der gesamten Arbeit« der Organe für Staatssicherheit!

Am 11. November 1953 wurde dieser Beschluß auf einer zentralen Dienstversammlung im Staatssekretariat für Staatssicherheit verlesen. Danach

hielt Hermann Matern (damals Mitglied des Politbüros, Vorsitzender der ZPKK und Mitglied der Sicherheitskommission des Politbüros) eine grundsätzliche Rede zur Erläuterung dieser Aufgaben und aller sich aus den Einschätzungen und Schlußfolgerungen des 15. Plenums des ZK der SED ergebenden Aufgaben für die Staatssicherheit.¹³³

Eine der ersten Maßnahmen, die Ernst Wollweber bereits im Vorfeld des Beschlusses des Politbüros ergriff, war der Erlass der Dienstanweisung Nr. 30/53 vom 3. September 1953 über die Erweiterung des Informatorennetzes und die Arbeit mit Hauptinformatoren.¹³⁴

Unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Vorwürfe des 15. Plenums des ZK der SED stellte er in der Begründung der in der Dienstanweisung festgelegten Maßnahmen fest: Die Schwäche des Informatorennetzes bestehe vor allem darin, daß es auf alle Objekte gleichermaßen ausgedehnt sei, »ohne Berücksichtigung der Konzentration von faschistischen sowie anderen feindlichen Elementen in den wichtigsten Betrieben und Dienststellen.« Unter den »Geheimen Mitarbeitern (GM)« und »Geheimen Informatoren (GI)« gäbe es »wertlose Informanten, aber auch Provokateure, Doppelzüngler und Desinformanten.

« Neben der »schlechten Qualität« der Informanten kritisierte Wollweber auch deren unzureichende Anzahl. Damit sei die Staatssicherheit »nicht fähig, die Feinde in allen Bevölkerungsschichten zu entlarven und gleichzeitig ihre Pläne aufzudecken«. Die Arbeit mit den vorhandenen GM und GI stünde überdies auf einem äußerst niedrigen Niveau, weil die leitenden Mit-

150

arbeiter zu wenig persönlich mit ihnen zusammenarbeiteten, die operativen Mitarbeiter zu wenig GM und GI (»in der Regel nur 2 bis 3«) führten, zu wenig Treffs mit ihnen hätten, sie für ihre Tätigkeit nicht gründlich vorbereitet würden, vor allem auch »ohne genügende Beachtung der Regeln der Konspiration«, was zu einer hohen Dekonspiration geführt habe. Ernst Wollweber wies an, sich von Provokateuren, Doppelzüglern und Desinformatoren zu trennen. In den wichtigsten Objekten und Dienststellen sollten mehr GM und GI und vor allem solche angeworben werden, »die aufgrund ihrer politischen Qualitäten und ihrer Möglichkeiten fähig sind, die Pläne und Absichten des Feindes zu erkennen, damit diese bekämpft werden können«. Festgelegt wurden ferner Maßnahmen zur Schaffung von »Hauptinformatoren«, die wiederum mit GI zusammenarbeiten sollten. Die Leiter wurden beauftragt, ihre Tätigkeit wesentlich stärker auf die Zusammenarbeit mit Geheimen Mitarbeitern und Informatoren auszurichten.

Zur Durchsetzung dieser Dienstanweisung erfolgten in den operativen Dienstseinheiten Analysen zum Stand und zur Wirksamkeit der Zusammenarbeit mit den GM und GI. Die nachfolgend gesammelten Erkenntnisse und Erfahrungen bei der Vervollkommnung der Tätigkeit mit GM und GI fanden ihren Niederschlag in der vom Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, am 1. Oktober 1958 erlassenen Richtlinie 1/58 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern auf dem Gebiet der DDR.¹³⁵ Wenn sich auch inhaltlich die Anforderungen an die Zusammenarbeit mit GM und GI – ab 1958 als Zusammenarbeit mit IM bezeichnet – qualitativ veränderten, blieben wesentliche inhaltliche Anforderungen bis zum Ende des MfS/AfNS gültig. (Siehe dazu den Beitrag zur Zusammenarbeit mit IM im vorliegenden Bd. 1.)

Auf dem 15. Plenum des ZK der SED hatte Otto Grotewohl auch erklärt, daß sich das MfS zu einem Organ entwickelt habe, »das im Begriff ist, sich von der Bevölkerung und der Partei zu isolieren, das seine eigene Form angenommen hat und in dieser eigenen Form versucht, sich durchzusetzen«.¹³⁶

Mit diesem Vorwurf begründete die SED-Führung ihre Entscheidung, stärker als bisher direkten Einfluß auf die Parteiarbeit und -struktur im MfS Berlin, in den BV und KD zu nehmen. Hatte sich die gesamte Tätigkeit des MfS von Anfang an unter Führung der SED, insbesondere des Politbüros, vollzogen, wurden nunmehr mit der Bildung einer Sicherheitskommission beim Politbüro sowie einer Abteilung für Sicherheitsfragen beim ZK der SED weitere »Führungsorgane« wirksam. Deren Verantwortung bezog sich gleichermaßen auch auf die anderen Schutz- und Sicherheitsorgane. Dazu wurde im Februar 1957 ausdrücklich festgelegt, »daß für die Anleitung und Kontrolle des Ministeriums für Staatssicherheit (wie auch des Ministeriums

151

*für Nationale Verteidigung, das mit Bildung der NVA im Januar 1956 geschaffen wurde, und des Ministeriums des Innern – die Verf.) die Sicherheitskommission verantwortlich ist.*¹³⁷

Der Sicherheitskommission gehörten bei ihrer Bildung 1953 an: Walter Ulbricht, Otto Grotewohl, Willi Stoph, Ernst Wollweber, Hermann Matern, Karl Schirdewan und Gustav Röbbelen, der Leiter der neu gebildeten ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen. Im November 1954 kam Erich Honecker in dieses Amt und damit in die Kommission.

Zur Sicherheitskommission beim Politbüro soll hier gleich ergänzend angefügt werden:

Mit dem Gesetz über die Bildung des Nationalen Verteidigungsrates der DDR (NVR) vom 10. Februar 1960¹³⁸ gingen die bis dahin von der Sicherheitskommission des Politbüros wahrgenommenen Aufgaben zur Verteidigung und Sicherheit der DDR auf den NVR über. In Vorbereitung auf die Bildung des NVR waren ursprünglich als Oberbegriffe »nationale Sicherheit« und »Nationaler Sicherheitsrat« vorgesehen.

Dem NVR oblag es, auf der Grundlage der Beschlüsse des ZK der SED und seines Politbüros, der Volkskammer und des Staatsrates und der Gesetze zur Landesverteidigung, alle erforderlichen Verteidigungs- und Sicherheitsmaßnahmen

zu organisieren sowie alle grundsätzlichen Fragen der Militär- und Sicherheitspolitik der DDR zu leiten.

Damit gingen auch Anleitung und Kontrolle des MfS von der Sicherheitskommission beim Politbüro auf den Nationalen Verteidigungsrat über.

Bis zum Mai 1971 war Walter Ulbricht Vorsitzender des NVR, danach bis Oktober 1989 Erich Honecker und bis zur Auflösung des NVR Ende November/Anfang Dezember 1989 Egon Krenz.

Stellung und Funktion, Hauptaufgaben und Zuständigkeit des Nationalen Verteidigungsrates waren in den jeweiligen Statuten des NVR, nachdem sie vom Politbüro des ZK der SED bestätigt wurden, verbindlich festgelegt. Von 1960 bis 1989 hat es insgesamt fünf Statuten des NVR gegeben. 1960 das erste, in den Jahren 1963, 1967, 1973, und 1981 wurden jeweils neue Statuten in Kraft gesetzt.¹³⁹ *(Zum NVR und seiner Verantwortung für die Gewährleistung der staatlichen Sicherheit später mehr.)*

Während es auf zentraler Ebene den Nationalen Verteidigungsrat gab, existierten auf territorialer Ebene die Bezirks- bzw. Kreiseinsatzleitungen (BEL/KEL). Ihre Hauptaufgabe bestand in der Koordinierung und Kontrolle von Maßnahmen zur Vorbereitung auf den Verteidigungszustand (bzw. im Verteidigungszustand), einschließlich von entsprechenden Maßnahmen zur

152

Gewährleistung der staatlichen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im jeweiligen Territorium. Gemäß Beschluß des NVR waren die jeweiligen 1. Sekretäre der SED-Bezirks- bzw. -Kreisleitungen zugleich Vorsitzende der BEL bzw. KEL. Der Bezirkseinsatzleitung gehörten weiter an: der 2. Sekretär sowie der Leiter der Abteilung für Sicherheitsfragen der SED-Bezirksleitung, der zugleich als Sekretär der BEL fungierte, der Vorsitzende des Rates des Bezirkes, der gleichzeitig auch immer Leiter der Zivilverteidigung war, der Chef des Wehrbezirkskommandos der NVA, der Chef der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei und der Leiter der Bezirksverwaltung des MfS. Auf Kreisebene war die Einsatzleitung analog zusammengesetzt.

¹⁴⁰

Es war üblich, daß die zuständigen Mitglieder der BEL/KEL auftragsgemäß über die Lage in ihrem Bereich zu berichten hatten – der Vertreter des MfS also über alles, was Fragen und Probleme der Gewährleistung der staatlichen Sicherheit unter den Aspekten der Verteidigungsbereitschaft und der Vorbereitung für den Verteidigungszustand betraf. *(Siehe dazu den Beitrag zu den Aufgaben des MfS in Vorbereitung auf militärische Spannungsperioden und den Verteidigungszustand im Bd. 2.)*

Die Sicherheitskommission beim Politbüro traf – bis zur Bildung des Nationalen Verteidigungsrates im Frühjahr 1960 – Festlegungen, die die Arbeit des MfS faktisch bis zum Herbst 1989 bestimmen sollten. So untersagte sie dem MfS – wie bereits erwähnt –, die SED-Führungsorgane und den Parteiapparat operativ zu bearbeiten. Im Beschluß der Sicherheitskommission vom 16. Dezember 1954 heißt es dazu: »Gegen Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees und Mitglieder der Bezirksleitungen können operative Maßnahmen durch die Organe der Staatssicherheit nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Vorsitzenden der Sicherheitskommission durchgeführt werden.«¹⁴¹

Diese Festlegungen besagten aber keinesfalls, daß »einfache« SED-Mitglieder oder Kandidaten nicht bearbeitet werden durften, wenn sie im Verdacht feindlicher Tätigkeit oder der Begehung anderer Straftaten standen.

Die Zusammenarbeit mit IM sollte eingestellt werden, wenn sie höhere Parteifunktionen übernahmen. Und später hieß es in der MfS-Richtlinie Nr. 1/68 zur IM-Arbeit vom Januar 1968: »SED-Mitglieder sind nur in begründeten Ausnahmefällen als IM auszuwählen«.¹⁴² Nach MfS-eigenen Einschätzungen waren danach unter den Personen, die als IMK Wohnungen oder Adressen für die Sicherung der Konspiration des MfS zur Verfügung stellten, die also nicht in spezielle operative Arbeitsprozesse wie Ermittlung, Beobach-

153

tung, Überprüfung und dgl. einbezogen waren, weiter zahlreiche Mitglieder und Kandidaten der SED.¹⁴³

Zur Anleitung und Kontrolle insbesondere der Kaderarbeit und der politisch-ideologischen bzw. parteierzieherischen Arbeit in den bewaffneten Organen war – wie schon angeführt – im August 1953 außer der Sicherheitskommission

beim Politbüro im Apparat des ZK auch noch die Abteilung für Sicherheitsfragen mit Sektoren für die einzelnen Schutz- und Sicherheitsorgane gebildet worden. Die jeweiligen Leiter und Mitarbeiter der Sektoren waren fast ausschließlich attestierte Angehörige der jeweiligen Schutz- und Sicherheitsorgane und trugen demzufolge auch entsprechende Dienstgrade. Die Leiter und auch Mitarbeiter des Sektors Staatssicherheit waren Offiziere des MfS. (Derartige Abteilungen für Sicherheitsfragen wurden auch in den SED-Bezirksleitungen gebildet. In den SED-Kreisleitungen wurden Mitarbeiter mit der Wahrnehmung entsprechender Aufgaben betraut.)

Die Abteilung für Sicherheitsfragen unterstand Walter Ulbricht, ab 1958 war sie dem jeweiligen ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen unterstellt. Von 1958 bis 1971 war das Erich Honecker, danach – bis 1983 – Paul Verner, ab 1983 Egon Krenz.

Der in dieser Abteilung geschaffene Sektor für Staatssicherheit war verantwortlich für die Anleitung der Parteiarbeit im MfS Berlin und die Kontrolle der Durchsetzung der Beschlüsse der SED. Er wirkte mit an der Auswahl und Bestätigung der Nomenklaturkader – das betraf beispielsweise die Leiter von Dienststeinheiten. So nahmen der Leiter bzw. die Mitarbeiter dieses Sektors auch an Mitgliederversammlungen der SED-Grundorganisationen bzw. Parteiorganisationen, an Delegiertenkonferenzen und an Aktivtagungen, beispielsweise zur Eröffnung des jährlichen Parteilehrjahres, und an anderen Parteiveranstaltungen im MfS teil. Der Leiter des Sektors Staatssicherheit nahm an den Sitzungen des Kollegiums beim Minister (kollektives Beratungsorgan beim Minister, dem seine Stellvertreter sowie Leiter von Dienststeinheiten und der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung im MfS angehörten) und an den Sitzungen des Sekretariats der SED-Kreisleitung im MfS teil. Der Leiter bzw. die Mitarbeiter des Sektors Staatssicherheit hatten aber keine Befugnisse für die operative Arbeit. Aber auch hier galt: Keine Regel ohne Ausnahme.

Im Frühjahr 1957 veranlaßte Walter Ulbricht die Abteilung für Sicherheitsfragen, die Bezirksverwaltungen Magdeburg und Potsdam zu überprüfen. Gegenstand dieses Einsatzes waren »Hauptfragen der politisch-operativen Arbeit«. Im Ergebnis faßte die Sicherheitskommission des Politbüros am 8. April 1957 den Beschluß »Zur Veränderung und Verbesserung der

154

Arbeit des MfS.« Darin hieß es, daß bei den Überprüfungen »ernsthafte Fehler und Mängel in der Arbeit des MfS festgestellt« worden seien, vor allem in bezug auf die »Wahrnehmung der neuen Methoden der imperialistischen Kräfte«. Der Beschluß legte fest, »daß die territorialen Dienststeinheiten der Staatssicherheit ihre Arbeit auch entsprechend den Weisungen des 1. Sekretärs der Bezirksleitung bzw. des 1. Sekretärs der Kreisleitung zu organisieren haben« und »daß die Leiter der BV ihre Arbeitspläne mit dem 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED abzustimmen haben.«¹⁴⁴

Diese Festlegungen erweiterten die bereits im Beschluß des Politbüros vom 23. September 1953 vorgenommene Eingliederung der SED-Organisationen in den BV und KD, indem es unter Ziffer 9 des neuen Beschlusses vom 8. April 1957 dazu hieß: »Zwecks Verbesserung der Leitung durch die Parteiorganisationen der Organe für Staatssicherheit und zwecks Hebung ihrer Rolle bei der Erziehung der Kader sind die Parteiorganisationen in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen der Bezirks- und Kreisorganisation zu unterstellen. Die Bezirks- und Kreisleitungen sind zu verpflichten, eine aktive tägliche Leitung der parteipolitischen Arbeit in den Organen zu gewährleisten und zu erwirken, daß alle operativen Mitarbeiter die Politik der SED und die sich aus dem neuen Kurs ergebenden Aufgaben gut kennen und all ihre Kraft und all ihr Können für die ehrenvolle Sache der Gewährleistung der staatlichen Sicherheit der DDR einsetzen.«¹⁴⁵

In Durchsetzung dieser Festlegungen zur Unterstellung der SED-Organisationen in den BV und KD erfolgte gleichzeitig im MfS in Berlin die Bildung einer SED-Kreisparteiorganisation, die durch das ZK direkt angeleitet wurde. Die SED-Kreisleitung im MfS Berlin besaß gegenüber den Parteiorganisationen in den BV und KD keine Anleitungs- und Kontrollbefugnis. Das traf gleichermaßen auf die FDJ-Organisation im MfS zu. (Bis 1957 gab es eine zentrale – auch die BV und KD umfassende – FDJ-Bezirksorganisation.)

Am 27. April 1957 fand im MfS eine zentrale Dienstkonferenz statt, an der Walter Ulbricht teilnahm. Er sprach über den Überprüfungseinsatz der

Sicherheitsabteilung und den Beschluß, den die Sicherheitskommission dazu am 8. April gefaßt hatte. Dabei bekräftigte er die persönliche Verantwortung der Chefs der BV und der Leiter der KD für die Organisation der Staatssicherheitsarbeit in ihrem Bezirk bzw. Kreis und die dazu getroffenen Festlegungen. Die von Walter Ulbricht vorgegebenen und im vorgenannten Beschluß enthaltenen Schlußfolgerungen und Aufgaben fanden dann ihren Niederschlag in den vom Minister Ernst Wollweber erlassenen Dienstanweisungen Nr. 16/57 vom 30. Mai 1957¹⁴⁶ und Nr. 17/57 vom 18. Juni 1957¹⁴⁷. In

155

der Dienstanweisung Nr. 16/57 wurden Maßnahmen zur Verbesserung der operativen Arbeit an Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten festgelegt. Die Leiter der Dienststellen des MfS waren fortan verpflichtet, »Hinweise der Parteisekretäre über verdächtiges oder feindliches Verhalten von Personen oder Personengruppen in jedem Fall operativ aufzuklären bzw. Maßnahmen zur Bearbeitung einzuleiten.« Und in der Dienstanweisung Nr. 17/57 über die Erhöhung der Verantwortung und die Erweiterung der Vollmachten der Chefs der Bezirksverwaltungen und der Kreisdienststellenleiter wurde mit Bezug auf Walter Ulbrichts Forderung angewiesen, daß die Chefs der BV und KD »ihre Arbeit entsprechend den Beschlüssen der Partei, den Gesetzen und Verordnungen der Regierung, den Befehlen und Dienstanweisungen des Ministers und seiner Stellvertreter, den Weisungen des 1. Sekretärs der Bezirksleitung bzw. des 1. Sekretärs der Kreisleitung so durchzuführen haben, daß die Sicherheit in ihrem Bezirk und in ihrem Kreis vollständig und jederzeit gewährleistet ist«. Und weiter hieß es: »Entsprechend den in dem Bezirk oder Kreis gegebenen Bedingungen stellen sie nach Absprache mit dem 1. Sekretär der Bezirksleitung, im Kreis mit dem 1. Sekretär der Kreisleitung, die Arbeitspläne auf und sind für die exakte Realisierung verantwortlich.«

Die Einflußnahme auf die Arbeitspläne der Leiter der BV und KD durch die jeweiligen 1. Sekretäre erfolgte bis zum Herbst 1989.

Allerdings wurden Art und Umfang vom Arbeitsstil des jeweiligen Funktionärs bestimmt. Sie hatten – bezogen auf ihren Verantwortungsbereich – darüber hinaus das uneingeschränkte Recht, vom MfS Informationen abzufordern und entsprechende Aufträge zu erteilen. Dies war gängige Praxis.

Zudem galt es als selbstverständlich, daß die 1. Sekretäre der SED-Bezirks- und Kreisleitungen oder ihre Beauftragten an zentralen Veranstaltungen der Parteiorganisationen in den BV und KD teilnahmen (wie zum Beispiel an Delegiertenkonferenzen zur Rechenschaftslegung und Neuwahl der jeweiligen SED-Leitungen) und dort ihre Anforderungen und Erwartungen an die Partei- und Dienstkollektive richteten.

Die auf Beschluß der Sicherheitskommission beim Politbüro vom 8. April 1957 und von Walter Ulbricht auf der Dienstkonferenz im MfS am 27. April 1957 persönlich veranlaßte Neubestimmung des dienstlichen Unterstellungsverhältnisses der Leiter der BV und KD innerhalb des Ministeriums erfolgte in der besagten Dienstanweisung Nr. 17/57 des Ministers Ernst Wollweber. Darin legte er fest:

»Das Weisungsrecht gegenüber dem Chef der Bezirksverwaltung und seinen Stellvertretern wird im Ministerium auf den Minister und seine Stell-

156

vertreter begrenzt, gegenüber dem Kreisdienststellenleiter auf den Chef der Bezirksverwaltung und seine Stellvertreter.

Minister und Stellvertreter üben das Weisungsrecht gegenüber den Kreisdienststellenleitern in der Regel über den Chef der Bezirksverwaltung aus.

Die Leiter der Hauptabteilungen, selbständigen Abteilungen und ihre Stellvertreter besitzen auf ihrer Linie gegenüber den Abteilungsleitern der Bezirksverwaltungen Weisungsrecht, das sie nur über den Chef der Bezirksverwaltung oder den zuständigen Stellvertreter ausüben dürfen.

Die übrigen Mitarbeiter des Ministeriums dürfen lediglich Hinweise oder Mitteilungen an die Mitarbeiter der Bezirksverwaltungen geben, die der Chef der Bezirksverwaltung beachten soll, wenn er sie selbst für richtig hält, an die er aber nicht gebunden ist ...

Das Recht, Mitarbeiter der Bezirksverwaltungen oder der Kreisdienststellen nach Berlin zu bestellen, obliegt dem Minister, seinen Stellvertretern auf Linie, sowie den Haupt- und selbständigen Abteilungsleitern und deren Stellvertretern. Diese Aufforderung hat über den Chef der Bezirksverwaltung

oder seinen zuständigen Stellvertreter zu erfolgen. Die Bestellung eines Mitarbeiters nach Berlin darf nur zum Zwecke der Durchführung von Arbeitsbesprechungen oder wenn andere, wirklich dringende Gründe vorliegen, erfolgen.«

Aus der Einbindung der Leiter der BV und KD in den Verantwortungsbereich der jeweiligen 1. Sekretäre der SED-Bezirks- und -Kreisleitungen einerseits und ihrer Unterstellung unter den Minister andererseits ergab sich u. a., daß an zentralen Veranstaltungen der SED-Kreisparteiorganisation im Ministerium die Leiter der BV und KD bzw. die 1. Sekretäre der jeweiligen Parteiorganisation der BV nur als »Gäste des Ministers« teilnehmen konnten.

Alle vorgenannten und weiteren Maßnahmen waren von der ausdrücklichen Absicht diktiert, den unmittelbaren Einfluß der Führung der SED auf das MfS zu erhöhen und die führende Rolle der SED konsequenter durchzusetzen. Die Vorgänge um den 17. Juni 1953 führten insgesamt zu gravierenden Veränderungen in der Tätigkeit des MfS. Sie waren von fundamentaler Bedeutung für die weitere systematische Perfektionierung der Arbeit des MfS und die Erweiterung seiner Verantwortung und Aufgaben in der Folgezeit.

Nicht nur die damalige Kritik der SED-Führung am MfS wirkte danach fortwährend als eine Art Trauma beim Minister für Staatssicherheit. Mehr noch, es wurde in der Folgezeit – angefangen beim Minister bis zum Mit-

157

arbeiter – eine Maxime des Handelns, niemals mehr Entwicklungen und Ereignisse zuzulassen, die zu derartig erheblichen, schwerwiegenden Erschütterungen führen wie beim 17. Juni 1953.

Die 3. Parteikonferenz der SED 1956

und ihre Auswertung im MfS durch Walter Ulbricht

Die 3. Parteikonferenz fand vom 24. bis 30. März 1956 in Berlin statt, einen Monat nach dem XX. Parteitag der KPdSU (vom 14. bis 25. Februar 1956 in Moskau). Von entscheidender Bedeutung für die weitere Innen- und Außenpolitik der DDR war die Feststellung Walter Ulbrichts, daß die Entwicklung der DDR nicht mehr zu trennen sei von der des ganzen sozialistischen Lagers. Darin würde die »wichtigste Garantie für weitere Erfolge der DDR« liegen. Das war zugleich eine eindeutige Bestimmung des Platzes der DDR in der internationalen Systemauseinandersetzung.¹⁴⁸

Die DDR war am 14. Mai 1955 – nachdem die BRD am 9. Mai 1955 Mitglied der NATO geworden war – dem Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand europäischer sozialistischer Staaten (Warschauer Vertrag) beigetreten.

Die 3. Parteikonferenz orientierte auf die Stärkung der DDR als Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft. Vordringlichste Aufgabe sei, beim sozialistischen Aufbau einen neuen Aufschwung zu erreichen, die »Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems unserer Republik und seine Vorzüge gegenüber dem kapitalistischen Wirtschaftssystem Westdeutschlands für alle Menschen sichtbar zu beweisen.«¹⁴⁹ Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse sollte in allen Bereichen der Volkswirtschaft herbeigeführt werden, insbesondere durch die weitere sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft und die Durchsetzung sozialistischer Produktionsverhältnisse in Industrie, Handwerk und Handel.

In einem ND-Artikel nahm das Politbüro des ZK der SED zu Problemen der Parteiarbeit Stellung, die sich aus dem XX. Parteitag der KPdSU und der 3. Parteikonferenz der SED ergäben. Fazit: »Die Generallinie der Partei war und ist richtig.«¹⁵⁰

Die Auswertung der 3. Parteikonferenz erfolgte im MfS am 10. Mai 1956 in Berlin im Rahmen einer Aktivtagung der SED-Kreisparteiorganisation. Daran nahm Walter Ulbricht teil. In seiner Rede forderte er vom MfS, die verschärften und neuen, raffinierteren Methoden in den Aktionen des Gegners rechtzeitig aufzuklären. Es müßten die feindlichen Versuche verhindert werden, der DDR zu schaden – etwa durch Ausnutzung von Handelskontakten oder die Organisierung von »Republikfluchten«. Mit politisch-operati-

158

ven Maßnahmen, insbesondere durch die Gewinnung von Verbündeten in bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten, sollte die Bündnispolitik der Partei und die schrittweise Einbeziehung des »Mittelstandes« in den Aufbau

des Sozialismus unterstützt werden. Weiter verlangte er eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit des MfS, um die Autorität des Ministeriums zu erhöhen und damit Tendenzen entgegenzuwirken, die Notwendigkeit der Staatssicherheitsorgane zu unterschätzen. Am Beispiel der Entlassung einer größeren Anzahl von rechtskräftig verurteilten und inhaftierten Straftätern aus dem Strafvollzug erläuterte Walter Ulbricht, was es heiße, zur Durchsetzung der Parteipolitik beizutragen.

Dem war Folgendes vorausgegangen:

Dem NATO-Beitritt und dem beschleunigten Aufbau der Bundeswehr der BRD und den damit verbundenen neuen Erfordernissen zum Schutze der DDR und zur Erfüllung ihrer Bündnisverpflichtungen als Mitglied des Warschauer Paktes Rechnung tragend, hatte die Volkskammer am 18. Januar 1956 den Aufbau einer Nationalen Volksarmee und die Bildung eines Ministeriums für Nationale Verteidigung beschlossen.¹⁵¹

Am selben Tage schlug der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, der BRD ein Abkommen über Gewaltverzicht vor. Darin sollten sich beide deutsche Staaten verpflichten, jede Anwendung von Gewalt zu unterlassen, nur mit friedlichen Mitteln für die Wiedervereinigung Deutschlands zu wirken und jede Kriegspropaganda sowie jede Form der Vorbereitung eines Atomkrieges auf deutschem Boden einzustellen. Wie schon alle früheren Vorschläge wurde auch dieser von der BRD-Regierung abgelehnt. Sie ließ den »Gesamtdeutschen« Minister Jakob Kaiser verkünden, daß dieser Vorschlag »absurd« sei. Danach hatten sich Otto Grotewohl und Walter Ulbricht am 26. April 1956 mit einem Schreiben an den Parteivorstand der SPD gewandt und darin vorgeschlagen, alle Hemmnisse und alles Trennende zu beseitigen, die der Verständigung und der Aktionseinheit im Wege stünden, um gemeinsam gegen die Aufrüstung der Bundesrepublik und ihre Einbeziehung in die NATO zu kämpfen. Vor diesem Hintergrund signalisierte die SED-Spitze der SPD-Führung, daß der Ministerrat der DDR auf Vorschlag des ZK der SED beschlossen habe, »Personen, die gegen die Gesetze der DDR verstoßen haben und für Agentenzentralen tätig gewesen sind und die angeben, Sozialdemokraten zu sein, dem Präsidenten der DDR zur Begnadigung zu empfehlen«.¹⁵²

Im Mai/Juni 1956 erfolgte die Begnadigung und vorzeitige Entlassung von mehr als 1.000 Personen, die von Gerichten der DDR wegen Spionage und anderer Straftaten verurteilt worden waren. Darunter befanden sich 691

159

Straftäter, die Mitglieder der SPD waren bzw. dieses erklärt hatten.¹⁵³ Im Gegenzug forderten Grotewohl und Ulbricht, daß die Feindtätigkeit des Ostbüros der SPD eingestellt werde. Das geschah aber erst nach 15 Jahren – im Januar 1971.

Der XX. Parteitag der KPdSU. Die Entwicklung der internationalen und der inneren Lage in der DDR 1956. Die sicherheitspolitischen Beschlüsse der 30. und 35. Tagung (Anfang 1957 bzw. 1958) des ZK der SED

Die 30. Tagung des ZK der SED vom 30. Januar bis 1. Februar 1957 befaßte sich mit Schlußfolgerungen aus den teilweise dramatischen und turbulenten Ereignissen, die sich 1956 auf internationaler und nationaler Ebene vollzogen hatten.

Nachdem die BRD im Frühjahr 1956 alle Vorschläge der DDR kategorisch abgelehnt und für »absurd« erklärt hatte, schlug die DDR der BRD am 29. Mai 1956 vor, in beiden Staaten auf die Einführung der Wehrpflicht zu verzichten. Gleichzeitig unterbreitete Otto Grotewohl in seiner Regierungserklärung ein Programm zur Verringerung der Spannungen in Deutschland (Begrenzung der Streitkräfte; Verbot der Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden; Ausbau der wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen, einschließlich zwischen den beiden deutschen Parlamenten u. a.)

Am 7. Juli 1956 beschloß der Bundestag die Einführung der Wehrpflicht in der BRD. Die Aufstellung der Bundeswehr erfolgte unter der Führung ehemaliger Hitlergenerale. Heusinger, Speidel und Kammhuber übernahmen die höchsten Kommandostellen. Ehemalige Nazifunktionäre, Kriegsverbrecher und Militaristen besetzten Schlüsselpositionen der BRD. Als Minister und in anderen wichtigen Führungsfunktionen waren ehemalige aktive Nazis wie Oberländer, Globke und Seebohm tätig. 80 Prozent der Beamten des Auswärtigen Amtes waren schon zur Nazizeit Mitarbeiter des faschistischen

Auswärtigen Amtes gewesen.¹⁵⁴ Unter der Losung der »Bedrohung aus dem Osten« und der »Notwendigkeit der Verteidigung des Abendlandes und der westlichen Kultur« gegen den Kommunismus wurde die psychologische Kriegsführung verstärkt. Am 17. August 1956 wurde die KPD verboten. Jeder organisierte Widerstand gegen die Remilitarisierung und die forcierte Spaltertätigkeit sollte erstickt werden, so werteten die Betroffenen, aber auch Politiker und Historiker dieses und das anschließende Verbot einer größeren Anzahl von weiteren demokratischen Organisationen in der BRD. Danach setzte die politische und juristische Verfolgung Zehntausender Kommunisten, Friedensaktivisten und solcher Bürger ein, die engagiert für eine

160

demokratische Einheit Deutschlands eintraten. Gegner der Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen gerieten ins Visier. Sie alle galten als »Fünfte Kolonne des Ostens«.¹⁵⁵ Der Geheimdienst »Organisation Gehlen« war im April 1956 zum BND und damit zum offiziellen Auslandsnachrichtendienst der BRD mutiert. Alles das ging einher mit massiver Hetze und Einwirkung zur Organisierung konterrevolutionärer Umtriebe in der DDR. Gesteigerte Aggressivität nach außen und verschärfte Reaktion und Repression nach innen waren kennzeichnend für die Politik der herrschenden Kreise. Diese anhaltende BRD-Praxis der »politischen Säuberungen und Verfolgungen«¹⁵⁶, das Vorgehen der daran mitwirkenden Organe der BRD, von den Geheimdiensten, den Verfassungsschutzorganen, über die Polizei bis zu den Gerichten, der Umgang mit den Betroffenen, den bis heute nicht rehabilitierten Opfern des Kalten Krieges, konnte nicht ohne Auswirkungen auf die politische Haltung in der DDR zur BRD und speziell zu diesen Vorgängen bleiben. Das führte auch unmittelbar zu Konsequenzen in der Sicherheitspolitik der DDR. Es kennzeichnete damit auch die politisch-operativen Bedingungen, unter denen das MfS seine Tätigkeit durchzuführen hatte. Walter Ulbricht erklärte in seinem Referat auf der 30. Tagung, daß die Entwicklung in der BRD es erforderlich mache, durch den »beschleunigten« Aufbau des Sozialismus die DDR als deutschen Friedensstaat zu stärken. Zugleich schlug er vor, daß die beiden deutschen Staaten eine Konföderation bilden sollten. Deren Ziel müsse die Sicherung des Friedens und die Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sein. Als Organ einer solchen Konföderation sollte ein Gesamtdeutscher Rat gebildet werden – paritätisch zusammengesetzt aus Vertretern beider Staaten –, der Maßnahmen zur Vorbereitung freier gesamtdeutscher Wahlen zu einer Nationalversammlung ausarbeiten sollte.¹⁵⁷ Mit dieser Konzeption sollte eine weitere Militarisierung der BRD und Vertiefung der Spaltung verhindert werden. Sie war vor allem gegen jene Kräfte im Westen gerichtet, die die DDR unter Einsatz aller Mittel – auch militärischer – liquidieren wollten. Dieser Vorstoß erfolgte vor allem auch angesichts der internationalen Entwicklung. Bereits 1956 zeichnete sich ab, daß der XX. Parteitag der KPdSU tiefgreifende Auswirkungen auf den Gang der Geschichte haben sollte. Vor allem unter Nutzung der Enthüllungen zu den Verbrechen in der Stalin-Ära und ihrer Auswirkungen in den sozialistischen Staaten und in der internationalen Arbeiterbewegung sollten – unter den Losungen eines »menschlichen Sozialismus«, der »Liberalisierung des Sozialismus« und »absoluter Freiheit« – Fehlerdiskussionen und Zweifel an der generellen Machbarkeit des sozialistischen Aufbaus entfacht und einzelne Länder aus der sozialistischen

161

Gemeinschaft herausgebrochen werden. In der zweiten Oktoberhälfte 1956 kam es in Ungarn zu einem Aufstand, der mit zahlreichen bestialisch begangenen Morden und brutalem Straßenterror gegen Funktionäre der Ungarischen Arbeiterpartei und des Staates verbunden war.¹⁵⁸ Die Sowjetunion griff militärisch ein. Der vom US-amerikanischen Geheimdienst CIA speziell für die Einwirkung auf die Länder Osteuropas geschaffene Sender »Radio Free Europe« und zahlreiche andere westliche Medien überschlugen sich in dieser Zeit faktisch Tag und Nacht mit antikommunistischer Hetze gegen Moskau und Budapest.

Die Enthüllungen über die Verbrechen in der Stalin-Ära und die Ereignisse in Ungarn führten in einer Reihe von kommunistischen und Arbeiterparteien vor allem in Europa zu Forderungen nach mehr »Demokratie und nationaler Unabhängigkeit«, gegen »Dogmatismus und Zentralismus«. Die Führungen der herrschenden Parteien aber sahen darin reale Gefahren für die Machtverhältnisse

in den sozialistischen Staaten. Aus den Ereignissen in Ungarn 1956 zogen sie die Schlußfolgerung, daß sich der »moderne Revisionismus« in den sozialistischen Ländern als der Wegbereiter der Konterrevolution entlarvt hätte, der deshalb schonungslos zu bekämpfen sei. Eine solche These entsprach dem Anspruch der Parteiführungen auf das alleinige Wahrheitsmonopol. Alle dieser »Wahrheit« widersprechenden Auffassungen waren somit falsch und ihre Protagonisten galten als »Werkzeuge des Feindes«. Gestützt wurde diese Sicht auch in der DDR durch die Tatsache, daß imperialistische Geheimdienste und andere Institutionen des Westens sich auffällig für Partei- und Staatsfunktionäre, für Gesellschaftswissenschaftler und andere Personen im Ideologiebereich interessierten, die von der offiziellen politischen Linie abweichende Auffassungen vertraten und propagierten. Diese besondere Aufmerksamkeit wurde interpretiert als Versuch, mit ihrer Hilfe (als Werkzeug und zur Tarnung) in der DDR destabilisierende Wirkungen zu erzielen, partei- und staatsfeindliche Gruppierungen zu organisieren, mit konspirativen Mitteln und Methoden dafür Anhänger zu gewinnen und insgesamt die Konterrevolution zu befördern.

Daraus abgeleitet erfolgte die Einschätzung, daß diese Bestrebungen offenkundig darauf abzielten, auch in der DDR Unruhen, Streiks und Demonstrationen gegen die SED und die Staatsmacht zu organisieren. Ziel sei es, Provokationen in großem Ausmaß zu organisieren, um damit Anlaß, evtl. sogar Vorwand zu schaffen für ein »Zuhilfekommen von außen«. Dabei wurde auch darauf spekuliert, daß die DDR – angesichts der Auseinandersetzungen in der KPdSU nach dem XX. Parteitag und den Entwicklungen in der Ungarischen VR sowie auch in der VR Polen – von der UdSSR isoliert sei.

162

Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen und Entwicklungen hatten sich die äußere und die innere sicherheitspolitische Lage der DDR erheblich verschärft. Davon zeugten auch die verstärkten Versuche der Organisation von »Untergrundgruppen« vor allem in studentischen Kreisen an Universitäten und Hochschulen. An der Humboldt-Universität zu Berlin und andernorts wurden nach dem XX. Parteitag Themen diskutiert und Forderungen erhoben, die von der SED-Führung als konterrevolutionär eingeschätzt wurden. Aufrufe zu Streiks wurden verbreitet. In großen Mengen wurden Hetzschriften und -flugblätter in die DDR eingeschleust, in denen zu Sabotage und zu Terroranschlägen, bis zum Mord an führenden Funktionären, aufgerufen wurde.

Zunehmend verließen Ingenieure, Facharbeiter, Wissenschaftler, Ärzte und andere Spezialkräfte die DDR in Richtung Westen. An der Staatsgrenze wurde provoziert.¹⁵⁹

Auf der Volkskammersitzung am 2. und 3. November 1956 gab Otto Grotewohl eine Regierungserklärung ab, in der er die Politik der DDR und ihre Stellung zu den internationalen Ereignissen und Entwicklungen darlegte. Vor allem prangerte er die Versuche an, in der DDR konterrevolutionäre Unruhen auszulösen und diese dann als Vorwand für Aggressionshandlungen zu benutzen. Die Regierungserklärung wurde von allen Fraktionen der Volkskammer gebilligt. Im Namen der Fraktion der SED rief Walter Ulbricht dazu auf: »Sichert den Frieden im Innern! Sichert den Frieden nach außen! ... Wachsamkeit gegen die Friedensstörer im Innern und nach außen!«¹⁶⁰

Zudem befand sich die DDR zu Beginn des Jahres 1957 erneut in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Das war u.a. die Folge von Störungen in den ökonomischen Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern, die auch aus den Ungarn-Ereignissen im Herbst 1956 resultierten. Das betraf vor allem ausbleibende Lieferungen von Rohstoffen für die Industrie. Es fehlten Steinkohle, Koks, Walzstahl, Buntmetalle und Rohstahl. Auf dem Weltmarkt waren die Preise für Rohstoffe gestiegen, was wiederum Folge des Krieges gegen Ägypten war. Israel hatte im Herbst 1956 den Nachbarn überfallen, britische und französische Truppen waren in der Suez-Kanal-Zone gelandet. Ein Ultimatum der Sowjetunion hatte zu ihrem Rückzug und zum Waffenstillstand geführt.

Die Auswirkungen dieser Entwicklungen und Vorgänge auf die inneren Probleme in der DDR führten zu parteiinternen Auseinandersetzungen in der Führung der SED. Karl Schirdewan (Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED), Ernst Wollweber (Mitglied des ZK und Minister für Staatssicherheit), sowie Gerhart Ziller (Sekretär des ZK der SED) plädierten für Refor-

men im Sinne einer Verlangsamung des sozialistischen Aufbaus. Damit, so hieß es, hätten sie sich gegen die Beschlüsse der 3. Parteikonferenz gewendet. Außerdem seien sie für die Ablösung Walter Ulbrichts eingetreten. Ein Jahr später, auf der 35. Tagung des ZK der SED im Februar 1958, wurden diese drei als »führende Vertreter der revisionistischen Gruppierung« bezeichnet und wegen »ihrer fraktionellen Tätigkeit« aus dem ZK der SED ausgeschlossen. Ernst Wollweber wurde auch als Minister für Staatssicherheit abgesetzt.

Erich Honecker forderte im Bericht des Politbüros vor dem 30. Plenum Ende Januar 1957, »die Wachsamkeit gegen die imperialistische Reaktion zu erhöhen«. Zweifeln an der Richtigkeit des Kurses der SED müsse konsequent entgegengetreten und der Führungsanspruch des Politbüros unter Walter Ulbricht uneingeschränkt durchgesetzt werden.¹⁶¹

Auf diesem Plenum wurden konzeptionelle Einschätzungen und Vorschläge von Wolfgang Harich und anderen, die nicht mit der herrschenden Politik übereinstimmen, als konterrevolutionär abgestempelt. Wörtlich hieß es im Bericht des Politbüros: »Die Konzeption dieser Leute, deren staats- und parteifeindliche Tätigkeit durch die Parteiführung aufgedeckt wurde (*und nicht durch die Organe für Staatssicherheit – die Verf.*), stimmt vollkommen mit der Konzeption Adenauers und Brentanos und anderer Vertreter der aggressiven Teile des westdeutschen Monopolkapitals überein. Ihre Konzeption ist eindeutig konterrevolutionär.«

Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit diesen konzeptionellen Vorstellungen erfolgte jedoch nicht. Dafür wurde auf dem Plenum erneut erklärt, daß »sich die gesamte innen- und außenpolitische Linie der SED als richtig erwiesen« habe. Die politische Verurteilung Wolfgang Harichs und anderer auf dem 30. Plenum und die dort getroffene Feststellung, daß erst die Parteiführung deren »parti- und staatsfeindliche Tätigkeit aufgedeckt« habe, wurde mit dem Auftrag an Ernst Wollweber verbunden, er solle »prüfen, welche Methoden in der Arbeit unserer Sicherheitsorgane verbessert werden müssen, damit in Zukunft das MfS rechtzeitig von bestimmten feindlichen Erscheinungen informiert wird.«

Diese Forderung zielte darauf, die sogenannte Vorfeldarbeit, insbesondere bezogen auf die vorbeugende operative Kontrolle bestimmter Personenkreise, zu verstärken.

Der Bannstrahl der Parteiführung traf auf diesem Plenum neben anderen Kurt Vieweg (Institut für Agrarökonomie bei der Deutschen Akademie für Landwirtschaftswissenschaften), der den zuständigen Parteiorganen Vorschläge für ein »neues Agrarprogramm« unterbreitet hatte. Sie beinhalteten

164

u. a. die Auflösung leistungsschwacher LPG. Statt dieser sollten die Wirtschaften von Einzelbauern vorrangig mit Maschinen, Düngemitteln, Krediten usw. unterstützt werden, um somit eine schnellere Steigerung der Marktproduktion zu erreichen. Dieses Konzept wurde auch von Fred Oelsner, damals Mitglied des Politbüros des ZK der SED, unterstützt. Für die SED-Führung liefen diese Vorschläge »praktisch auf den Verzicht der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft hinaus und sind im wesentlichen als Versuch zu bewerten, den Marxismus-Leninismus in der Frage der Rolle des Staates in der Übergangsperiode und in der Agrarfrage zu revidieren«. Wie bereits üblich erfolgte auch hier keine Debatte zu den inhaltlichen Problemen, sondern eine Verketerzung. Eine ganz andere Sache war die Inhaftierung Kurt Viewegs im Frühjahr 1958 nach seinem einjährigen Aufenthalt in der BRD und der in dieser Zeit begangenen Handlungen, für die er 1959 wegen »Staatsverrat« nach § 13 des Strafrechtsergänzungsgesetzes der DDR¹⁶² zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde.¹⁶³

Destruktiv verliefen auch die politischen Auseinandersetzungen über Veröffentlichungen von Fritz Behrens und Arne Benary (Institut für Wirtschaftswissenschaften bei der Akademie der Wissenschaften der DDR)

zu Problemen der ökonomischen Theorie und Politik, die – wie auf der 30. Tagung eingeschätzt – eine »Preisgabe der Arbeiter-und-Bauern-Macht, ihre Liquidierung wären«. (*Siehe zur Einbeziehung des MfS durch die SED-Führung in die Auseinandersetzung mit verschiedenen oppositionellen politischen Auffassungen und deren Vertretern die nachfolgenden Beiträge zur Sicherung der politischen Grundlagen im Bd. 1 sowie zur Sicherung der Volkswirtschaft der DDR im Bd. 2.*)

Die SED-Führung unter Walter Ulbricht folgte der Linie von Nikita Chruschtschow und reduzierte den XX. Parteitag der KPdSU im wesentlichen auf die »Überwindung des Personenkults und seiner Folgen, die zur Verletzung der Leninschen Normen des Parteilebens und von Gesetzen des Sowjetstaates geführt« hätten. Daraus wurde geschlossen, daß alle Bestrebungen, den kollektiven Führungs- und Wahrheitsanspruch der Parteispitze anzutasten, energisch und nachhaltig zurückgewiesen werden mußten. Walter Ulbricht formulierte das auf dem 30. Plenum unmißverständlich: »Unter den Bedingungen des Kampfes zwischen den zwei gesellschaftlichen Systemen in der Welt und besonders in Europa wird in jedem Fall von einer zersetzenden Kritik die Konterrevolution den Nutzen haben.«

In Anspielung auf ein Zitat Mao Tsetungs erklärte er: »Laßt alle Blumen blühen, so antworten wir ihm, jawohl, das Unkraut des Revisionismus ist

165

jedoch weder eine Blume, noch schön, noch eine nützliche Pflanze.« Seine Forderung, »stets auf der Hut zu sein und die politische Wachsamkeit Tag für Tag zu verstärken«, zielte erneut im besonderen auf das MfS. Dabei schränkte er allerdings selber ein: Den Kampf zur Abwehr und Überwindung des Einflusses der Ideologie der Bourgeoisie könne man »nicht einfach mit den Mitteln der Staatssicherheit führen. Die Staatssicherheit greift dort ein, wo sich die Sache weiterentwickelt in Form der Verbindungen zu Agentenzentralen, Ostbüros usw.«

Vom 30. Plenum des ZK der SED erging dennoch faktisch der Appell an das MfS, alle Versuche aufzudecken und zu verhindern, mit denen Opponenten, insbesondere Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler, das Wahrheitsmonopol der SED-Führung antasten und damit »im feindlichen Lager« landen könnten oder bereits dort gelandet sind. Als »ernste Lehre« zog der Minister für Staatssicherheit, Ernst Wollweber, daraus die Schlußfolgerung, überall mit nachrichtendienstlichen Mitteln vorbeugend zu arbeiten, wo Oppositionelle wirksam werden könnten. Seine Überlegungen fanden ihren Niederschlag in der bereits erwähnten Dienstanweisung Nr. 16/57 über Maßnahmen zur Verbesserung der operativen Arbeit in Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten. Bereits mit der Richtlinie Nr. 1/56 über die Abwehr feindlicher Tätigkeit gegen die Universitäten und Hochschulen der DDR vom 3. November 1956¹⁶⁴ war die Abwehrarbeit in diesem Bereich auf zwei Richtungen festgelegt worden: Zum einen sollte der Feind im Untergrund aufgespürt werden. Zum anderen sollten mit Hilfe von IM feindliche Konzentrationen zersetzt, Rädelsführer isoliert und Provokationen verhindert werden.

Das 30. Plenum orientierte nachdrücklich auf die Verstärkung der Abwehrarbeit im Innern der DDR. Walter Ulbricht bekräftigte das in seinem Schlußwort: »Das Politbüro ist der Meinung, daß in Verbindung mit der Politik der Milderung der Spannungen und der Konzentration der Abwehr auf die auswärtigen feindlichen Agenturen die Wachsamkeit nachgelassen hatte.« Um eine Milderung der Spannungen zwischen den Staaten zu erreichen, müsse man – was die Staaten des sozialistischen Lagers betrifft – selbst erst einmal auf festen Füßen stehen.

Diese Vorhaltung galt vor allem Minister Ernst Wollweber und der von ihm vertretenen Linie, das MfS müsse in seiner Arbeit das »Gesicht vorrangig dem Westen«, also den äußeren Feinden, zuwenden und sich hauptsächlich auf die Abwehr von Spionage und Terror sowie auf die Bekämpfung von Sabotage konzentrieren.

166

Auf der 35. Tagung des ZK der SED, die am 6. Februar 1958 in Berlin zusammentrat, wurde die Auseinandersetzung mit Personen, die angeblich »in der Periode des verschärften Klassenkampfes schädliche Auffassungen vertreten hatten«, unvermindert fortgesetzt.

Die »Schädlichkeit der Auffassungen« und die »Gefährlichkeit der Positionen« seien vor allem sichtbar geworden »in der nicht richtigen Einschätzung der Lage, einer Unterschätzung der NATO-Politik und der umfassenden Versuche der deutschen Militaristen, die Deutsche Demokratische Republik zu unterminieren; es wurde von Demokratisierung gesprochen, aber nicht von der Notwendigkeit, Sicherungsmaßnahmen gegen die Unterminierungsarbeit des Gegners zu treffen; in der Kurzsichtigkeit gegenüber den

Erscheinungen ideologischer und materieller Diversionsarbeit der Feinde; in der Unterschätzung der Einflüsse der bürgerlichen Ideologie, die bis in die Partei eingedrungen waren; in dem Nichtverstehenwollen jener Gefahren, die sich aus der illusionären Auffassung ergeben, die Einheit Deutschlands um jeden Preis herbeizuführen.«¹⁶⁵

Das richtete sich gegen Karl Schirdewan, Gerhart Ziller und Ernst Wollweber. Die »Fraktion« um Karl Schirdewan hätte den Führungsstil des Ersten Sekretärs des ZK der SED kritisiert und Reformen, die sich gegen die Linie Walter Ulbrichts richteten, verlangt. Angeblich seien sie für die »Einheit Deutschlands um jeden Preis« gewesen.

Auf der 35. Tagung wurde die Kritik am MfS, konterrevolutionäre Elemente in der DDR seien von der Staatssicherheit nicht genügend beachtet und feindliche Wühlätigkeit nicht rechtzeitig aufgedeckt worden, bekräftigt. Die Arbeit des MfS habe sehr oft – vor allem innere Entwicklungsprobleme betreffend – zu Desinformationen geführt. Weitere Erklärungen, was damit gemeint sein sollte, erfolgten nicht.

Hinzu kam, daß Minister Wollweber im Zusammenhang mit seiner vorrangigen »Westorientierung« auch ernsthafte Vorstellungen zur personellen Reduzierung des Mitarbeiterbestandes des MfS vertreten haben soll (den Verfassern sind diesbezügliche Vorstellungen nicht bekanntgeworden). Erich Honecker führte letzteres mit als Hauptgrund für die Absetzung von Ernst Wollweber an: »Wollweber wollte ... einen Teil der Mitarbeiter abbauen, ungefähr 10.000 Leute. Er fand dabei großen Widerspruch bei Walter Ulbricht und bei Otto Grotewohl. Das war mit einer der Hauptgründe für die Ablösung von Wollweber. Damals, in einer Zeit des zugespitzten Klassenkampfes, fand man es unerhört, Mitarbeiter des Ministeriums in einem größeren Umfange abzubauen.«¹⁶⁶

167

Ernst Wollweber war, datiert mit dem 1. November 1957, »aus gesundheitlichen Gründen« als Minister für Staatssicherheit abgesetzt worden.

Auf der 35. Tagung wurde er »wegen grober Verstöße gegen das Parteistatut« auch aus dem ZK der SED ausgeschlossen.

Auf Vorschlag des ZK der SED beschloß die Volkskammer der DDR, Erich Mielke zum Minister für Staatssicherheit zu berufen. Erich Mielke wurde am 1. November 1957 von Otto Grotewohl zum Minister für Staatssicherheit und in dieser Funktion in die Regierung berufen. Er sollte dies 32 Jahre bleiben.

Der 13. August 1961.

Die Sicherung der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin und der BRD

An Jahrestagen, die einen Bezug zur Geschichte der DDR haben, schlägt die Stunde geschichtsignoranter Heuchler und zeitgeistgemäßer »Aufarbeiter«. Ein solches Datum war im Jahr 2001 der 40. Jahrestag des sogenannten »Mauerbaus« – der Grenzsicherung der DDR gegenüber Westberlin und der BRD. Die bis dahin schon zur Delegitimierung der DDR als »Unrechtsstaat« auf Hochtouren laufende Propaganda, Verleumdung und Strafverfolgung, vor allem auch von Angehörigen der Grenztruppen auf allen Kommandoebenen bis hin zu Mitgliedern des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, des Politbüros und des Generalsekretärs des ZK der SED und Staatsratsvorsitzenden der DDR, Egon Krenz, durchzog und durchzieht ein Grundmuster: Schuld am »Mauerbau« und am Grenzregime haben die SED und die DDR.

Geschichtsvorgänge werden nicht aus den konkreten gesellschaftlichen Bedingungen erklärt, unter denen sie sich vollzogen, sondern sie werden dem politischen Tagesgeschäft angepaßt.

Die Mauer war eben keine »böartige Erfindung kommunistischer DDRMachthaber«, sondern angesichts akuter Gefahren des Übergangs vom kalten in den heißen Krieg – was einen dritten Weltkrieg bedeutet hätte – der von den beiden Supermächten Sowjetunion und USA akzeptierte Kompromiß, mit dem sich die Kontrahenten auf den Erhalt des Status quo in Europa festlegten. Dieser »Deal in seiner in Beton gegossenen Form« bannte objektiv die Kriegsgefahr und war somit friedenserhaltend. Diese Maßnahmen trugen zur Stabilisierung der weltpolitischen Lage bei und eröffneten – wie die Entwicklung im Gefolge zeigte – Möglichkeiten der Entspannung unter den Bedingungen des Kalten Krieges.

An der Hauptachse des Kalten Krieges hatten sich im Sommer 1961 Lageentwicklungen

vollzogen, die von den sozialistischen Ländern als nicht hin-

168

zunehmende Bedrohungen eingeschätzt wurden. Der Politisch Beratende Ausschuß der Warschauer Vertragsstaaten konstatierte im März 1961, daß imperialistische Kräfte ihre provokativen, auf Aggression ausgerichteten Maßnahmen verstärkt hätten, was Gegenmaßnahmen erfordere, um »nötigenfalls mit allen Mitteln zurückzuschlagen«. Die Gefahr eines Krieges, eines Nuklearkrieges zwischen den USA und der Sowjetunion war extrem. Die Streitkräfte beider Seiten standen sich in Alarmbereitschaft gegenüber. »Deshalb war der Mauerbau eine Entscheidung der Warschauer Vertragsstaaten und resultierte eindeutig aus dem weltpolitischen Kalkül und der militärischen Strategie der UdSSR. Für die beiden Supermächte war die Mauer nach den verbalen Atomkriegsattacken beim Wiener Treffen ihrer höchsten Repräsentanten das ›politisch kleinere Übel‹, betonte Egon Krenz in seinem Schlußwort im Strafprozeß vor dem Landgericht Berlin im August 1997.¹⁶⁷

Der 13. August 1961 war im Interesse der beiden Hauptmächte. Sie waren nicht bereit, ihr strategisches Macht- und Einflußgefüge, also den Status quo in Europa, durch einen Atomkrieg aufs Spiel zu setzen, nur weil es hinsichtlich der Deutschland- und Westberlinfrage keine beiderseitig annehmbaren politischen Lösungen gab. Die Reaktion der USA und der anderen Westmächte auf den 13. August war somit auch Ausdruck ihrer strategischen Sicht, statt Atomkrieg das »kleinere Übel« hinzunehmen. Im August 1961 (und in der Zeit der »Kuba-Krise« des folgenden Jahres) wurde deutlich, wo die Grenzen der Macht und des Durchsetzungsvermögens der USA und der Sowjetunion lagen.

Mit der militärischen Abriegelung und Sicherung der Staatsgrenze der DDR um Westberlin und gegenüber der BRD wurde allen Aggressionsabsichten gegen die DDR, dem Plan, »in der DDR künstlich eine solche Situation allgemeiner Unsicherheit und Panik zu erzeugen, um die imperialistische Aggression als ›Befreiung‹ der Bevölkerung und ›Anschluß‹ der DDR an die BRD ausgeben zu können«,¹⁶⁸ eine Abfuhr erteilt. Das betraf auch alle Pläne zum »Ausbluten« der DDR mittels Abwerbung, Schiebung und Schmuggel großen Stils und subversiver Aktivitäten unter Mißbrauch der offenen Grenze. In der »Bonner Rundschau« war beispielsweise am 9. Juli 1961 zu lesen, »alle Mittel des Krieges, des Nervenkrieges und des Schießkrieges anzuwenden. Dazu gehören nicht nur herkömmliche Streitkräfte und Rüstungen, sondern auch die Unterwühlung, das Anheizen des inneren Widerstandes, die Arbeit im Untergrund, die Zersetzung der Ordnung, die Sabotage, die Störungen von Verkehr und Wirtschaft, der Ungehorsam, der Aufruhr.«

Die zugespitzte internationale Lage zu Beginn der 60er Jahre erforderte, zusätzlich erhebliche Mittel für den militärischen Schutz aller sozialistischen

169

Länder, einschließlich der DDR, aufzubringen. Die Volkswirtschaft sollte und mußte diese »Aufwendungen über den Plan hinaus« aufbringen. Gleichzeitig galt es aber auch, die Verluste, die durch Wirtschaftskrieg, Handelsembargo, durch »Grenzgänger« und den Aderlaß vor allem an beruflich gut ausgebildeten Fachkräften entstanden waren, wie sie kein Staat der Welt unter »friedlichen« Bedingungen zuvor erlitten hatte, wenn schon nicht auszugleichen, so doch wenigstens zu mindern. Vor dem 13. August gab es ca. 63.000 registrierte »Grenzgänger«. Das waren DDR-Bürger, die in Westberlin arbeiteten, aber in der DDR wohnten und dort auch alle sozialen und anderen Vorzüge ihres Staates nutzten. Die Zahl der nichterfaßten Gelegenheitsarbeiter wurde auf weitere 40.000 geschätzt.

Die »Grenzgänger« kosteten der DDR allein durch den Ausfall von Produktionswerten jährlich ungefähr 2,5 Milliarden Mark. Nach damaligen übereinstimmenden Schätzungen der DDR sowie von Wissenschaftlern aus der BRD (Prof. Dr. Fritz Baade) und aus den USA (Prof. Dr. Hans Apel) betrugen die durch Abwerbung und Republikflucht verursachten Verluste der DDR etwa 100 Milliarden DM.¹⁶⁹ Zum Vergleich: Das gesamte Nationaleinkommen der DDR betrug 1961 ca. 76 Milliarden Mark. Die Investitionen in der volkseigenen Industrie und im Bauwesen betrugen von 1956 bis 1961 etwa 30 Milliarden Mark.¹⁷⁰ Es ist also durchaus zulässig, nicht nur die 100 Milliarden DM als unfreiwillige Aufbau- und Entwicklungshilfe der DDR für die Bundesrepublik zu deklarieren. Für die DDR aber bedeutete das: Neue Disproportionen in der Volkswirtschaft traten auf. Die

»Störfreimachung vom Westen« (d. h., die Wirtschaft der DDR von bestimmten Zulieferungen aus der BRD und anderen kapitalistischen Ländern – Ausgangs- und Zuschlagstoffe, Zwischenprodukte, Halbfabrikate, veredelte Stähle, Spezialerzeugnisse und andere Materialien vor allem für die chemische Industrie, die Metallurgie und den Maschinenbau – unabhängig und damit »störfrei« zu machen) sollte durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, durch neue Verfahren und Erzeugnisse, durch zusätzliche Leistungen in der Produktion möglichst rasch erreicht werden. Die Lebenslage der Werktätigen stagnierte. Die Kompliziertheit der Lage, die als unumgänglich proklamierten Veränderungen in der ökonomischen und sozialpolitischen Entwicklung führten verbreitet zu Unzufriedenheit und Unsicherheit und vermehrt zu Bestrebungen, besonders bei Bürgern, die noch Vorbehalte gegen die sozialistische Entwicklung hatten, die DDR zu verlassen. Genährt und geschürt wurde das noch durch eine massive westliche Hetze im Stile der psychologischen Kriegsführung.

170

Die Maßnahmen am 13. August 1961 richteten sich damit auch gegen all jene Bürger der DDR, die sich durch das Überwechseln in den Westen höhere Einkommen, Zugang zu einem verlockenden Waren- und Dienstleistungsmarkt, insgesamt also einen höheren Lebensstandard versprochen. Diese Motivation traf ganz eindeutig für das Gros der »Republikflüchtlinge« zu. Nun mag dieses Verhalten menschlich verständlich sein. Aber es besaß zugleich – und für die DDR ganz besonders, da es für sie eine Existenzfrage war – eine gesellschaftliche Dimension. Im westlichen Sprachgebrauch wurden und werden solche »Wanderer« von einem Staat zum anderen – wenn es um andere Regionen dieser Welt und »Nichtdeutsche« geht – als »Wirtschaftsflüchtlinge« geführt, gegen deren Eindringen sich die BRD abzuschotten hat. Als es noch gegen die DDR ging und damit ihr »Ausbluten« massiv gefördert werden konnte, wurden diese Personen zu »politischen Flüchtlingen« gemacht. Da interessierte nicht, daß die Durchsetzung deren individualistischer Interessen auf Kosten wohlberechtigter Ansprüche anderer ging. Warum wohl begrüßte deshalb die Mehrheit der DDR-Bürger im August 1961 spontan die Maßnahmen? Weil sie nicht tatenlos zusehen wollten, wie auf ihre Kosten ausgebildete Fachleute – vom Schlosser über den Mediziner bis zum Akademiker – sich der »Rückzahlung« der für sie persönlich erfolgten immensen gesellschaftlichen Aufwendungen durch den »Wechsel« in die kapitalistische BRD entzogen. Der »Mauerbau« war somit auch eine Maßnahme gegen »brain drain«, den Abzug der Gehirne also, gegen den Abzug von »Humankapital« aus der DDR.

Vom 3. bis 5. August 1961 tagte in Moskau das Führungsgremium des Warschauer Vertrages, der Politisch Beratende Ausschuß. Die höchsten Repräsentanten der Vertragsstaaten unterstrichen den Ernst der Lage an der Westgrenze des Staatenbündnisses und bestätigten die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung des Friedens, zum Schutze der DDR und im Interesse der Sicherheit der sozialistischen Länder. Am 13. August 1961 veröffentlichten die Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten eine Erklärung, in der es hieß: »Die Regierungen der Westmächte haben sich bisher nicht bereit gezeigt, durch Verhandlungen aller interessierten Länder zu einer vereinbarten Lösung zu kommen. Mehr noch: Die Westmächte beantworten die von Friedensliebe getragenen Vorschläge der sozialistischen Länder mit verstärkten Kriegsvorbereitungen, mit der Entfaltung einer Kriegshysterie und mit der Androhung militärischer Gewalt ... Es gibt auf der Erde keinen Ort, wo so viele Spionage- und Wühlzentralen fremder Staaten konzentriert wären und wo sie sich so ungestraft betätigen können wie in Westberlin. Diese zahlreichen Wühlzentralen schleusen in die

171

DDR Agenten ein, damit sie verschiedene Diversionen unternehmen, sie werben Spione an und putschen feindliche Elemente zur Organisation von Sabotageakten und Unruhen in der DDR auf ... Diese Wühl­tätigkeit schädigt nicht nur die Deutsche Demokratische Republik, sondern berührt auch die Interessen der anderen Länder des sozialistischen Lagers. Angesichts der aggressiven Bestrebungen der reaktionären Kräfte der Bundesrepublik und ihrer NATO-Verbündeten können die Warschauer Staaten nicht umhin, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um ihre Sicherheit und

vor allem die Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik im Interesse des deutschen Volkes selbst zu gewährleisten.«

Ausgehend von dieser Einschätzung wandten sich die höchsten Repräsentanten der Warschauer Vertragsstaaten an die Volkskammer und die Regierung der DDR, »... an der Westberliner Grenze eine solche Ordnung einzuführen, durch die der Wühltätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers zuverlässig der Weg verlegt und rings um das ganze Gebiet Westberlins ... eine verlässliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle gewährleistet wird.«¹⁷¹

In Übereinstimmung mit der Erklärung des Warschauer Vertrages zu den konkreten Sicherungsmaßnahmen stellte der Ministerrat, die Regierung der DDR, im Beschluß vom 12. August 1961 fest (der am 13. August in Kraft trat), daß dieser Schritt angesichts »des Standpunktes der Bonner Regierung, der zweite Weltkrieg sei noch nicht zu Ende«, notwendig sei. Im einzelnen wurde auf die »Verschärfung der Revanchepolitik mit sich steigernden Gebietsforderungen gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik und den Nachbarstaaten Deutschlands ... in enger Verbindung mit der beschleunigten Aufrüstung und Atombewaffnung der westdeutschen Bundeswehr« hingewiesen. Die Notwendigkeit der Maßnahmen ergebe sich auch aus der »systematische(n) Bürgerkriegsvorbereitung durch die Adenauer-Regierung«, der terroristischen Verfolgung von DDR-Bürgern, die Westdeutschland besuchten, sowie aus der »von westdeutschen und Westberliner Agentenzentralen (organisierten) systematischen Abwerbung von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik«. Die Erhaltung des Friedens erfordere, »dem Treiben der westdeutschen Revanchisten und Militaristen einen Riegel vorzuschieben«.¹⁷²

Im Morgengrauen des 13. August 1961 nahmen die bewaffneten Organe der DDR gemeinsam mit den Kampfgruppen der Berliner Großbetriebe und Einrichtungen die gesamte bisher offene Grenze gegenüber Westberlin unter Kontrolle. Die feste Entschlossenheit der verbündeten sozialistischen Staaten, durch die Sicherungsmaßnahmen an der Staatsgrenze der

172

DDR den Frieden zu sichern und jeden Versuch der Aggression zunichtezumachen, brachte die damaligen Pläne des Aufrollens, des Ausblutens und Liquidierens der DDR zum Scheitern.

Unmittelbar unter dem Eindruck der Sicherungsmaßnahmen vom 13.

August schrieb die einflußreiche Londoner Zeitung »Daily Express« am 14.

August 1961: »Gesunder Menschenverstand und gemeinsames Interesse führen zu der Schlußfolgerung: Jetzt muß verhandelt werden.« Und die Pariser Zeitung

»Liberation« schrieb am gleichen Tag, daß die DDR »Vorsichts- und Verteidigungsmaßnahmen« getroffen habe und führte weiter aus: »Ist es nicht

ganz normal, daß sich die DDR gegen jede Provokation (man weiß, daß die Bonner und Westberliner Politiker Meister auf diesem Gebiet sind) schützt?

Jede Maßnahme, die verhindern kann, daß das Pulverfaß in Brand gesetzt wird, ist nicht einzig und allein deshalb schlecht, weil sie vom Osten kommt.«¹⁷³

Um den notwendigen Schutz der DDR zu gewährleisten, leitete das Politbüro des ZK der SED nach dem 13. August 1961 weitere Gesetzgebungsschritte ein. So beschloß die Volkskammer am 20. September 1961 das

Gesetz zur Verteidigung der DDR (Verteidigungsgesetz)¹⁷⁴ und am 24. Januar 1962 das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht (Wehrpflichtgesetz).¹⁷⁵

Zeitgeistbegriffene »Geschichtsschreiber« in bezug auf die SED und die DDR behaupten, es hätte kein Konzept gegeben, »die Mauer auch wieder loszuwerden«. Auch das ist ahistorisch. Es sei daran erinnert: Am 30. November 1961 – drei Monate nach dem 13. August – unterbreitete die Regierung der DDR der Bundesregierung den Vorschlag, im Interesse der Normalisierung der Beziehungen u. a. eine Vereinbarung darüber herbeizuführen, daß sich

– beide deutsche Staaten gegenseitig verpflichten, die Souveränität ihrer Hoheitsgebiete zu achten und die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten zu markieren, damit nach Möglichkeit jeder Anlaß zu Grenzkonflikten beseitigt wird, und daß

– beide deutschen Staaten die beiderseitigen Reisepässe als Voraussetzung einer vertraglichen Regelung des Reiseverkehrs zwischen beiden deutschen Staaten anerkennen u. a. m.

Im Schreiben Otto Grotewohls an Konrad Adenauer hieß es, daß alle

diese Vorschläge – deutscher Friedensvertrag, Verzicht auf Atomwaffen, Nichtangriffspakt, beide deutsche Staaten in die UNO – dem Ziel dienen, »Verhandlungen über einen modus vivendi zwischen beiden deutschen Staaten aufzunehmen«.¹⁷⁶

Auf dem VI. Parteitag der SED, der vom 15. bis 21. Januar 1963 in Berlin stattfand – also knapp anderthalb Jahre nach dem »Mauerbau« –, wurde

173

der Bundesregierung ein 7-Punkte-Programm der Verständigung und des guten Willens unterbreitet. Im Punkt 2 bzw. im Punkt 5 dieses Abkommensvorschlags hieß es:

- Respektierung der Grenzen des anderen deutschen Staates, feierlicher Verzicht auf alle Versuche und Bestrebungen, diese Grenzen anzutasten oder zu verändern.
- Gegenseitige Anerkennung der Reisepässe und der Staatsbürgerschaft der Bürger beider deutscher Staaten als Voraussetzung für eine Normalisierung des Reiseverkehrs. Unterlassung jeder Diskriminierung und nicht gleichberechtigten Behandlung der Bürger beider deutscher Staaten im Inund Ausland.

Diese und andere Vorschläge für ein Minimum an normalen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten stießen wiederum auf die schroffe Ablehnung durch die Regierenden in Bonn. Deren Devise war für alle offenkundig nicht Entspannung, sondern unverminderter Kampf gegen die DDR, Störung des sozialistischen Aufbaus. Eine Politik der Normalisierung vertrug sich nicht mit der von ihnen vertretenen Politik des unverhohlenen Revanchismus und Antikommunismus, der »Befreiung« der ostdeutschen Gebiete. Allen diesen Angeboten, schon damals in beiderseitigem Einvernehmen und im Interesse der Bürger beider deutscher Staaten »die Mauer durchlässig zu machen«, widerfuhr also das gleiche Schicksal wie allen vorherigen Angeboten zur deutsch-deutschen Entspannung.

Der 13. August 1961 zog für die innenpolitische und ökonomische Entwicklung der DDR – abgesehen von den Konsequenzen auf außen- und militärpolitischem Gebiet – gravierende Veränderungen nach sich.

Am 4. Oktober 1961 erfolgte eine Stellungnahme des ZK der SED zu den Maßnahmen vom 13. August, verbunden mit einer ersten Einschätzung der außen- und innenpolitischen Auswirkungen und des »Wie weiter?«¹⁷⁷ Offensichtlich wartete die SED-Führung den XXII. Parteitag der KPdSU ab, der vom 17. bis 31. Oktober stattfand, um Schlußfolgerungen für das weitere politische Vorgehen festzulegen. Das Thema der vom 23. bis 26. November stattfindenden 14. Tagung des ZK der SED hieß dann auch: »Der XXII. Parteitag der KPdSU und die Aufgaben in der DDR«.¹⁷⁸

Im Bericht des Politbüros ging Walter Ulbricht auf die nach dem 13. August 1961 entstandene Lage ein und hob hervor, daß die Sicherung der Staatsgrenze der DDR gegenüber Westberlin und der BRD eine entscheidende Voraussetzung sei, um nunmehr ohne die direkten politischen und ökonomischen Störmanöver des Imperialismus eine neue Etappe des sozialistischen Aufbaus in der DDR in Angriff zu nehmen. Die Monate nach dem 13. August

174

hätten aber auch gezeigt, daß der Gegner außerordentliche Anstrengungen unternahme, sich auf die neuen Bedingungen einzustellen. Das würde eine erhöhte politische Verantwortung in allen gesellschaftlichen Bereichen erfordern, um Angriffe der Feinde des Sozialismus zu verhindern und zunichte zu machen, insbesondere seine politisch-ideologische Diversion.

Minister Erich Mielke sprach in der Diskussion zum Bericht des Politbüros.

¹⁷⁹ Ausgehend von der berechtigten Feststellung, daß die Angehörigen des MfS die Sicherungsmaßnahmen uneingeschränkt bejahen, begründete er die »höhere Verantwortung« des MfS für die Gewährleistung der staatlichen Sicherheit der DDR. Die Organe für Staatssicherheit würden auch in Zukunft ihre Aufgaben entschlossen, kompromißlos und mit höchster Einsatzbereitschaft durchführen, die Zusammenarbeit mit den Werktätigen vertiefen und die Abwehr- und Aufklärungstätigkeit weiter verbessern.

Im einzelnen führte er aus: »Der 13. August hat die Möglichkeiten der Unterwanderung der DDR und die Aktionsfähigkeit der Feindzentralen erheblich eingeschränkt. Es wäre aber verfehlt, anzunehmen, daß der Feind dadurch inaktiver geworden ist. Es ist vielmehr so, daß die Bonner Ultras und die NATO-Agenten nach unseren Maßnahmen nunmehr mit raffinierteren

Mitteln und Methoden versuchen, ihre verbrecherischen Ziele zu erreichen. Der Feind hat zwar erhebliche Schwierigkeiten, sich jetzt neue Agenturen im Gebiet der DDR zu schaffen und die Verbindung zu den noch bestehenden Agenten- und Untergrundgruppen aufrechtzuerhalten; aber eine Analyse der Tätigkeit unserer Abwehrorgane zeigt klar und eindeutig, daß er mit verdoppelter Intensität versucht, Lücken und gewisse schwache Stellen unserer Schutzmaßnahmen für seine Zwecke auszunutzen ... Ebenso muß mit größter Aufmerksamkeit beachtet werden, daß feindliche Elemente nunmehr versuchen werden, ihren Haß gegen den Arbeiter-und-Bauern-Staat in den verschiedensten Formen der Feindtätigkeit auszutoben.«

Erich Mielke verwies im weiteren auf vorliegende eindeutige Belege über die mißbräuchliche Benutzung der Autobahn und anderer Verbindungswege zwischen Westdeutschland und Westberlin, die »Kopfjägerei« gegen DDR-Delegationen, die sich im westlichen Ausland aufhielten, und die Ausschleusung von DDR-Bürgern mit Hilfe von Bürgern Westdeutschlands und anderer westlicher Länder und unter Benutzung gefälschter westdeutscher und ausländischer Personaldokumente. Hinsichtlich der Spionagetätigkeit sei festzustellen, daß sie z. B. unter dem Deckmantel betrieben wird, man wolle in der DDR Forschungsarbeit betreiben und Interviews führen. Über diesen Weg wird versucht, Personen in die Hand zu

175

bekommen, die leichtfertig vertrauliche Angaben ausplaudern und danach weiter spionagedienstlich mißbraucht werden können.

Der Minister konstatierte eine deutliche Zunahme der psychologischen Kriegsführung, von ideologischer Diversion, der Verbreitung von Verleumdungs- und Zersetzungsparolen, um insbesondere junge Menschen »von ihren Verpflichtungen als junge Bürger eines sozialistischen Staates abzulenken, Arbeitsunlust und Arbeitsbummelei zu erzeugen, Alkoholismus und Amoralität zu fördern und imperialistische Unkultur zu verbreiten«. Er verwies auf eine wachsende Zahl von Handlungen, um die »Störfreimachung der Wirtschaft der DDR«, die Festigung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die Durchführung des Produktionsaufgebots und nicht zuletzt die Verteidigungsbereitschaft zu hemmen und zu stören. Durch eine erhebliche Anzahl von Bränden und Havarien seien beträchtliche Schäden entstanden. Zwar sei ein wesentlicher Teil dieser Brände auf Unachtsamkeit und Leichtsinn zurückzuführen, aber »hinter vielen Bränden steht erwiesenermaßen der Klassenfeind. Viele der Brandstifter wurden gefaßt.«

Und weiter führte er aus: »Um all den genannten raffinierteren Methoden des Feindes, seinen Versuchen, mit demagogischen Mitteln auf die Köpfe und Herzen unserer Menschen Einfluß zu nehmen, begegnen zu können, bedarf es einer höheren Wachsamkeit aller Kräfte der Partei und der Arbeiterklasse ... Ein Spion ist zwar nicht leicht zu fassen, aber die ideologische Diversion, die psychologische Kriegsführung des Feindes sickert in tausend feinen Kanälen ein. Sie ist nicht in jedem Fall auf Anhieb erkennbar. Sie verbirgt sich häufig unter einer scheinbar einwandfreien Oberfläche.

Deshalb ist der erste Schritt zur Wachsamkeit ein unduldsames Verhalten gegen jegliche Art feindlicher Ideologie. Wir müssen Auseinandersetzungen führen und gute Überzeugungsarbeit leisten.«

Daran anknüpfend bekräftigte Erich Mielke den Grundsatz: *»Die Politik von Partei und Regierung besteht nicht darin, durch die Organe der Staatsmacht viele Festnahmen durchzuführen, sondern vielmehr darin, durch geduldige Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit zu verhindern, daß Bürger der Deutschen Demokratischen Republik von den Feinden mißbraucht werden und deshalb festgenommen werden müssen.«*

Und an anderer Stelle unterstrich er: »Die Methoden des Feindes haben sich geändert. Die Arbeit in der Zeit des Kampfes um die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz ist komplizierter geworden ... Daraus ergibt sich, daß alle Maßnahmen dieser Politik entsprechen und auch so durchgeführt werden müssen. Andererseits müssen die von der Republik getroffenen Maßnahmen sicherstellen, daß auch ›das Bemühen, sich in die inne-

176

ren Verhältnisse der DDR einzumischen und mit Hilfe des psychologischen Krieges die DDR zu unterminieren«, aussichtslos ist.«

Die veränderten äußeren und inneren Lagebedingungen nach dem 13.

August 1961 führten zu wesentlichen Veränderungen und in nicht geringem Umfange zu einer Erweiterung der Aufgabengebiete des gesamten MfS. Hier stichwortartig (in den nachfolgenden Beiträgen wird darauf ausführlicher eingegangen) einige Hauptrichtungen der Veränderungen und Erweiterungen, wie sie sich besonders in den 60er Jahren für die Abwehrdienstleistungen ergaben:

- Mit dem Ziel der Verhinderung militärischer Überraschungen wurden neben den Aufklärungs- auch die Abwehrdienstleistungen beauftragt, ihre Möglichkeiten umfassender und zielgerichteter zu erschließen, um die HVA zu unterstützen, die militärischen Pläne und Maßnahmen einschließlich der Rüstungspläne des imperialistischen Gegners aufzudecken.
- Die Aufdeckung und Entlarvung des Wirkens der unterschiedlichsten politischen Kräfte in der BRD zur Unterminierung und Beseitigung der DDR von innen heraus nahm einen höheren Stellenwert ein.
- Die Bekämpfung der Spionage der Geheimdienste und anderer gegnerischer Zentren wurde verstärkt auf die für sie neuen Wirkungsbedingungen ausgerichtet. Das bedeutete, in die neuen bzw. veränderten Verbindungskanäle zwischen Geheimdienstzentralen und ihren Agenturen in der DDR einzudringen und sie unwirksam zu machen sowie gleichzeitig auch noch mehr Informationen direkt aus den Geheimdienstzentralen zu erlangen und dafür auch die Möglichkeiten der Spionageabwehr noch besser zu erschließen.
- Die Aufgaben des MfS zur Sicherung der Grenztruppen der DDR, insbesondere zur Abwehr von Terror und anderen Gewaltakten gegen die Grenzsicherungskräfte und Grenzsicherungsanlagen, waren mit einer Erweiterung der Aufgabenstellung der Militärabwehr verbunden.
- Die aktive Bekämpfung von Menschenhändlerbanden und anderen staatsfeindlichen bzw. kriminellen Elementen in Verbindung mit Versuchen zur Ausschleusung von DDR-Bürgern und anderer Formen des ungesetzlichen Verlassens der DDR wurde ein Schwerpunkt in der Abwehrarbeit.
- Die Sicherung des gesamten Transit-, Reise- und Touristenverkehrs bis hin zur Erweiterung der Aufgaben des MfS (insbesondere der HA VI/Paßkontrolle und Fahndung) zur Gewährleistung einer der Rechtsordnung der DDR entsprechenden geordneten Grenzpassage an den Grenzübergangsstellen der DDR (GÜST) nahm eine völlig neue Größenordnung an. Weitere Aufgaben betrafen die Verhinderung des Mißbrauchs der Kontakte zwischen Ost und West für die politisch-ideologische Zersetzungstätigkeit und andere

177

Formen subversiver Angriffe und krimineller Handlungen gegen die Staats- und Rechtsordnung, insbesondere gegen den Mißbrauch der Ordnungen zur Ein- und Ausreise in die bzw. aus der DDR.

- Die Bekämpfung der ökonomischen Störtätigkeit gegen die Volkswirtschaft der DDR und die sozialistische ökonomische Integration der sozialistischen Länder einschließlich der Unterstützung der Wirtschaft, von Wissenschaft und Technik der DDR, sich durch erhöhte Anstrengungen von Westimporten unabhängig und damit »störfrei« zu machen, erhielt einen höheren Stellenwert. Das um so mehr, als sich in der DDR besonders in den sechziger Jahren von der SED-Führung zunächst gewollte Entwicklungen abzeichneten, die Volkswirtschaft, insbesondere das System ihrer Planung und Leitung zu reformieren.

Mit dem heutigen Blick auf die Entwicklung nach dem 13. August 1961 müssen wir aber auch ohne Abstriche anmerken: Die damaligen und die nachfolgenden Maßnahmen wurden als notwendig zur Sicherung des Friedens und zur Gewährleistung eines gesicherten sozialistischen Aufbaus des Sozialismus angesehen. Und da sie davon überzeugt waren, handelten die Angehörigen des MfS entsprechend.

Die nach dem 13. August 1961 einsetzende Aufbruchstimmung in der DDR, die Chancen, den wirtschaftlichen Aufschwung und die politische Stabilität zu erhöhen auf der einen Seite, und andererseits die Tatsache, daß von westlicher Seite die Aktionen gegen die DDR und ihre Staatsgrenze, bis hin zu Terroranschlägen, unvermindert anhielten und den veränderten Lagebedingungen angepaßt wurden, motivierten erst recht, die Abwehrarbeit weiter zu vervollkommen und auf die neuen Bedingungen einzustellen. Erst als die Stagnationserscheinungen in der DDR und in den anderen Ländern des Warschauer Vertrages immer offenkundiger wurden, auch der innere Druck auf das Ausreise- und Grenzregime der DDR immer mehr zunahm

und keine auf grundsätzliche politische Veränderungen zielenden Maßnahmen erfolgten, wuchsen auch im MfS dahingehend Bedenken, daß diese Entwicklung in eine Sackgasse führt.

Die 9. Tagung des ZK der SED zu den Ereignissen in der CSSR 1968

Die Entwicklung in der CSSR, die als »Prager Frühling« in die Geschichte einging, wurde bekanntlich von den Partei- und Staatsführungen der Sowjetunion und der anderen im Warschauer Vertrag verbündeten sozialistischen Staaten, einschließlich der DDR, als Versuch gewertet, die CSSR unter der Parole der Entwicklung eines »demokratischen Sozialismus« aus der soziali-

178

stischen Staatengemeinschaft herauszubrechen. Auf dieser grundsätzlichen Einschätzung beruhten die militärischen, politischen und anderen Maßnahmen der Staaten des Warschauer Vertrages. An den militärischen Operationen in der CSSR waren Einheiten der NVA nicht beteiligt. Gleichwohl erfolgten die Maßnahmen mit politischer Billigung der SED- und Staatsführung der DDR.

Unter Ausnutzung der komplizierten inneren Situation in der CSSR, der damit verbundenen Schürung von Nationalismus und unter Ausnutzung des »militanten Antisowjetismus der chinesischen Führer«¹⁸⁰ – so wurde im Politisch Beratenden Ausschuß der Warschauer Vertragsstaaten eingeschätzt – hätten führende Kreise der NATO-Staaten ihre konterrevolutionären Aktionen zunehmend auf dieses Mitglied des Warschauer Vertrages konzentriert. Sie würden dabei auf die Methode der »inneren Aufweichung« mit Rückendeckung durch kriegsbereite Streitkräfte setzen, die der vom damaligen USAPräsidenten Lyndon B. Johnson verfolgten Politik des »Brückenschlags« in die sozialistischen Länder Europas entspreche. DDR-Militärhistoriker schrieben dazu 1980: »In der Novemberausgabe 1968 der amerikanischen Zeitschrift ›Fortune‹ wurden diese Absichten unverblümt ausgesprochen. Der Angriff auf die CSSR war als ein ›Testfall‹ für die konterrevolutionäre Strategie des Imperialismus gedacht. Er sollte erstens die Frage beantworten, ob es mit Hilfe einer schleichenden Konterrevolution im Innern und mit militärischer Unterstützung von außen gelänge, einen sozialistischen Staat aus dem Warschauer Vertrag herauszubrechen, die Gemeinschaft der sozialistischen Länder zu spalten und damit neue strategische Ausgangspositionen für weitreichende Ziele zu schaffen. Zweitens sollte der Angriff Aufschluß darüber geben, wie die Organisation des Warschauer Vertrages reagieren würde.«¹⁸¹ Auf den Einschätzungen des Politisch Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages und der SED- und Staatsführung in der DDR zu diesen Vorgängen fußend, erließ der Minister für Staatssicherheit am 2. Dezember 1968 den Befehl Nr. 40/68 über die Durchführung politisch-operativer Maßnahmen zur Ausschaltung des Überraschungsmoments und zum rechtzeitigen Erkennen einer akuten Kriegsgefahr.¹⁸² Dieser Befehl richtete sich an die Diensteinheiten der Aufklärung und der Abwehr. Er orientierte auf das rechtzeitige Erkennen und Wahrnehmen von sogenannten Indikatoren für sich abzeichnende bzw. vollziehende Veränderungen auf Seiten des Gegners, besonders im Hinblick auf seine militärischen Aktionen an der Grenze der beiden Militärpakte. Es müsse alles getan werden, um militärische Überraschungen, Überraschungen von außen zu verhindern. Dem lag die Einschätzung zugrunde, daß die herrschenden Kräfte auf Seiten des Gegners

179

dazu übergegangen seien, durch eine flexiblere Taktik (»flexible response«) den Status quo in Europa zu verändern. Sie setzten darauf, mittels provozierter Spannungsperioden die sozialistischen Staaten zu zermürben, sie ideologisch zu unterwandern, zu zersetzen und unter Umständen überraschend einen Krieg auszulösen. Alle Mittel seien darauf gerichtet, so hieß es im Befehl, die DDR und andere sozialistische Staaten politisch zu erpressen. Der Friedenszustand solle durch subversive und psychologische Aktionen, durch militärische Demonstrationshandlungen in bewaffnete Konflikte überführt werden. Aggressive politische, subversive und bewaffnete Aktionen sollen vor der Weltöffentlichkeit als notwendige Abwehrmaßnahmen gegenüber dem Kommunismus gerechtfertigt werden. Darauf sei auch die psychologische Kriegsführung ausgerichtet.

Die imperialistischen Planungen würden, so hieß es im Befehl Nr. 40/68 weiter, in zwei Phasen laufen:

In einer 1. Phase: Ausspähen, Spionieren, Verleumden, Gewinnen von Helfern,

Stören sowie Durchsetzung aller Bereiche mit Agenten.

In einer 2. Phase der Spannungszeit kämen Überfälle, Sabotage, Terror, Erpressung, Zersetzung und Infiltration hinzu.

Derartige Aktionen sollten in den sozialistischen Ländern Zustände erzeugen, die ein Eingreifen von außen erforderlich machten. Deshalb sei die ständige Aufklärung der militärischen Maßnahmen des Gegners im Operationsgebiet und das Erkennen von ersten Anzeichen (Indikatoren) für

außergewöhnliche kriegsvorbereitende Handlungen von ausschlaggebender Bedeutung. Dafür seien alle politisch-operativen Möglichkeiten zu nutzen.

Die 9. Tagung des ZK der SED, die vom 22. bis 25. Oktober 1968 stattfand, zog aus den Ereignissen in der CSSR und der gesamten Entwicklung, die zu der bis dahin schwersten Krise in den europäischen sozialistischen Ländern und in ihren Beziehungen zueinander geführt hatte, den Schluß, den ideologischen Kampf zu verstärken. Insbesondere sollten die Gesellschaftswissenschaften das Wirken der Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen

Aufbaus tiefergehend erforschen sowie »die sozialen Wurzeln und Klassenziele der bürgerlichen Ideologie und des modernen Revisionismus aufdecken

«. Stärker beachtet werden sollte die »untrennbare Einheit und

Wechselwirkung der politischen, ökonomischen, kulturell-geistigen, außenpolitischen und militärischen Maßnahmen.«¹⁸³

Die Auswertung dieser ZK-Tagung war auch Gegenstand der Dienstkonferenz des Ministers im März 1969. Erich Mielke forderte dort, die Fähigkeit der Mitarbeiter des MfS weiter zu verbessern, die Klassenkampfsituation

180

real, sachlich und nüchtern einzuschätzen. Der Gegner und seine Potentiale dürften niemals unterschätzt werden. Sie müßten noch gründlicher als bisher aufgeklärt werden, um jegliches Überraschungsmoment auszuschließen.

Gleichzeitig orientierte er darauf, Veränderungen beim Gegner zu erkennen, die dieser wegen seiner Niederlage in der CSSR vornehme, z. B. hinsichtlich der weiteren Zentralisierung der in die Aufweichungs- und Zersetzungstätigkeit einbezogenen Zentren und Einrichtungen, der Erweiterung ihrer

Zusammenarbeit und Abstimmung, einschließlich der Erweiterung der Kompetenzen der BRD-Geheimdienste. Die Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses müsse gründlicher und mit wissenschaftlichen Methoden

analysiert werden. Man habe davon auszugehen, daß sich die Regierungen, Geheimdienste und andere feindliche Zentren bei der Konzipierung der Außen- und Militärpolitik sowie der Subversionstätigkeit stärker auf Arbeitsund Forschungsergebnisse verschiedener Einrichtungen stützen würden.

Deshalb müßten alle operativen Linien und Dienstseinheiten ihre Möglichkeiten mit nutzen, um das Eindringen in die Ost- und DDR-Forschungsinstitute bzw. jene Einrichtungen der NATO zu unterstützen, die sich mit spezifischen Seiten des Kalten Krieges auf politischem und militärischem Gebiet befaßten, um von dort Materialien zu beschaffen.

Bei der Auswertung der CSSR-Ereignisse im MfS galt dem kulturellen Bereich und den Massenmedien besondere Aufmerksamkeit. Dem lag die Einschätzung der 9. Tagung des ZK der SED zugrunde, daß die Massenmedien und die Einrichtungen der Kultur bei der Organisierung der »schleichenden Konterrevolution« in der CSSR einen zentralen Platz eingenommen hätten. Daraus wurde die Forderung abgeleitet, die politisch-operative Absicherung dieser Bereiche weiter zu qualifizieren und straffer zu leiten. Im Juni 1969 erließ der Minister hierzu den Befehl Nr. 20/69 und die entsprechende Dienstanweisung Nr. 3/69.¹⁸⁴ In diesen Weisungen wurde die Aufgabe gestellt, die Bildung ideologischer Stützpunkte des Feindes und den Einfluß »negativer und feindlicher Elemente« zu verhindern. Die Massenmedien sollten nicht von feindlichen Elementen für konterrevolutionäre Zwecke mißbraucht werden können. Die Durchsetzung dieser Weisungen wurde zur Pflicht aller operativen Linien und Dienstseinheiten erklärt.

Ausgehend von der Einschätzung, daß der Gegner die Absicht verfolge, in der politisch-ideologischen Zersetzungstätigkeit gegen die DDR noch langfristiger vorzugehen, wurde der Auftrag erteilt, die vom Gegner konzipierte Variante des »gewaltfreien Widerstandes« sorgfältig aufzuklären. Allen Versuchen, mittels des »modernen Revisionismus« den Antikommunismus in verdeckter Form in die DDR und die anderen sozialistischen Staaten hineinzu-

181

tragen und feindliche Handlungen zu initiieren, sollte mit größerer Aufmerksamkeit

begegnet werden.

Nun kann man zum Revisionismus, zu seinem Entstehen, zu seinem Inhalt und zu seiner Funktion stehen wie man will. Unbestreitbar erscheint uns aber, daß die »Revision« der den »Staatssozialismus« tragenden Lehren von Marx, Engels und Lenin in den antisozialistischen Konzeptionen zur Unterwanderung und Destabilisierung immer eine feste Größe war. Das wurde auch begünstigt durch den absoluten Wahrheitsanspruch der Regierungsparteien in den sozialistischen Staaten, was zur Folge hatte, daß sowohl ehrliche kritische Stimmen als auch mit hinterhältigen Absichten vorgebrachte »revidierende« Auffassungen in vielen Fällen in einen Topf geworfen wurden.

Der Antikommunismus ist eine tragende Säule der Herrschaftsideologie des Kapitals. Aber der Antikommunismus hatte immer schon verschiedene Gesichter. Nicht erst heute gehört dazu auch, wenn es den Zielen dient, in »gute« und »böse«, in »moderne« und »unbelehrbare« Sozialisten/ Kommunisten zu unterteilen und sie mit diesem Prädikat versehen möglichst gegeneinander auszuspielen. Je nach dem, wie sie sich mit ihrem Handeln ins Kalkül der imperialistischen Globalstrategie einordnen und einbauen lassen oder auch nicht, werden aus ihnen entweder Reformer, Ehrenbürger und vom Kapital hofierte Weltverbesserer, oder sie werden als »Stalinisten«, als Dogmatiker, als Inkarnation der Diktatur und des Unrechts diffamiert und verfolgt. Dieses doppelgesichtige Vorgehen trifft gleichermaßen auf die Beurteilung von Staaten zu. Erinnert sei nur an die wohlwollende Haltung und Politik der Westmächte einschließlich der BRD gegenüber Jugoslawien und Rumänien, die von der Westseite als »Spaltpilze« betrachtet und genährt wurden, als es noch die sozialistische Staatengemeinschaft gab. Und auch heute hat sich am politisch bedarfsgerechten und konjunkturellen »Teile und Herrsche« durch die USA-dominierten Globalstrategen nichts geändert.

Die 12. Tagung des ZK der SED 1969. Die sicherheitspolitische Reaktion der SED auf die »Neue Ostpolitik« der SPD/FDP-Regierung

Am 22. Oktober 1969 kam in Bonn eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP ins Amt. In seiner Regierungserklärung bekundete Bundeskanzler Willy Brandt die Bereitschaft, zukünftig von der Unantastbarkeit der europäischen Grenzen und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten auszugehen. Dieser Realismus folgte offenkundig der Erkenntnis, daß die Politik der offenen Konfrontation, des militanten »roll back«, angesichts des weitgehenden Kräftegleichgewichts, wie es sich auch im Zusam-

182

menhang mit den Sicherungsmaßnahmen an der Staatsgrenze der DDR am und nach dem 13. August 1961 gezeigt habe, gescheitert war. Es begann eine Phase der Entspannung, die zu einer zunächst zaghaften Anerkennung der Realitäten nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa führte und in die Ostverträge, das Vierseitige Abkommen, den Grundlagenvertrag und den KSZEProzeß mündete.

Von den Schöpfern der Ost- und Deutschlandpolitik wurde aber nicht verhehlt, daß die mit dem Ziel des »Wandels durch Annäherung« konzipierte und praktizierte Politik weiterhin auf eine langfristige Erosion des Sozialismus, auf seinen Zusammenbruch und insbesondere auf die Beseitigung der DDR gerichtet war.

Die 12. Tagung des ZK der SED fand am 12. und 13. Dezember 1969 statt und beschäftigte sich u. a. mit den innenpolitischen Konsequenzen der Ost- und Deutschlandpolitik der neuen BRD-Regierung.¹⁸⁵ Die Debatte dazu stand ersichtlich weiter unter dem Eindruck des »Prager Frühlings« vom Vorjahr. Walter Ulbricht sah in der neuen politischen Konstellation den Versuch »großer Teile der USA, vorrangig mit den Sozialdemokraten gegen die sozialistischen Staaten zu kämpfen.« Und Erich Honecker wertete die Methoden gegenüber den sozialistischen Ländern in Europa »vorwiegend (als) Mittel des psychologischen Krieges und der ideologischen Diversion.«

Erich Mielke nahm in seinem Diskussionsbeitrag auf dem Plenum darauf Bezug und erklärte: »Die sogenannte Ost- und Deutschlandpolitik der neuen Regierung soll wesentlich stärker als bisher den Rahmen einer gesteigerten politisch-ideologischen Aufweichungs- und Zersetzungstätigkeit zur Unterminierung der Grundlagen des Sozialismus und der proletarischen Internationale bilden«. Es »sollen Widersprüche zwischen der

Partei- und Staatsführung auf der einen und der Bevölkerung auf der anderen Seite erzeugt, der politisch-ideologische Druck auf die Partei- und Staatsführung von außen verschärft und ein Druck von innen her organisiert werden.«

Die neue Deutschlandpolitik der SPD/FDP-Regierung wurde auf dem Plenum – wie die spätere Entwicklung bestätigte – zwar im Wesen richtig eingeschätzt. Aber diese Einschätzung blieb einseitig, da sie die inneren Bedingungen in der DDR nicht mit einschloß.

Der Blick auf die äußeren Faktoren ignorierte die inneren Schwierigkeiten und Probleme, mit denen sich die SED-Führung zunehmend konfrontiert sah. Diese aber waren im wesentlichen auf eigene Fehler zurückzuführen. Damit verstellte sich die Führung selbst den Weg, ihre Gesellschaftskon-

183

zeption kritisch zu bewerten und erforderliche Korrekturen und Veränderungen vorzunehmen.

Die 12. Tagung war Ausgangspunkt für die Organisation der Abwehrarbeit des MfS gegen die forcierte gegnerische Kontaktpolitik und -tätigkeit. Erich Mielke führte dazu auf dem Plenum aus: »Mit Hilfe vielfältiger Kontakte und Beziehungen auf den verschiedensten Gebieten sollen ständig neue Möglichkeiten der politisch-ideologischen Einwirkung und Beeinflussung sowie aller anderen Formen der subversiven Tätigkeit erschlossen werden.« Dazu würden vor allem bestimmte Organisationen, Verbände, Gesellschaften, kommunale Organe und Institute in der BRD und Westberlins genutzt. Als »Zielgruppen« in der DDR seien vor allem bestimmte Kreise der Intelligenz, Wissenschaftler und Studenten erkannt worden. Der Minister appellierte an alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, »die revolutionäre Wachsamkeit gegenüber der Bonner Politik und Feindtätigkeit weiter zu erhöhen.«

Diese Einschätzungen führten, wie eingangs bereits erwähnt, zu einer erneuten Ausweitung der politisch-operativen Aufgabenstellungen des MfS im Innern. Statt die mit der verstärkten Kontaktpolitik verbundene politische Herausforderung – gestützt auf das Vertrauen in die Bevölkerung und eine realitätsbezogene Informationspolitik – als Chance zu begreifen, führte das faktisch einseitige Sicherheitsdenken zu von Defensivpositionen geprägten Maßnahmen. Der Widerspruch zwischen weltläufiger Außen- und abgeschotteter Innenpolitik nahm mit den Jahren zu.

Die 16. Tagung des ZK der SED. Erich Honecker wurde Erster Sekretär des ZK der SED und übernahm die Richtlinienkompetenz für das MfS

Vom 30. März bis 9. April 1971 tagte in Moskau der XXIV. Parteitag der KPdSU. Unmittelbar danach, am 3./4. Mai, trat die 16. Tagung des ZK der SED zusammen. Erich Honecker nahm die Auswertung vor.¹⁸⁶

Das für die weitere Entwicklung der DDR und auch für die Tätigkeit des MfS wichtigste Ergebnis dieser Tagung war aber die Ablösung Walter Ulbrichts. Erich Honecker wurde Erster Sekretär des ZK der SED, nachfolgend dann auch Vorsitzender des Staatsrates und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR.

Am 22. Mai 1971 fand eine Kreisparteiaktivtagung der SED-Parteorganisation im MfS statt. Ministerpräsident Willi Stoph sprach allen Angehörigen des MfS, »die als bewußte Kämpfer mit Ideenreichtum, Klugheit und Leidenschaft ihren Beitrag für den zuverlässigen Schutz unserer DDR vor den Anschlägen des Klassenfeindes leisten«, den Dank

184

aus. Die Parteiführung und die Regierung der DDR würden »die Ergebnisse der Arbeit des Ministeriums sehr hoch einschätzen«. Vor allem nannte er:

- Erfolge bei der Aufklärung, Entlarvung und Vereitelung der Pläne und Machenschaften des Gegners, besonders des BRD-Imperialismus,
- die Enttarnung gefährlicher feindlicher Stützpunkte sowie die Aufklärung feindlicher Handlungen und Vorkommnisse,
- »die erfolgreiche Organisation der gesamten Arbeit des MfS zur Sicherheit der DDR unter allen Lagebedingungen,
- die große Unterstützung und die wertvollen Beiträge ... für die Entwicklung der DDR und anderer sozialistischer Staaten auf politischem, ökonomischem und wissenschaftlich-technischem Gebiet und zur Stärkung der Verteidigungskraft, sowie

– die Organisierung einer wirksamen vorbeugenden Arbeit und einer hohen revolutionären Wachsamkeit.«

Damit verband er den Auftrag an das MfS, das vertrauensvolle und korrekte Zusammenwirken mit den Werktätigen und den Patrioten im Lager des Gegners, die enge kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen und den gesellschaftlichen Organisationen weiter zu festigen, die größere Bereitschaft der Werktätigen zur Mithilfe im Kampf gegen den Feind voll zu nutzen und damit die vorhandenen großen Potenzen noch umfassender und zielstrebig »in den Dienst der Sicherung unseres großen Werkes, des Sozialismus und des Friedens zu stellen

«.¹⁸⁷

Im Anschluß daran orientierte Minister Erich Mielke das MfS auf folgende Schwerpunktaufgaben:

- Der internationalistischen Pflicht gerecht zu werden und vor allem die weitere Integration und Zusammenarbeit der sozialistischen Länder vor feindlichen Angriffen zu schützen;
- noch stärker als bisher an der Aufklärung und Abwehr aller gegen die UdSSR gerichteten feindlichen Pläne und Absichten mitzuwirken, mit spezifischen Mitteln beizutragen, die Sowjetunion als Hauptmacht des Sozialismus zu stärken und zu schützen;
- die politisch-ideologische Zersetzungstätigkeit, »die im Rahmen der Ostund Deutschlandpolitik der Bonner Regierung eine besondere konterrevolutionäre Funktion erfüllen soll«, wirkungsvoller zu bekämpfen;
- das Vertrauensverhältnis zwischen dem MfS und den Werktätigen zu festigen, um auch über diesen Weg mit beizutragen, die vorhandenen inneren Entwicklungsprobleme in der DDR im sozialistischen Sinne zu lösen,

185

auch mit den Mitteln der Staatssicherheit Einfluß zu nehmen, Mängel und Mißstände auszuräumen.

Ausgehend von der Einschätzung, daß der Feind verstärkt versucht, in der DDR Fuß zu fassen, in wichtige Organe und Bereiche der DDR, besonders auch in die Sicherheitsorgane einzudringen, forderte er, »keine Vertrauensseligkeit, Schwatzhaftigkeit und leichtsinniges Verhalten zuzulassen, keine prinzipienlosen Freundschaften zu dulden, dem Gegner keine Ansatzpunkte zu bieten«.¹⁸⁸

Der VIII. Parteitag der SED 1971.

Die Durchsetzung seiner Beschlüsse in der Abwehrarbeit des MfS

Der VIII. Parteitag (15. bis 19. Juli 1971) bestimmte die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik als Kern der Gesellschaftspolitik. Und er formulierte als Hauptaufgabe »die planmäßige Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität« Dies wurde als »Wende in der Politik der Partei, als konsequente Hinwendung zu den Massen, ihren unmittelbaren Bedürfnissen und Interessen« gewertet.¹⁸⁹

In der Vorbereitungsphase des Parteitages hatte der Minister im März 1971 auf einem Führungsseminar mit den Leitern der Dienstseinheiten des MfS bereits grundlegende Aufgaben für die gesamte Arbeit des Ministeriums erläutert und gestellt.

Ausgehend von der Komplexität der Aufgaben sei es notwendig, vor allem in der Arbeit nach dem Operationsgebiet die Einheit von Aufklärung und Abwehr zu vertiefen. Abwehr und Aufklärung sollten als Einheit arbeitsteilig betrieben werden. Alle Linien und Dienstseinheiten sollten ihre Zusammenarbeit verstärken, um die Kriegspläne und Aggressionsabsichten des Imperialismus rechtzeitig zu erkennen und zu vereiteln. Das verlange, so Erich Mielke, noch mehr operative Positionen in den Zentren und Objekten des Gegners zu schaffen, in denen Pläne gegen die sozialistischen Staaten konzipiert und Feindaktivitäten vorbereitet würden. Das erfordere, die Aufklärungsarbeit in den Zentren der politisch-ideologischen Diversion zu verstärken, genaueste Kenntnisse über die Militärstrategie des Gegners und sein militärisches Potential zu bekommen, vor allem Primärinformationen aus dem NATO-Bereich und der BRD, um Überraschungen auszuschalten. Dazu müßte der Befehl Nr. 40/68, der – wie bereits dargestellt – diese Aufgabenstellung vor allem zur Verhinderung militärischer Überra-

sungen zum Inhalt hatte, konsequenter in den Mittelpunkt der Tätigkeit auch der Abwehrrdienststeinheiten gestellt werden.

Bearbeitung, Aufklärung und Bekämpfung der Spionagetätigkeit der Geheimdienste seien schwieriger und komplizierter geworden. Deshalb wäre auch eine Qualifizierung der Zusammenarbeit mit den IM geboten. Im Rahmen seiner politisch-ideologischen Diversion (PID) sei der Gegner bestrebt, »Druckgruppen« im Innern der sozialistischen Länder zu organisieren und langfristig einen konterrevolutionären Prozeß der »inneren Erosion« zu entfachen. Deshalb müsse den daran beteiligten Organen, Einrichtungen und politischen Gruppierungen in der BRD größere Aufmerksamkeit als bisher geschenkt werden.

Desweiteren forderte er, die Arbeit zur vorbeugenden Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR, insbesondere auch der Bekämpfung vom Westen aus operierender krimineller Menschenhändlerbanden (KMHB), zu verbessern. Daraus wurden spezielle Aufgaben für die Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG) im MfS Berlin und für die Bezirkskoordinierungsgruppen (BKG) abgeleitet. (*Worum es dabei ging, wird im entsprechenden Beitrag im Bd. 2 behandelt*) In diesem Kontext wurde auch gefordert, die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen anderer sozialistischer Länder weiter zu vertiefen.

Eine völlig neue Dimension in der Abwehrarbeit des MfS brachte die diplomatische Anerkennungswelle zu Beginn der 70er Jahre. Nunmehr stand die Sicherung der eigenen diplomatischen Vertretungen im Ausland ebenso auf der Tagesordnung wie der Schutz ausländischer Botschaften und deren Personal in der Hauptstadt Berlin. 1971 unterhielt die DDR zu 29 Staaten diplomatische Beziehungen, 1973 waren es schon 109, 1975 dann 121, 1986 waren es 132 und 1989 schließlich 139. In den 80er Jahren hielten sich im Jahr rund 13.000 Mitarbeiter diplomatischer Vertretungen, ständige Korrespondenten und Reisekorrespondenten sowie deren Familienangehörige ständig oder zeitweilig in der DDR auf. Den Weg dazu hatten das Vierseitige Abkommen¹⁹⁰, der Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR¹⁹¹ und die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO¹⁹² geebnet. Mit den Befehlen Nr. 16/74 zur politisch-operativen Sicherung der Vertretungen anderer Staaten, internationaler zwischenstaatlicher Organisationen und bevorzogter Personen in der DDR¹⁹³ sowie Nr. 17/74 zur politisch operativen Sicherung der in der DDR akkreditierten Publikationsorgane anderer Staaten, deren ständigen Korrespondenten sowie von Reisekorrespondenten aus anderen Staaten¹⁹⁴ – beide vom 12. August 1974 – wurde der neuen Lage Rechnung getragen.

187

Der HA II als federführender Spionageabwehrlinie wurden neue Sicherungsbereiche und Schwerpunktaufgaben übertragen. Hinreichend bekannt war, daß diplomatische Vertretungen vor allem kapitalistischer Hauptländer als Basis für die Tätigkeit legal abgedeckter Residenturen der Geheimdienste dienten.

Das MfS verfügte über gesicherte Erkenntnisse, daß es im Rahmen der Kontaktarbeit, insbesondere der USA-Botschaft in der DDR bzw. direkt unter ihrer Regie, um die Unterstützung des Aufbaus und der Tätigkeit organisierter Strukturen in der DDR ging, mit denen eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse erreicht werden sollte.

Durch Geheimdienstmitarbeiter wurden unter anderem Kontakte zu »Oppositionellen« und »Dissidenten« aufgenommen und gepflegt. Diese Personen wurden nicht nur abgeschöpft. Sie erhielten neben Hinweisen für ihr öffentliches oder verdecktes Vorgehen auch materielle und finanzielle Unterstützung. Um ihnen politische und moralische Unterstützung zu geben, ihre politischen Aktivitäten offiziell aufzuwerten und ihnen Rückhalt zuzusichern, wurden unter anderem auch Treffen mit aus den USA eingereisten Führungskräften des State Department organisiert. Mit diesen Kontakten und Verbindungen zu den Geheimdienst-Residenturen zielten diese Personen wie auch Bürger, die die DDR verlassen wollten, darauf ab, über diesen Weg vor allem auch öffentliche Präsenz und Anerkennung zu erreichen und für sich sichere Verbindungskanäle zum Westen zu erschließen. Der Spionageabwehr des MfS entging auch nicht, daß die CIA über diese Kontakte und Verbindungen wichtige Informationsinteressen zur inneren Lage in der DDR mit abdeckte.

Parallel zu den vorgenannten Sicherungsaufgaben ergaben sich weitere Aufgabenstellungen im Zusammenhang mit der Einreise und der Tätigkeit von ständigen wie auch von Reisekorrespondenten in der DDR. Sie führten zu einem weiteren Schwerpunkt in der Spionageabwehr. Auch dieser Personenkreis erfreute sich seit jeher bei den Geheimdiensten großer Beliebtheit. Journalistische und geheimdienstliche Interessen lassen sich immer gut miteinander verbinden. Und dem hatte auch die Abwehrtätigkeit des MfS vollauf Rechnung zu tragen. (*Ausführlicher dazu der Beitrag zur Spionageabwehr im Bd. 1.*)

188

Die Ergebnisse der KSZE-Konferenz in Helsinki und damit verbundene Probleme in der Abwehrtätigkeit des MfS.

Die 15. Tagung des ZK der SED 1975

Mit dem Gipfeltreffen am 30. Juli und 1. August 1975 und der Unterzeichnung der Schlußakte fand in Helsinki die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ihren Abschluß.¹⁹⁵

Dieses Ergebnis war maßgeblich der konstruktiven Politik der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten, besonders der DDR, zu verdanken. Die Mitarbeiter des MfS wußten um ihre Verantwortung zur Durchsetzung dieser Politik der friedlichen Koexistenz, zu der es keine Alternative gab. Die Schlußakte war ein Kompromißpapier, auf das sich 33 europäische Staaten, die USA und Kanada verständigt hatten. Ihre Verwirklichung – insbesondere der in »Korb 3« enthaltenen Absichtserklärungen zur Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen (menschliche Kontakte, Information, Zusammenarbeit und Austausch im Bereich der Kultur und der Bildung) – setzte analog anderer völkerrechtlicher Konventionen und Pakte ihre Transformierung in innerstaatliches Recht voraus. Und das galt für alle Seiten, für alle Vertragspartner. Jeder Staat konnte und mußte selbst entscheiden, wie er diese Umsetzung vornahm. Die SED- und Staatsführung – sicher auch gestützt durch entsprechende Positionen der sowjetischen Führung – entschied sich (auch wenn öffentlich immer wieder die Forderung erhoben wurde, die Schlußakte in ihrer Gesamtheit, in der Einheit aller drei »Körbe« durchzusetzen), die Aktivitäten und Maßnahmen vorrangig auf den ersten »Korb«, in dem die Grundfragen der Sicherheit in Europa, und den zweiten »Korb«, in dem vertrauensbildende Maßnahmen und Grundfragen der Sicherheit und Abrüstung geregelt waren, zu konzentrieren, weil diese als Voraussetzungen für die Realisierung von »Korb 3« betrachtet wurden. So kam es – ungeachtet aller Schritte zur Verwirklichung von »Korb 3« – zu einer politisch gewollten Konzentration auf die ersten beiden »Körbe«, die zweifellos herausragende Bedeutung für das Gesamtanliegen hatten.

Während die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Staaten die vereinbarten Grundprinzipien der friedlichen Koexistenz, des Friedens und der Sicherheit sowie der Anerkennung des Status quo und der Unantastbarkeit der Grenzen in Europa betonten, kam es der anderen Seite vordergründig auf die Verwirklichung der Inhalte von »Korb 3« an. Hier sahen sie besondere Chancen, ihre strategische Konzeption des »Wandels durch Annäherung« durchzusetzen und die in den sozialistischen Staaten vorhandenen inneren Probleme und Schwächen offensiv auszunutzen. So entbrannte bald die Auseinandersetzung über die Verwirklichung der

189

Schlußakte in allen ihren Teilen. Nach einem Treffen mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Leonid Breschnew, auf der Krim erklärte Erich Honecker zu diesem Problem, daß die Versuche, den souveränen Rechten der DDR Schaden zuzufügen und sich in die inneren Angelegenheiten einzumischen, »auch künftig auf den entschlossenen Widerstand unserer beiden Länder stoßen« werden.¹⁹⁶

Die Ergebnisse der KSZE-Konferenz waren auch Gegenstand der Beratungen der 15. Tagung des ZK der SED, die am 2. und 3. Oktober 1975 stattfand. Ihr Inhalt zeigte, wie auch die weitere Entwicklung bestätigte, das Unvermögen der politischen Führung der DDR, innenpolitisch flexibel auf neue politische Herausforderungen zu reagieren, auch wenn die inneren und außenpolitischen Zwänge der DDR in Rechnung gestellt werden. Und dazu gehörte, wie Erich Honecker hervorhob, »daß die Abenteuerlichkeit des Imperialismus, sein Expansionsdrang weiterhin unberechenbar sind«. Die DDR müsse vor »jähren Wendungen in der internationalen Lage stets gewappnet

sein«. Und: »An unsere Klassenwachsamkeit werden also weiterhin große Anforderungen gestellt.« »Dies erst recht nach der Konferenz«, konstatierte Hermann Axen, der im Politbüro für internationale Beziehungen zuständige ZK-Sekretär. Gleichzeitig forderte er, »die Staatsmacht der sozialistischen DDR als eine Form der Diktatur des Proletariats weiterhin zu stärken«.¹⁹⁷

Nur allgemein wurde davor gewarnt, daß »entspannungsfeindliche Kräfte« versuchen würden, die Ergebnisse von Helsinki zu mißbrauchen. Die Frage aber blieb unbeantwortet, wie einerseits die Politik der friedlichen Koexistenz weiter durchgesetzt und mit dem Westen zusammengearbeitet werden sollte, andererseits aber, wie auf deren offenkundig unveränderte Absicht, die DDR und die sozialistischen Staaten zu beseitigen, zukünftig reagiert und wie diesen Plänen Paroli geboten werden sollte.

Im Prinzip gab es auch kaum innenpolitische Konsequenzen zur Realisierung der sich aus »Korb 3« ergebenden Verabredungen. Dringend erforderlich war beispielsweise die Schaffung rechtlicher Grundlagen für den gesamten Komplex Reisen, ständige Ausreisen, Übersiedlungersuchen etc. Ebenso dringlich stand in diesem Zusammenhang aber auch die Aufgabe an, sich mit aller Konsequenz den Ursachen, begünstigenden Bedingungen und Umständen zuzuwenden (und sie nach Möglichkeit zu überwinden), die Menschen veranlaßten, die DDR zu verlassen.

Das Ignorieren dieser und anderer innerer Ursachen führte zu wachsenden Widersprüchen und zunehmend zu Unzufriedenheit. Spätere Schritte – etwa die Erweiterung der Möglichkeiten für Reisen in dringenden Familienangelegenheiten und für Rentner – änderten nichts an dem Grundproblem.

190

In dieser Zeit – mit ausgelöst durch die Ergebnisse der KSZE und unter Berufung auf ihre Schlußakte – nahmen erneut Bestrebungen von Bürgern der DDR zu, ihr Land zu verlassen. Mit diesem Ziel kam es auch zu entsprechenden Personenzusammenschlüssen. Gleichzeitig führte das mit dazu, daß sich in diesen Jahren oppositionelle sowie der DDR feindlich gegenüberstehende Personen in verschiedenartigen Gruppierungen sammelten.

Für die vor allem in den 80er Jahren entstandenen Gruppen und Gruppierungen, die häufig unter dem Schutz der evangelischen Kirche und unterstützt von Kräften im westlichen Ausland agierten, war die KSZESchlußakte eine wesentliche offizielle Berufungsgrundlage.

Daraus entwickelten sich unübersehbar sicherheitspolitische Gefahren, auf die vom MfS zwar immer wieder hingewiesen, die aber von der SED und Staatsführung offensichtlich nicht so gesehen bzw. weitgehend ignoriert wurden. Die Praxis war, die Auseinandersetzung mit den angestauten Reise-, Übersiedlungs- und anderen innenpolitischen Problemen, die die politische Stabilität beeinträchtigten, nicht mit den dazu erforderlichen politischen Mitteln zu führen und mit wirksamen Maßnahmen zur Veränderung der Lage zu reagieren, sondern sie im wesentlichen den Sicherheits- und Rechtspflegeorganen zu überlassen. Diese wurden damit zu Lückenbüßern für Politikdefizite der SED- und Staatsführung gemacht.

Die politischen Defizite des 15. Plenums des ZK der SED hatten somit Auswirkungen auf die Arbeit des MfS. Es mußte beispielsweise zur Zurückdrängung des Verlassens der DDR weitere Aufgaben übernehmen, vor allem im Zusammenwirken mit dem MdI, die mit der Arbeit eines Staatssicherheitsorgans eigentlich nichts oder nur bedingt zu tun hatten. Die operative Arbeit des MfS wurde noch mehr in die Breite gedrängt. Das verhinderte bzw. erschwerte mitunter erheblich die eigentliche Arbeit des MfS und schadete seinem Ansehen. Gleichzeitig boten die fehlenden innenpolitischen Konsequenzen ein weites Feld für Angriffe gegen die SED und die DDR.